

# Anträge Bundesvorstandssitzung der Freien Demokraten

## Inhaltsverzeichnis

### M - Module

Bezeichner	Titel · Antragsteller/-in · Empfehlung	Seite
M001	Module AG 1: Weltbeste Bildung für jeden Bundesvorstand der Freien Demokraten	2
M002	Module AG 2: Vorankommen durch eigene Leistung Bundesvorstand der Freien Demokraten	20
M003	Module AG 3: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen Bundesvorstand der Freien Demokraten	32
M004	Module AG 4: Freiheit und Menschenrechte weltweit Bundesvorstand der Freien Demokraten	64
M005	Module AG 5: Eine Politik, die rechnen kann Bundesvorstand der Freien Demokraten	79
M006	Module AG 6: Nachhaltigkeit durch Innovation Bundesvorstand der Freien Demokraten	88

# Antrag M001: Module AG 1: Weltbeste Bildung für jeden

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundesvorstand möge beschließen:

## 1 **Module AG 1: Weltbeste Bildung für jeden**

### 2 **Ein Bildungsföderalismus auf der Höhe der Zeit**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Wir Freie Demokraten fordern eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus,  
5 die einheitliche Standards und eine stärkere Rolle des Bundes in der Bildung  
6 möglich macht und in deren Rahmen die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern  
7 so geändert wird, dass der Bund die nötigen Finanzierungsverpflichtungen  
8 übernehmen kann. Bis zur entsprechenden Umsetzung unterstützt der Bund in  
9 Ausnahmen im Rahmen der Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes Vorhaben höchstens  
10 hälftig, der Länderanteil muss dem strikten Grundsatz der Zusätzlichkeit (also  
11 neue Mittel) folgen. Darüber hinaus sollen Kooperationen zwischen dem Bund auch  
12 nur mit einem Teil der Länder ermöglicht werden. Wir wollen die  
13 Kultusministerkonferenz (KMK) als Entscheidungsgremium abschaffen und durch  
14 einen Bundesbildungsrat aus Wissenschaftlern, Praktikern, Eltern- und  
15 Wirtschaftsvertretern ersetzen. Schülerleistungen sind besser, wenn Schulen mehr  
16 Freiräume haben und sie nicht durch Bürokratie gelähmt werden. Wir setzen uns  
17 für Schulfreiheitsgesetze ein. Wir wollen unter Wahrung der bestehenden  
18 Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite  
19 Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss  
20 schaffen. Durch einheitliche Abschlussprüfungen (Deutschland-Abitur) stellen wir  
21 die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sicher. Wir setzen uns für  
22 moderne außerschulische Lernorte ein – beispielsweise sogenannte Schülerlabore,  
23 Maker-Spaces und TUMO-Zentren.

### 24 **Qualität der frühkindlichen Bildung stärken**

25 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

26 Für uns Freie Demokraten gehört frühkindliche Bildung als erster Baustein der  
27 Bildungskette in die Zuständigkeit der Bildungsressorts. Wir wollen die Qualität  
28 der frühkindlichen Bildung in unserem Land durch bundeseinheitliche Kita-  
29 Qualitätsstandards erhöhen. Diese umfassen insbesondere einen bedarfsgerechten  
30 Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und  
31 Ausfallzeiten einberechnet, den Abbau überflüssiger Bürokratie und den Einsatz  
32 von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals. So  
33 stellen wir verlässliche Betreuungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität  
34 sicher. Die Fachberatung wollen wir stärken und als festen Bestandteil im System  
35 der Kindertagesbetreuung etablieren. Außerdem wollen wir die Kindertagespflege  
36 als weitere Säule der Kindertagesbetreuung stärken. Der MINT-Förderung wollen  
37 wir mehr Raum in der frühkindlichen Bildung einräumen und die Stiftung Kinder

38 forschen stärken. Zudem wollen wir das letzte Kita-Jahr zu einem verpflichtenden  
39 Vorschuljahr ausbauen.

#### 40 **Ein Startchancen-Programm für Kitas**

41 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

42 Wir Freie Demokraten wollen ein Startchancen-Programm für Kindertagesstätten  
43 initiieren. Auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien wollen wir Kitas mit  
44 einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder oder in Gebieten mit akutem  
45 Kita-Platz-Mangel gezielt über 10 Jahre unterstützen. Der Fokus liegt dabei auf  
46 den Vorläuferfähigkeiten für Lesen, Schreiben, Rechnen und auf der  
47 Persönlichkeitsentwicklung. Dazu wollen wir eine Qualifizierung und  
48 Sockelausstattung für Leitungstätigkeiten unabhängig von der Kitagröße. Mit  
49 einem Chancenbudget schaffen wir Experimentierräume zur Lösung regionaler  
50 Herausforderungen. Wir wollen das Programm wissenschaftlich begleiten und  
51 evaluieren.

#### 52 **Sprachkompetenzen frühzeitig fördern**

53 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

54 Wir Freie Demokraten wissen: Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Nur  
55 wenn Sprachdefizite frühzeitig erkannt werden, können Kitas und Schulen  
56 erfolgreich entgegensteuern. Deshalb fordern wir bundesweit verpflichtende  
57 Sprachtests für alle Kinder im vierten Lebensjahr, auch wenn sie keine Kita  
58 besuchen. Wird dabei ein Förderbedarf festgestellt, soll eine verpflichtende  
59 Sprachförderung in einer Kita für mindestens zwei Jahre vor Beginn der  
60 Schulpflicht folgen. Zudem unterstützen wir die altersgerechte Vermittlung von  
61 Fremdsprachenkompetenzen und nicht-deutscher Muttersprache in Kitas durch  
62 entsprechende pädagogische Konzepte, soweit diese umsetzbar sind. Das  
63 regelmäßige Vorlesen und die Begeisterung für mehr Lese-Aktivität wollen wir  
64 auch durch den Einsatz von Ehrenamtlichen systematisch in Kitas verankern.

#### 65 **Fachkräftemangel in Kitas beheben**

66 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

67 Wir Freie Demokraten wissen, dass frühkindliche Bildung maßgeblich von der  
68 hochwertigen Betreuung und Förderung gut ausgebildeter pädagogischer Fachkräfte  
69 abhängt. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Kitas wollen wir die  
70 pädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren: Indem wir  
71 die Erzieheraus- und Weiterbildung generell schulgeldfrei stellen und angemessen  
72 vergüten, und die Ausbildungskapazitäten der Länder erhöhen, ermöglichen wir  
73 mehr Menschen den Zugang zur Ausbildung. Wir modularisieren die Ausbildung, um  
74 die Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau anzuheben,  
75 anschlussfähige Entwicklungsoptionen zu ermöglichen und die einheitliche  
76 Anerkennung zwischen den Bundesländern zu garantieren. Durch berufsbegleitenden  
77 Spracherwerb wollen wir dringend benötigte zugewanderte Fachkräfte  
78 schnellstmöglich in Kitas einsetzen.

#### 79 **Weltbeste Lehrkräfte**

80 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

81 Wir Freie Demokraten wissen: Eine Schule braucht exzellente Lehrkräfte. Mit

82 attraktiveren Arbeitsbedingungen, einer praxisnahen Aus- und Fortbildung, einer  
83 leistungsorientierten Bezahlung und attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten wollen  
84 wir mehr Freiräume im Lehrberuf schaffen. Multiprofessionelle Teams,  
85 beispielsweise IT-Kräfte, Sozialarbeiter, Schulpsychologen oder  
86 Verwaltungsassistenten, sollen sie im Schulalltag entlasten. Die Lehrausbildung  
87 wollen wir, auch für ein-Fach-Lehrkräfte, bundesweit zu einem dualen  
88 Lehramtsstudium weiterentwickeln, das Theorie- und Praxisphasen eng miteinander  
89 verzahnt und künftig einen stärkeren Fokus auf digitale und KI-Kompetenzen legt.  
90 Die dualen Lehramtsstudierenden wollen wir frühzeitig in den Schulalltag  
91 integrieren, indem sie eigenverantwortlich Nachhilfe-, Vertiefungs- und  
92 Mentoring-Angebote durchführen. Eine bundesweite Mobilitätsgarantie soll es  
93 Lehrkräften vereinfachen, das Bundesland zu wechseln. Mit einer bundesweiten  
94 Schulleiterakademie wollen wir Schulleitungen besser für ihre Aufgaben  
95 qualifizieren und unterstützen.

## 96 **Digitalpakt 2.0**

97 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

98 Schule muss junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben im digitalen Zeitalter  
99 vorbereiten. Deshalb fordern wir einen Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern, der  
100 die technische Ausstattung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen weiter  
101 vorantreibt, Lehrkräfte flächendeckend durch IT-Administratoren entlastet,  
102 digitale Lehre konsequent in der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung verankert und  
103 die neuen Kompetenzzentren für digitale Lehre verstetigt. Am Ende soll jeder  
104 Schüler, jede Schülerin und jede Fachkraft – unabhängig vom eigenen Geldbeutel –  
105 ein funktionierendes, digitales Endgerät nutzen können.

## 106 **Campus für Bildungsinnovationen schaffen**

107 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

108 Wir wollen KI-gestützte und adaptive Lernmethoden in den Schulalltag  
109 integrieren, indem wir analog zum GovTech-Campus einen Campus für  
110 Bildungsinnovationen schaffen. Ein solcher Campus vernetzt Bundesländer und  
111 Kommunen mit innovativen Akteuren der Tech-Szene und der angewandten Forschung.  
112 So lassen sich die Hürden des Föderalismus überwinden, um gemeinsam Schulen zu  
113 digitalisieren und bundesweit einheitliche Voraussetzungen für digitale Bildung  
114 zu schaffen.

## 115 **Lehrpläne mit zeitgemäßen Inhalten modernisieren**

116 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

117 Wir Freie Demokraten wollen den Unterrichtsinhalten ein überfälliges Update  
118 verpassen. Die Lehrpläne müssen grundlegend überarbeitet werden, damit mehr Raum  
119 für wirtschaftliche und finanzielle Bildung, Entrepreneurship, MINT-Themen,  
120 erfahrbare Demokratie und Politik sowie Medienkompetenz entsteht. Wir fordern  
121 insbesondere die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und  
122 Informatik. In der Schule muss die Auseinandersetzung mit den verschiedenen  
123 Formen von Menschenfeindlichkeit intensiviert werden. Dazu gehört der  
124 verpflichtende Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte und einer Synagoge als Ort  
125 aktuellen jüdischen Lebens in Deutschland, die Auseinandersetzung mit der  
126 Geschichte Israels sowie die Thematisierung aller Formen des Antisemitismus. Wir

127 wollen das Deutsch-Israelische Jugendwerk weiter vorantreiben, um den  
128 Jugendaustausch zu stärken. Zudem soll die Auseinandersetzung mit der Deutschen  
129 Teilung und dem DDR-Unrechtsregime durch den Besuch einer entsprechenden  
130 Gedenkstätte verpflichtend sein. Leistungswettbewerbe wie Jugend forscht oder  
131 Jugend debattiert wollen wir ausbauen und die Begabtenförderung an Schulen  
132 stärken. Die Bundesschülerkonferenz wollen wir weiter fördern.

### 133 **Eigenverantwortliche Schulen braucht das Land**

134 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

135 Wir Freie Demokraten wollen die Autonomie der Schulen stärken, denn die  
136 individuellen Bedürfnisse der Schüler kennen die Lehrkräfte vor Ort am besten.  
137 Mit bundesweit einheitlichen Bildungsstandards und Abschlussprüfungen, der  
138 Beibehaltung bewährter Notensysteme sowie dem Erhalt des Gymnasiums orientieren  
139 wir uns an den besten Bildungseinrichtungen der Welt. Zum Erreichen dieser Ziele  
140 wollen wir den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Kompetenzen  
141 einräumen. Dazu sollen alle ein frei einsetzbares Chancenbudget bestehend aus  
142 einem Sockelbetrag, Bildungsgutscheinen und einem Zuschuss aufgrund  
143 sozioökonomischer Herausforderungen erhalten. Im Rahmen dessen können die  
144 Schulen eigenständig über die Organisation der Bildungselemente, ihr  
145 Schulprofil, den Einsatz multiprofessioneller Teams, aber auch über  
146 Personalentscheidungen und die Länge der gymnasialen Laufbahn (G8/G9)  
147 entscheiden. Deshalb setzen wir uns für Schulfreiheitsgesetze in den Ländern  
148 ein.

### 149 **Exzellenzinitiative Berufliche Bildung 2.0**

150 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

151 Wir Freie Demokraten wollen die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung  
152 weiterentwickeln, um wieder mehr junge Menschen für die berufliche Bildung zu  
153 gewinnen. Dazu wollen wir die Berufsorientierung stärken. Dazu gehören vor allem  
154 Azubi-Botschafter, digitale Angebote, Frauen in MINT- und Männer in sozialen  
155 Berufen sowie die Jugendberufsagenturen. Zudem müssen wir ein berufliches  
156 Orientierungsjahr analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) schaffen,  
157 Maßnahmen im Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung bündeln und eine  
158 Investitionsoffensive in überbetriebliche Berufsbildungsstätten starten. Mit  
159 dem Ausbau von Stipendien der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung  
160 (SBB-Stipendien) und den neu eingeführten Azubi-Stipendien stützen wir  
161 exzellente Azubis. Zur Stärkung der internationalen Berufsbildungsmobilität  
162 etablieren wir einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD). Das duale  
163 Studium und hybride Angebote beruflicher und akademischer Bildung stärken wir.  
164 Wir wollen das Potenzial der beruflichen Bildungszentren besser nutzen und diese  
165 zu regionalen Innovations- und Gründerzentren ausbauen.

### 166 **Selbstbestimmte Bildungswege und berufliche Fortbildungen stärken**

167 Wir Freie Demokraten wollen Weiterbildungen und den Wechsel zwischen ähnlichen  
168 Berufen erleichtern. Dazu werden wir vergleichbare Berufe nach Maßgabe der  
169 Sozialpartner in Berufsfelder zusammenfassen. Nach der generalistischen  
170 Ausbildungsphase folgt die Spezialisierungsphase, das Berufsprinzip bleibt  
171 erhalten. Das Aufstiegs-BAföG bauen wir zielgerichtet aus und ermöglichen die

172 Förderung einer zweiten Fortbildung auf derselben Stufe. Im öffentlichen Dienst  
173 soll die Anerkennung beruflicher Aus- und Fortbildungen und praktischer  
174 Erfahrungen verbessert werden.“. Die Anerkennung im Ausland erworbener  
175 Abschlüsse soll beschleunigt und durchgehend digitalisiert werden.

#### 176 **Elternunabhängige Finanzierung von Studium und Ausbildung**

177 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

178 Wir Freie Demokraten wollen, dass ein Studium nicht von den Voraussetzungen des  
179 Elternhauses abhängt. Deshalb wollen wir das BAföG zu einem elternunabhängigen  
180 Baukasten-System weiterentwickeln. Dieses setzt sich zusammen aus dem bisherigen  
181 Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag, das künftig direkt an die Studierenden und  
182 Schüler ausgezahlt wird, weiteren Zuschusselementen des BAföG und einem  
183 monatlich anpassbaren, zinsfreien Darlehen, das erst bei gutem Einkommen und in  
184 begrenzter Höhe und Dauer zurückgezahlt werden muss. Das Bildungskreditprogramm,  
185 das Schüler und Studierende in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen durch einen  
186 einfachen und zinsgünstigen Kredit individuell und flexibel unterstützt, wollen  
187 wir kurzfristig stärken und ausbauen. Darüber hinaus wollen wir das  
188 Bildungssparen attraktiv machen. Wenn Eltern und Großeltern für die Bildung  
189 ihrer Kinder und Enkelkinder vorsorgen wollen, soll dies steuerfrei möglich sein  
190 - ähnlich wie beim Altersvorsorgedepot.

#### 191 **Mit „Erasmus“ die Welt entdecken**

192 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

193 Wir Freie Demokraten wollen das europäische Erfolgsprogramm „Erasmus+“  
194 weiterentwickeln. Der interkulturelle Austausch ist die beste Voraussetzung für  
195 Weltoffenheit und Dialog. Auch Schülerinnen und Schüler sollen künftig von  
196 „Erasmus+“ profitieren und unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der  
197 Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Auch die Programme  
198 „Erasmus+“ und „Ausbildung Weltweit“ für Auszubildende wollen wir ausbauen.  
199 Analog zum Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) braucht es einen  
200 Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD) für Auszubildende, Betriebe und  
201 Berufsschulen. Die Zahl der Programmländer wollen wir stetig ausweiten, unter  
202 anderem auf Großbritannien, die Schweiz, die Ukraine und andere EU-  
203 Beitrittskandidaten. Zudem wollen wir Lehrkräften mehr Auslandserfahrung  
204 ermöglichen.

#### 205 **Von der Grundlage bis zum Transfer**

206 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

207 Wir Freie Demokraten betrachten exzellente Grundlagenforschung als entscheidende  
208 Voraussetzung für Innovationen. Deshalb möchten wir den gesamten  
209 Forschungsprozess – von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung  
210 bis hin zum Transfer in die Privatwirtschaft – stärken. Dazu ist es notwendig,  
211 Bürokratie abzubauen, und Deutschland damit wieder zu einem attraktiveren  
212 Standort für Spitzenforscher zu machen – insbesondere durch kürzere  
213 Visawartezeiten. Die Kompetenzen für Innovationspolitik wollen wir in einem neu  
214 zu schaffenden Digitalministerium bündeln, Ausgründungen aus  
215 Forschungseinrichtungen verstärkt unterstützen, insbesondere auf Basis der  
216 Erfahrungen mit DATI-pilot und der Agentur für Sprunginnovationen „SPRIND“.

217 Private Investitionen möchten wir durch steuerliche Vorteile wie  
218 Forschungszulagen unterstützen.

### 219 **Europa muss das Tech-Race gewinnen**

220 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

221 Wir Freie Demokraten wissen, dass wir uns auch in der Wissenschaft in einem  
222 neuen Systemwettbewerb befinden. Deshalb benötigen wir in Europa und Deutschland  
223 eine klare Strategie für Forschung und Innovation, die auf Technologieoffenheit  
224 basiert. Wir wollen ein technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz und damit  
225 in Deutschland durch starke Fusionsforschung Voraussetzungen für den Bau und  
226 Betrieb von Fusionskraftwerken schaffen, den hinderlichen Rechtsrahmen für  
227 Gentechnologie reformieren, die Stammzellenforschung stärken und im  
228 Gesundheitsbereich einen verstärkten Schwerpunkt auf neurodegenerative  
229 Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson sowie auf frauenspezifische  
230 Gesundheitsbereiche und gerontologische Forschung legen. Deutschlands  
231 Spitzenposition in der physikalischen Grundlagenforschung und Quantenphysik  
232 wollen wir sichern. Diese Schwerpunkte wollen wir auch im 10. Europäischen  
233 Forschungsrahmenprogramm setzen.

### 234 **Zeitenwende in der Wissenschaft**

235 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

236 Wir Freie Demokraten fordern eine Zeitenwende in der Forschung und Lehre.  
237 Wissenschaft lebt von einer offenen Debattenkultur und nicht von pauschalen  
238 Beschränkungen. Die Wissenschaftsfreiheit schützen wir vor Eingriffen von innen  
239 und außen. Deshalb setzen wir uns für die flächendeckende Abschaffung pauschaler  
240 „Zivilklauseln“ ein und wollen eine europäische DARPA nach amerikanischem  
241 Vorbild entwickeln, die sich auf den Technologietransfer zwischen Militär und  
242 Wissenschaft sowie auf die Förderung von Forschungsprojekten mit militärischen  
243 oder Dual-Use-Anwendungen konzentriert. Der russische Angriffskrieg auf die  
244 Ukraine hat uns gezeigt, dass wir unsere technologischen Stärken besser zum  
245 Schutz der Freiheit weltweit einsetzen müssen. Zudem fordern wir ein  
246 konsequentes De-Risking im Forschungsbereich nach kanadischem Vorbild.

### 247 **KI-Standort Deutschland stärken**

248 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

249 Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zu einem der stärksten Standorte für  
250 künstliche Intelligenz in der Welt machen. Der wichtigste Standortfaktor ist  
251 dabei die Verfügbarkeit von Trainingsdaten. Der europäische AI-Act ist in der  
252 jetzigen Form kein Standortvorteil. Wir wollen ihn bei der nationalen Umsetzung  
253 deutlich innovationsfreundlicher gestalten. Einen vereinfachten Zugang zu  
254 Forschungsdaten wollen wir über ein Forschungsdatengesetz rechtssicher  
255 ermöglichen.

### 256 **Mehr Wahlfreiheit durch schulübergreifende „digitale Interessen-Klassen“**

257 Wir Freie Demokraten wissen, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs-  
258 und Entscheidungsfreiheit bessere Leistungen erzielen. Deshalb wollen wir  
259 Schülerinnen und Schülern mehr individuelle Angebote machen – selbst dann, wenn  
260 die Schule vor Ort dazu nicht in der Lage ist. Dafür sollen digitale

261 Schulverbände mit sog. "digitalen Interessen-Klassen" geschaffen werden, die von  
262 Schülerinnen und Schülern als reguläre schulische Leistung besucht werden  
263 können. Solche Online-Kurse bieten neue Experimentierräume für den Einsatz  
264 digitaler Lernangebote. Gerade Kinder im ländlichen Raum können hierdurch  
265 profitieren.

#### 266 **Förderung für Menschen mit Behinderung und Lernschwäche**

267 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

268 Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderung und Lernschwäche  
269 bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen  
270 Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir  
271 setzen uns daher für den Erhalt der Förderschulen ein. Wir möchten dafür sorgen,  
272 dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potentialen machen kann und gut auf  
273 ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird. Für Menschen mit  
274 Behinderungen müssen in der beruflichen Bildung die Möglichkeiten für  
275 Qualifikationen erhalten und ausgebaut werden.

#### 276 **Qualitätsoffensive für die Hochschullehre**

277 Wir Freie Demokraten fordern eine Qualitätsoffensive für die Hochschullehre.  
278 Mittelzuweisungen des Bundes sollen künftig auch auf Basis qualitätsorientierter  
279 Kriterien erfolgen. Eine bundesweite Beratung soll Hochschulen und Lehrende bei  
280 didaktischen, technischen, datenschutz- und urheberrechtlichen Fragen zu  
281 digitaler Lehre unterstützen. Alle Förderprogramme des Bundes für die  
282 Verbesserung der Hochschullehre wie auch zur Forschungsfinanzierung sollen den  
283 Hochschulen grundsätzlich unabhängig ihrer Trägerschaft offenstehen.

#### 284 **Bürokratieabbau für die Forschung**

285 Wir Freie Demokraten wollen Deutschlands starkes Wissenschaftssystem entlasten.  
286 Die Unternehmen und der Staat in Deutschland investieren rund 3,1 Prozent des  
287 Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Dennoch bremsen Regulierung  
288 und Bürokratie viele Forscher aus. Deshalb wollen wir die Regulierung für das  
289 deutsche Forschungssystem abbauen, z.B. durch Privilegierungen im Bereich  
290 Datenschutz, beim Lieferkettengesetz, im Tierschutzrecht oder auch beim Vergabe-  
291 und Baurecht. Förderanträge wollen wir vereinfachen und stärker standardisieren  
292 und die Entscheidungsprozesse beschleunigen.

#### 293 **Gründungen aus der Wissenschaft vereinfachen**

294 Wir Freie Demokraten wollen, dass Studierende und Wissenschaftler  
295 Technologietransfers einfach durch Gründungen umsetzen können. Deshalb setzen  
296 wir auf freien Zugang zu staatlich geförderter Forschung und fordern eine  
297 grundsätzliche Open-Access und Open-Data-Pflicht. Transfer- und  
298 Gründungsaktivitäten wollen wir als ausgleichendes Kriterium bei Tenure-  
299 Verfahren einführen. Für an öffentlichen Forschungsinstituten angestellte  
300 Wissenschaftler wollen wir darüber hinaus einen gesetzlichen Anspruch auf ein  
301 Gründungssabbatical eingegliedert in die sogenannten Transferbrücken schaffen.  
302 Studierende sollen ihr Flexibilitätssemester regulär als Gründungssemester  
303 nutzen können. Die EXIST-Gründungsstipendien wollen wir ausbauen und für die  
304 berufliche Bildung öffnen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir transfernahe  
305 Nebentätigkeiten von Wissenschaftlern von der Genehmigungspflicht auf eine

306 Anzeigepflicht senken.

### 307 **Strategische und erfolgsorientierte Forschungspolitik**

308 Wir fordern, dass die institutionelle Finanzierung sich stärker am Erfolg  
309 orientieren muss, um Exzellenz in unseren Forschungsinstitutionen zu fördern.  
310 Auch die Leitungen der Institutionen benötigen stärkere Anreize, ihr Management  
311 am institutionellen Erfolg auszurichten. Das setzt ein nationales System der  
312 Forschungsevaluierung von Hochschulen und außeruniversitären  
313 Forschungsinstitutionen voraus. Wettbewerbsverzerrungen wie z.B. zwischen  
314 Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen müssen beseitigt  
315 werden und die außeruniversitären Forschungsinstitutionen wieder stärker auf  
316 ihre ursprünglichen Aufgaben im Forschungssystem ausgerichtet werden.  
317 Strukturkonservierende, erfolgsunabhängige Dauerausstattungen und  
318 Dauerfinanzierungen müssen abgebaut werden. Um dies zu erreichen, bedarf es der  
319 Ausweitung der exzellenzorientierten Personalförderung nach dem Modell des ERC  
320 (European Research Council).

### 321 **Für einen modernen Mutterschutz – mit und ohne eigenes Unternehmen**

322 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

323 Wir Freien Demokraten wollen den Mutterschutz modernisieren. Dazu fordern wir  
324 die Einführung eines freiwilligen, flexiblen Mutterschutzes für Selbstständige.  
325 Die Finanzierung des Mutterschutzes für Selbstständige erfolgt äquivalent zum  
326 Mutterschutz für Angestellte. Dadurch entstehende Belastungen werden wir an  
327 anderer Stelle ausgleichen. Keine Frau soll nach einer Fehlgeburt sofort wieder  
328 arbeiten müssen. Daher fordern wir, dass Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden,  
329 ein Recht auf gestaffelten Mutterschutz haben.

### 330 **Ein Update für das Elterngeld**

331 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

332 Wir Freien Demokraten fordern, das Elterngeld an die Gegenwart anzupassen. Das  
333 Elterngeld (14 Monate) soll voll ausgezahlt werden, wenn beide Partner je  
334 mindestens vier Elterngeldmonate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate  
335 können Eltern frei unter sich aufteilen. Damit tragen wir den realen und  
336 diversen Betreuungskonstellationen Rechnung, stärken partnerschaftliche  
337 Verteilung der Sorgearbeit und machen das Elterngeld attraktiver. Pflegeeltern  
338 und Selbständigen soll der Zugang zum Elterngeld vereinfacht werden. Damit  
339 zentrale Familienleistungen Familien zuverlässig erreichen, fordern wir eine  
340 konsequente Entbürokratisierung, Digitalisierung und Bündelung der  
341 Familienleistungen. Dazu etablieren wir ein übersichtliches und einfach  
342 nutzbares Kinderchancenportal für Familien.

### 343 **Weil Familie, Pflege und Beruf miteinander vereinbar sein müssen**

344 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

345 Wir Freien Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege  
346 deutlich verbessern. Ausreichende Kitaplätze ermöglichen Müttern eine  
347 gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und sind ein entscheidender  
348 Wirtschaftsfaktor. Wir priorisieren den Ausbau einer flächendeckenden,  
349 ganztägigen Kinderbetreuung und die bessere steuerliche Absetzbarkeit

350 berufsbedingter Betreuungskosten. Betriebskitas sollen stärker gefördert und  
351 bürokratische Hürden abgebaut werden. Wir wollen – insbesondere für Eltern im  
352 Schichtdienst – flexiblere, bedarfsgerechte Betreuungszeiten und Einrichtungen  
353 ermöglichen. Für Pflegende soll die Tages- und Kurzzeitpflege ausgebaut werden.  
354 Flexible Arbeitszeiten durch Teilzeit, Job- oder Topsharing und Homeoffice  
355 sollen allen Arbeitnehmenden ermöglicht werden.

#### 356 **Reproduktive Selbstbestimmung – Paragraph 218 reformieren**

357 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

358 Wir Freie Demokraten stehen hinter der Möglichkeit von Frauen, einen  
359 Schwangerschaftsabbruch nach geltender Rechtslage vorzunehmen. Eine Reform der  
360 Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog.  
361 fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede  
362 Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Deutschen Bundestag beraten  
363 werden. Die derzeitige Versorgungslage ist absolut unzureichend. Daher müssen  
364 wir uns mit den politischen Rahmenbedingungen beschäftigen, um eine angemessene  
365 Versorgungslage zu gewährleisten. Dazu muss in allen Bundesländern die  
366 Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen der Schwangerschaftsabbruch als  
367 Teil des Curriculums integriert werden. Wir werden prüfen, wie Krankenhäuser in  
368 öffentlicher Trägerschaft stärker in die Verantwortung genommen werden können.  
369 Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden.  
370 Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren  
371 u.a. durch Abschaffung der Neun-Wochen-Grenze für medikamentöse Abbrüche besser  
372 zugänglich und kenntlich gemacht werden und beispielsweise durch medizinisches  
373 Personal und Hebammen begleitet werden können.

#### 374 **Zugang zu Verhütung verbessern**

375 Wir werden dafür sorgen, dass neutrale Informationen zu dem rezeptfreien  
376 Verhütungsmedikament der Verzögerung des Eisprungs (sog. „Pille danach“) möglich  
377 werden und die bestehende gesetzliche Regelung abgeschafft wird. So wird es auch  
378 möglich, Mädchen in Schulen über alle Verhütungswege aufzuklären. Dies soll es  
379 Frauen ermöglichen, selbstbestimmt über ihre Familienplanung zu entscheiden. In  
380 Beratungsangeboten sollte ebenso die Möglichkeit zur Sterilisation einbezogen  
381 werden.

#### 382 **Stärkung der Geburtshilfe und der frühen Hilfen**

383 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen vor, während und nach der Geburt  
384 ausreichend von Hebammen versorgt werden. Auch bei Schwangerschaftsabbrüchen und  
385 Fehlgeburten soll eine umfassende Betreuung gewährleistet sein. Um den  
386 Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordern wir bessere Arbeitsbedingungen auf  
387 Geburtsstationen, einen verbesserten Betreuungsschlüssel sowie die Entlastung  
388 von Bürokratie und anderen Tätigkeiten. Freiberufliche Hebammen wollen wir vor  
389 unverhältnismäßig hohen Versicherungskosten schützen. Zudem setzen wir uns für  
390 eine bessere Versorgung mit Kinderärzten und die Dynamisierung der Frühen Hilfen  
391 ein. Gewalt in der Geburtshilfe muss bekämpft werden. Frauen haben das Recht auf  
392 eine respektvolle, selbstbestimmte Geburt. Werdende Mütter sollen besser über  
393 ihre Rechte informiert und Hebammen besser eingebunden werden.

#### 394 **Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen**

395 Frauen verdienen bei gleicher Leistung und Position immer noch weniger Geld als  
396 Männer. Wir bekämpfen Lohnunterschiede, indem wir Arbeitgeber dabei  
397 unterstützen, den eigenen Gender Pay Gap zu berechnen und wirksame  
398 Angleichungsmaßnahmen umzusetzen. Wir erwarten bei Tarifverhandlungen in  
399 frauendominierten Branchen gleiche Bemühungen wie in männerdominierten.

#### 400 **Altersarmut verhindern und Frauen gezielt stärken**

401 Frauen sind besonders von Altersarmut betroffen, da sie häufiger in Teilzeit  
402 arbeiten, familienbedingt aus dem Beruf aussteigen und weniger verdienen. Dies  
403 führt zu geringeren Rentenansprüchen. Wir setzen uns für eine Rentenpolitik ein,  
404 die Teilzeitarbeit, Elternzeiten und ungleiche Bezahlung berücksichtigt. Paare  
405 sollen bei Erwerbsunterbrechung aufgrund von Care-Arbeit standardisiert das  
406 Rentenpunktesplittings nutzen können. Mit mehr finanziellen Bildungsangeboten  
407 wollen wir Frauen ermutigen, stärker auf die private Altersvorsorge zu setzen.

#### 408 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen, Schutzkonzepte ausbauen und Prävention stärken**

409 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

410 Wir Freien Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und  
411 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt umfassend und wirksam  
412 umgesetzt wird. Die Zahl der Femizide in Deutschland steigt weiter. Wir setzen  
413 uns für ein Online-Register für Frauenhäuser ein, das in Echtzeit verfügbare  
414 Plätze anzeigt. Frauenhäuser müssen flächendeckend ausreichend Plätze bieten.  
415 Bund und Länder sollen die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung intensivieren  
416 und Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung  
417 ermöglichen. Digitale Prävention wollen wir verstärken. Wir fordern den Ausbau  
418 von Gewaltschutzambulanzen und die Übernahme der Kosten für Behandlungen nach  
419 Vergewaltigungen.

#### 420 **Akzeptanz und Bürgerrechte von LSBTI weiter voranbringen**

421 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

422 Wir bekämpfen Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber LSBTI. Deshalb  
423 werden wir den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ fortsetzen und die  
424 Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser ausstatten. Polizeibehörden  
425 sollen LSBTI-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen und  
426 verfolgen. Wir setzen uns dafür ein, den Schutz von Artikel 3 GG um die sexuelle  
427 Identität zu ergänzen. Wir geben Regenbogenfamilien einen fairen Rechtsrahmen.  
428 Wir wollen Mehrelternschaft rechtlich anerkennen und rechtswirksame  
429 Elternschaftsvereinbarungen bereits vor der Empfängnis ermöglichen. Fehlt eine  
430 solche Vereinbarung, soll die Ehefrau der Mutter rechtliches Elternteil werden,  
431 wobei Väterrechte zu sichern sind. Reproduktionsmedizin soll allen Menschen  
432 unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung zugänglich sein.

#### 433 **Aktive Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderung**

434 Wir Freie Demokraten machen Deutschland in allen Bereichen des öffentlichen  
435 Lebens barrierefrei. Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit von Menschen  
436 mit Behinderung ein. Wir schaffen ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis  
437 zur Berufsausbildung, indem wir sonderpädagogische Inhalte in die pädagogische  
438 Grundausbildung integrieren. Wir stärken die Selbstbestimmung von Menschen mit

439 Behinderung und bauen bürokratische Hürden ab. Der Nachweis einer dauerhaften  
440 Behinderung muss künftig nur noch einmalig erbracht werden. Durch praxisnahe  
441 Förderung und Arbeitsvermittlung verbessern wir die Chancen auf dem ersten  
442 Arbeitsmarkt. Die Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendlichen soll im  
443 SGB VIII vereint werden. Eingliederungshilfe gewähren wir Kindern und  
444 Jugendlichen künftig unabhängig vom Einkommen der Eltern.

#### 445 **Keine Pflichtdienste**

446 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

447 Wir Freie Demokraten sehen eine allgemeine Dienstpflicht und verwandte Konzepte  
448 als einen schweren Freiheitseingriff. Einen solchen Pflichtdienst für junge  
449 Menschen lehnen wir ab. Wir setzen auf attraktive und berufsvorbereitende  
450 Freiwilligendienste. Um den Zugang zu Freiwilligendiensten so einfach wie  
451 möglich zu machen, sollen die verschiedenen Angebote von FSJ über FÖJ bis zum  
452 Bundesfreiwilligendienst durch ein Rahmengesetz vereinheitlicht werden. Wichtig  
453 ist uns, dass alle Altersgruppen partizipieren können.

#### 454 **Gründerinnen von heute und morgen stärken**

455 Noch immer gründen Frauen seltener als Männer und ihre Start-ups erhalten  
456 weniger Wagniskapital. Auch das Potenzial von Gründerinnen und Gründern mit  
457 Migrationshintergrund wird nicht vollständig genutzt. Daher wollen wir Frauen  
458 den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken erleichtern.  
459 Verwaltungsvorgänge, die für eine Gründung notwendig sind, sollen  
460 schnellstmöglich auf Englisch ermöglicht werden. Die Gründerinnen von morgen  
461 stärken wir durch finanzielle Bildung sowie durch Entrepreneurship-Education in  
462 Schulen. Wir bereinigen Schulmaterialien von stereotypen Rollenbildern und  
463 diskriminierenden Darstellungen. Programme mit weiblichen Vorbildern und  
464 Projekte wie Robotics und Coding in der Ganztagschule sollen das Interesse von  
465 Mädchen und Menschen mit Migrationshintergrund an MINT-Berufen wecken.

#### 466 **Die Freiheit der Kunst und Kultur ernst nehmen**

467 Die Freiheit der Kunst ist elementarer Bestandteil von Meinungs- und  
468 Informationsfreiheit und ermöglicht vielfältigste Ausdrucksmöglichkeiten in  
469 Wort, Schrift, Bild und Ton. Kultur regt zur Reflexion an, sie formt  
470 Gemeinschaft, sie baut Brücken. Es ist unbestritten, dass staatliche  
471 Kulturförderung für deren Freiheit und deren Bestand unabdingbar ist. Staatliche  
472 Förderung darf jedoch nicht dazu führen, dass die Unabhängigkeit vom freien  
473 Markt gegen staatliche Kulturdirektion eingetauscht wird. Wir wollen der Kultur  
474 die Steine aus dem Weg räumen und sie unterstützen, ohne sie dabei inhaltlich zu  
475 lenken. Denn unsere Kultur wechselt nicht mit der Legislaturperiode, sondern  
476 nimmt ihren eigenen Verlauf.

#### 477 **Kulturpolitik auf Bundesebene nachhaltig verankern**

478 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

479 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz  
480 durch Aufnahme des Satzes „Der Staat schützt und fördert Kultur.“  
481 festzuschreiben. Ein tief verankertes Selbstverständnis Deutschlands als  
482 Kulturnation würde durch diese Ergänzung des Grundgesetzes bekräftigt.

483 **Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Auftrags- und Strukturreform**

484 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

485 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum dualen Mediensystem – getragen vom  
486 öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) und privaten Medienhäusern. Konkurrenz zu  
487 jedem Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR. Wir  
488 wollen einen moderneren und schlankeren ÖRR, der sich auf seine Kernaufgaben  
489 Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentriert. Durch  
490 eine Reduktion der Kanäle sowie den Abbau von Doppelstrukturen wollen wir den  
491 Rundfunkbeitrag senken. Junge Menschen in Ausbildung wollen wir vom  
492 Rundfunkbeitrag befreien. Wir müssen alle in Deutschland lebenden Menschen für  
493 eine informierte Gesellschaft erreichen. Daher fordern wir reichweitenstärkere  
494 fremdsprachige Angebote auch im Inland.

495 **Lebenschancen-BAföG für Bildung ein Leben lang**

496 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

497 Wir Freie Demokraten wollen das berufs- und lebensbegleitende Lernen für alle  
498 attraktiver machen, denn angesichts des technologischen und demografischen  
499 Wandels gewinnt es zunehmend an Bedeutung. Neben der abschlussbezogenen  
500 Bildungsförderung möchten wir auch den Zugang zu kleineren, flexiblen  
501 Bildungszertifikaten erleichtern. Zur Finanzierung von Kursgebühren,  
502 bildungsbedingten Auszeiten und notwendiger Kinderbetreuung wollen wir ein neues  
503 „Lebenschancen-BAföG“ einführen. Ein persönliches Freiraumkonto soll das steuer-  
504 und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten  
505 ermöglichen. Unbürokratische Bildungsgutscheine erhalten Menschen, denen der  
506 Zugang zu Bildung aufgrund finanzieller Hürden bislang verwehrt blieb.  
507 Hochschulen wollen wir durch den Abbau rechtlicher Hürden dazu befähigen, mehr  
508 akademische Weiterbildungsangebote anzubieten.

509 **Zwangsprostitution verfolgen und selbstbestimmte Sexarbeit schützen**

510 Wir wissen um die Herausforderung einer Abgrenzung zwischen freiwilliger und  
511 unfreiwilliger Prostitution. Dennoch lehnen wir den Ansatz des Nordischen  
512 Modells ab und wollen nicht jede Sexarbeiterin und jeden Sexarbeiter pauschal  
513 als Opfer ihrer selbst sehen.“ Wir setzen uns für die Rechte selbstbestimmter  
514 Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen ein. Den Kampf gegen Armuts- und  
515 Zwangsprostitution, sowie die Loverboy-Methode wollen wir intensivieren.  
516 Präventive Bildungsmaßnahmen und ein umfassender Opferschutz sind wichtige  
517 Bausteine zur Bekämpfung dieser perfiden Ausbeutungsformen. Zwangsprostitution  
518 und Menschenhandel müssen durch entschiedene und gut koordinierte  
519 Strafverfolgung bekämpft werden. Dazu braucht es einen effektiven Austausch  
520 zwischen nationalen und internationalen Strafverfolgungsbehörden. Zur  
521 Verbesserung der Lebensbedingungen von Prostituierten soll in größeren Städten  
522 ein „Runder Tisch“ nach dem Dortmunder Modell eingerichtet werden, um die  
523 Zusammenarbeit zwischen Behörden, Beratungsstellen und Prostituierten zu  
524 stärken. In ländlichen Regionen wollen wir gemeinsam mit den Bundesländern die  
525 aufsuchende Beratungs- und Präventionsarbeit stärken.

526 **Mehr Frauen in der Politik**

527 Wir Freie Demokraten setzen uns für tatsächliche Chancengleichheit für Frauen

528 und Männer im politischen Betrieb ein. Dabei lehnen wir starre Quoten und  
529 verfassungswidrige Instrumente wie Paritätsgesetze ab, die die Freiheit der Wahl  
530 und der Parteien beeinflussen. Nachhaltige Veränderungen müssen aus den Parteien  
531 heraus angestoßen werden. Hierbei setzen wir auf Selbstverpflichtungen in Form  
532 von Zielvereinbarungen, um die Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und  
533 Mandaten auf allen Ebenen zu erhöhen. Parteien sind in der Pflicht, ihre  
534 Parteikultur offener und transparenter zu gestalten. Damit verfolgen wir das  
535 Ziel, langfristig die Rahmenbedingungen für politisches Engagement für alle zu  
536 verbessern und Parität zu erreichen.

#### 537 **Zukunftsgestalterinnen im Handwerk**

538 Gut ausgebildete Frauen sind entscheidend für die Zukunft des Handwerks. Als  
539 Freie Demokraten setzen wir auf Werkunterricht an Schulen und  
540 Ausbildungsbotschafterinnen, um früh zu begeistern. Durch gezielte  
541 Fördermaßnahmen, Stärkung von Azubi-Stipendien und Gründerinnenpreisen im  
542 Handwerk sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Meisterausbildung wollen  
543 wir Frauen stärken. Handwerksbetriebe werden bei der digitalen Transformation  
544 und im Technologiebereich unterstützt. Das Klima-Handwerk wird Schlüsselfaktor  
545 für Klimaschutz durch Innovationen in Energieeffizienz und nachhaltigen  
546 Bauweisen.

#### 547 **Mentale Gesundheit von Frauen stärken: Barrieren abbauen**

548 Mehrfachbelastung durch die Hauptlast der Kinderbetreuung, der Haushaltsarbeit  
549 und des Berufs, sowie mangelnde Karrierechancen für Frauen werden immer noch  
550 viel zu selbstverständlich genommen. Eine stärkere Belastung der mentalen  
551 Gesundheit kann die Folge sein. Wir möchten dem „Mental Load“ entgegenwirken und  
552 zudem dafür sorgen, dass die mentale Gesundheit ernst genommen wird. Durch den  
553 Ausbau flexibler Betreuungsangebote und die Förderung partnerschaftlicher  
554 Aufgabenteilung ab Geburt können wir Frauen entlasten und ihre mentale  
555 Gesundheit schützen. Zudem müssen Hürden im Berufsleben, wie ungleiche  
556 Karrierechancen und die "gläserne Decke", überwunden werden.

#### 557 **Umfassende Sexualaufklärung und Schutz vor sexualisierter Gewalt und 558 Diskriminierung in Bildungseinrichtungen**

559 Wir fordern eine umfassende, inklusive und geschlechtergerechte  
560 Sexualaufklärung, die Themen wie sexuelle Selbstbestimmung, Konsens, LGBTQIA+-  
561 Inklusion und den reflektierten Umgang mit der eigenen Geschlechterrolle  
562 behandelt, aber auch häusliche Gewalt thematisiert. Diese Aufklärung soll zu  
563 gesunden, respektvollen Beziehungen beitragen. Schulen und Universitäten sollen  
564 Maßnahmen ergreifen, um sexualisierte Gewalt und geschlechtsbezogene  
565 Diskriminierung aktiv zu bekämpfen. Das umfasst Präventionsprogramme, klare  
566 Meldewege für Betroffene und Konsequenzen für Täterschaft. Auch Lehrkräfte und  
567 Personal müssen sensibilisiert und geschult werden.

#### 568 **Enttabuisierung der Menstruation in Bildungseinrichtungen**

569 Menstruation muss enttabuisiert werden. Im Rahmen der Sexualaufklärung sollen  
570 Schülerinnen für Menstruation, Reproduktionsgesundheit und das Wohlbefinden von  
571 Mädchen und Frauen sensibilisiert werden, um Scham und Stigma zu überwinden.

#### 572 **Digitale Transformation als Chance für Frauen**

573 Die FDP setzt auf Chancengleichheit in der digitalen Transformation. Die  
574 digitale Transformation eröffnet gerade auch Frauen neue Chancen, ihre  
575 beruflichen Perspektiven zu erweitern und als Gestalterinnen in der  
576 Technologiebranche zu wirken. Wir setzen uns dafür ein, Frauen frühzeitig durch  
577 Bildungsprogramme in digitalen Kompetenzen zu fördern. Wir möchten Mädchen schon  
578 in der Schule für MINT-Berufe begeistern und ihnen den Zugang zu Innovationen  
579 erleichtern. Wir unterstützen Gründerinnenprogramme im Tech-Bereich. Flexible  
580 Arbeitsmodelle sollen dabei unterstützen, Beruf und Familie besser zu  
581 vereinbaren und berufliche Ziele zu erreichen.

582 **Nationale Demenzstrategie über 2026 hinaus fortsetzen und Demenz-Netzwerke vor**  
583 **Ort aktiv unterstützen**

584 Wir fordern, die Nationale Demenzstrategie über 2026 hinaus fortzusetzen und die  
585 Zusammenarbeit in Demenznetzwerken vor Ort aktiver zu unterstützen. Aktuell sind  
586 ca. 1,8 Millionen Menschen an Demenz erkrankt. Bis 2050 werden es nach  
587 Schätzungen ca. drei Millionen sein. Nicht nur die Betroffenen, sondern auch  
588 Angehörige und ehrenamtliche und professionelle Akteure verdienen  
589 Planungssicherheit. Auch die Unterstützung vor Ort muss langfristig  
590 organisatorisch und finanziell gesichert sein.

591 **Für mehr Barrierefreiheit zu Hause – so lange wie möglich in den eigenen vier**  
592 **Wänden leben**

593 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

594 Wir setzen uns für eine selbstbestimmte Lebensführung älterer Menschen in einem  
595 möglichst barrierefreien Zuhause ein. Die Kreditvergabe für altersgerechte  
596 Sanierungen und Umbauten unterstützen wir.

597 **Kulturpolitik als zentrale Gesellschaftspolitik begreifen**

598 Wir Freie Demokraten wollen den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern, durch  
599 Chancenbudgets Freiheit für Projektentwicklungen schaffen und durch  
600 Digitalisierung einen niedrigschwelligen, inklusiven und zusätzlichen  
601 Nutzungsweg ermöglichen. Als Freie Demokraten sehen wir großes  
602 Transformationspotenzial im Kulturbereich für unsere Gesellschaft. Kreativität  
603 ist weder planbar noch geradlinig. Daher müssen wir dem Kultursektor die nötigen  
604 Freiräume und Werkzeuge an die Hand geben.

605 **Vielfalt der Kultur in der Kulturpolitik leben**

606 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

607 Wir Freien Demokraten wissen, dass die Stärke unserer Demokratie in der Vielfalt  
608 unserer Kultur liegt. Wir setzen uns daher für die Aufhebung der Unterscheidung  
609 von E- und U-Kultur ein. Der Popkultur, als einen unmittelbaren Teil unserer  
610 Kulturszene kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie ist mehr als  
611 Unterhaltung. Das kreative Potential der Popkultur ist Mainstream und Innovation  
612 in einem. Daher setzen wir uns für einen zeitgemäßen Kulturbegriff, der u.a. das  
613 Design, die Comics, die Tattookunst und Games einschließt, ein.

614 **Erinnerungskultur als Basis zukünftigen Handelns stärken**

615 Die wechselvolle Geschichte Deutschlands ist für uns Freie Demokraten Mahnung  
616 und Auftrag. Wir nehmen die Verantwortung von „Nie wieder“ ernst und möchten

617 unsere vielen dezentralen Erinnerungsorte und Mahnmale stärken und so in die  
618 Lage versetzen, aktuelle und künftige Herausforderungen zu meistern.  
619 Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben die Aufgaben, insbesondere  
620 die Vermittlungsarbeit, verändert. Fachkräftemangel, marode Bauten sowie An- und  
621 Übergriffe bedrohen die tägliche Arbeit. Mit einem neuen Gedenkstättenkonzept  
622 und stärkerer forschungsbasierter Zusammenarbeit wollen wir dem Rechnung tragen.

### 623 **Talente altersunabhängig finden und fördern**

624 Deutschlands Ressource der Zukunft ist die menschliche Kreativität. Wir Freie  
625 Demokraten wollen daher nicht nur Nachwuchs, sondern altersunabhängig Talente  
626 finden, fördern und Zugang zu allen kulturellen Sparten ermöglichen. Wir wollen  
627 die frühkindliche Bildung im künstlerisch-musischen Bereich stärken, Programme  
628 vergleichbar mit MINT aufsetzen und Lebensmodellförderungen anbieten, um Neu-  
629 oder Wiedereinstiege in allen Lebensphasen – im Einklang von Familie und Beruf -  
630 zu ermöglichen.

### 631 **Kultur inklusiv denken**

632 Für die Freien Demokraten ist Inklusion der Dreiklang aus Teilhabe, Teilnahme  
633 und Teilhabe. Dieser Dreiklang ist dabei keine Frage von Zahlen, keine Frage von  
634 Mehrheiten oder Minderheiten. Inklusion ist heute aus dem gesellschaftlichen  
635 Diskurs nicht wegzudenken und berührt das Grundverständnis unseres  
636 Zusammenlebens, daher setzen wir uns dafür ein, dass Inklusion kein Nischenthema  
637 für die Kultur bleibt. Inklusiv Kulturangebote leisten einen großen Beitrag  
638 dazu, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zusammenzubringen. Daher setzen  
639 wir uns für Menschen mit Beeinträchtigungen im Kulturbereich ein. Die  
640 Bundeskulturpolitik kann hier durch gezielte Förderung und die Bereitstellung  
641 der richtigen Rahmenbedingungen beispielhaft vorgehen.

### 642 **Gründungsoffensive im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft - Innovationen frei 643 und digital denken**

644 Wir Freie Demokraten fordern, auch kleineren Unternehmen und Soloselbstständigen  
645 der Kultur- und Kreativwirtschaft den Zugang zu Förderprogrammen zu ermöglichen.  
646 Förderanträge sollen so vereinfacht werden, dass sie auch ohne kostenintensive  
647 Unterstützung eines zertifizierten Beraters ausgefüllt werden können. Außerdem  
648 fordern wir ein "Innovationsprogramm für digitale Geschäftsmodelle" für vor  
649 allem Freiberufler und Selbstständige (z.B. Darsteller, Musiker, Schriftsteller  
650 u.a.), um langfristig Umsatzquellen zu erschließen.

### 651 **Chancenbudgets statt eindimensionale Projektförderung**

652 Als Freie Demokraten stehen wir für die Freiheit der Kunst. Um dies bestmöglich  
653 zu erreichen, wollen wir Chancenbudgets einführen, um Projekten das Fortbestehen  
654 bei Abweichungen oder Umorientierungen vom ursprünglichen Plan zu ermöglichen.  
655 Mit Chancenbudgets sind Kreativschaffende in ihrer Ausübung freier. So können  
656 experimentelle Projekte gefördert werden, die neue Ausdrucksformen erforschen  
657 oder innovative Technologien und Methoden in der Kulturwirtschaft erproben.

### 658 **Aufarbeitung der NS-Raubkunst und koloniale Sammlungsgüter wirksam verfolgen**

659 Wir Freien Demokraten fordern, dass die während der Zeit des Nationalsozialismus  
660 geraubten Kunstwerke identifiziert, erforscht und deren ursprünglicher

661 Eigentümer oder heutigen Erben ausfindig gemacht werden und „faire und gerechte  
662 Lösungen“ gemäß der Washingtoner Erklärung gefunden werden. Dazu fordern wir  
663 eine Reform der „Limbach Kommission“ und die Einrichtung einer unabhängigen  
664 Stiftung zur Aufarbeitung aller NS-Raubkunstverdachtsfälle in Museen mit  
665 Beteiligung des Bundes und mehr Geschwindigkeit bei Digitalisierung von  
666 Museumsbeständen. Ähnliche Kraftanstrengungen fordern wir auch bei  
667 Sammlungsgütern aus kolonialem Kontext mit dem Ziel, Partnerschaften auf  
668 Augenhöhe mit den Herkunftsgesellschaften zu etablieren oder zu vertiefen.

#### 669 **Auswärtige Kulturpolitik stärken**

670 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

671 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Auswärtige Kultur- und  
672 Bildungspolitik das Bild Deutschlands und Europas in der Welt überaus positiv  
673 prägt und den interkulturellen Austausch stärkt. Daher wollen wir die Arbeit von  
674 Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für  
675 Auslandsbeziehungen weiter fördern und ihre digitalen Angebote ausbauen. Die  
676 freiwillige Zusammenarbeit der nationalen Kulturinstitute der EU-Mitgliedstaaten  
677 in Drittländern soll gefördert werden.

#### 678 **„European National Trust“ unterstützen**

679 Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, die Gründung eines EU-  
680 weiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum  
681 Schutze des europäischen Kulturerbes auf EU-Ebene zu forcieren. Dieser Fonds  
682 soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den  
683 Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese EU-weit miteinander  
684 vernetzen. Langfristiges Ziel soll es sein, mit dem „European National Trust“  
685 eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritten und  
686 gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen.

#### 687 **Kein Widerspruch - KI stärken, menschliche Kreativleistungen schützen**

688 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

689 Als Freie Demokraten begrüßen wir Innovation und Fortschritt. Kern kreativen  
690 Schaffens ist die menschliche Kreativität – ganz gleich ob im Film-, Musik- oder  
691 Buchmarkt. Diese Arbeit wollen wir schützen und faire Vergütungen ermöglichen.  
692 Wir wollen die Möglichkeiten von KI entfesseln ohne kulturelle und mediale  
693 Vielfalt durch KI-Inhalte aufzuweichen. Diese brauchen einen eigenen  
694 rechtssicheren Rahmen innerhalb des Rechtskanons. Dies schließt Schutzlücken und  
695 reduziert Unsicherheiten.

#### 696 **Künstlersozialkasse**

697 Wir Freie Demokraten sprechen uns für den Erhalt der Künstlersozialversicherung  
698 aus. Die Künstlersozialversicherung ist eine der tragenden Säulen der sozialen  
699 Absicherung vieler Kreativer, die wir erhalten und stärken wollen. Die  
700 Versicherten müssen sich auf das Leistungsversprechen verlassen können und  
701 zugleich muss für alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern mehr Transparenz  
702 und Effizienz geschaffen werden. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen zur  
703 Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern verstetigt,  
704 beziehungsweise bei Bedarf evaluiert und neu angepasst werden.

705 **Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfassend reformieren**

706 Wir Freie Demokraten fordern den umfassenden Reformprozess der Stiftung  
707 Preußischer Kulturbesitz. Diesen Prozess organisieren gleichermaßen externe  
708 Experten, die Träger und Vertreter der Stiftung. Dabei sind die Empfehlungen des  
709 Wissenschaftsrates vorrangig zu berücksichtigen. Die einzelnen Einrichtungen der  
710 Stiftung Preußischer Kulturbesitz müssen künftig in der Lage sein,  
711 eigenverantwortlich, publikumsorientiert und jeweils als sichtbar eigenständige  
712 Marke zu agieren.

713 **Blaubuch-Kultur aktualisieren und ausweiten**

714 Wir Freie Demokraten fordern die Bestandsaufnahme national bedeutsamer  
715 Kultureinrichtungen von 2006 zu überarbeiten und auf alle 16 Bundesländer  
716 auszuweiten. Wir wollen im Anschluss prüfen, ob weitere kulturelle Leuchttürme  
717 vom Bund gefördert werden können. Vor fast 15 Jahren wurde das Blaubuch das  
718 letzte Mal überarbeitet und die entsprechenden Schlüsse daraus gezogen. Die  
719 Analyse muss aktualisiert und erweitert werden.

720 **Kulturelle Bildung stärken**

721 Wir Freie Demokraten streben die Festschreibung eines Anteils von zehn Prozent  
722 des jährlichen Budgets öffentlicher Kulturorganisationen für kulturelle Bildung  
723 an. Ziel dabei ist eine Stärkung einer kulturellen Bildung, die zunächst die  
724 Grundlage für einen Zugang zu Kultur als solcher ermöglicht. Das kulturelle  
725 (Vermittlungs-)Angebot darf sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche  
726 beschränken, sondern gilt für Menschen aller Altersgruppen und mit ganz  
727 unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Mit der Festschreibung  
728 eines Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und  
729 öffentlich geförderter Kulturorganisationen für kulturelle Bildung kann  
730 gewährleistet werden, dass das Kulturleben in Deutschland seine  
731 gesellschaftliche Relevanz behält.

732 **Kulturtourismus ausbauen**

733 Wir Freien Demokraten wollen die touristische Infrastruktur, auch außerhalb der  
734 großen Metropolen, ausbauen. Wir wollen die erfolgreiche Entwicklung im  
735 deutschen Tourismus fortsetzen und so die kleinen und mittelständischen  
736 Unternehmen stärken. Die Position der Deutschen Zentrale für Tourismus soll  
737 gestärkt und somit das Auslandsmarketing intensiviert werden, um Deutschland und  
738 seine vielfältige Kultur durch gezielte, gemeinsame Maßnahmen bekannter zu  
739 machen. Die Metropolen ziehen als Magneten Touristen an, aber auch die  
740 „klassischen“ Sehenswürdigkeiten, wie zum Beispiel die UNESCO-Kulturerbestätten,  
741 sind Leuchttürme der touristischen Vermarktung. Der Kulturtourismus ist ein  
742 wichtiger Faktor für den Erhalt deutscher Kulturgüter. Altstädte, Burgen und  
743 Schlösser werden durch den Tourismus gestärkt. Durch die Einnahmen aus dem  
744 Tourismus stehen zusätzliche Mittel zur Erhaltung der Substanz zur Verfügung, so  
745 dass sich die Kulturgüter als Anlaufpunkt für Touristen erhalten lassen.

746 **Digitalisierung von Kulturdenkmälern**

747 Wir Freie Demokraten fördern die Digitalisierung von Sammlungsbeständen, von  
748 Kulturdenkmälern, sowie der darstellenden Kunst. Dies geschieht zur Stärkung der  
749 kulturellen Bildung als niederschwelliges Angebot für die Öffentlichkeit, als

750 auch zur Archivierung, für Forschung und Bildung. Digitale Geschäftsmodelle  
751 sowohl für die Kulturschaffenden und sonstigen Teilnehmenden sind zu  
752 unterstützen.

753 **Strategische Kommunikation stärken**

754 Freiheitliche Werte, Demokratie und Menschenrechte werden durch autoritäre  
755 Mächte gezielt untergraben. Dem muss die Bundesregierung verstärkt mit  
756 strategischer Kommunikation begegnen, die mit unseren Wertepartnern,  
757 insbesondere in Europa, abgestimmt wird. Zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie  
758 die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik  
759 (AKGP) sollten gezielt einbezogen werden.

760 **Bundesarchiv fit für die Zukunft machen**

761 Wir Freien Demokraten unterstützen das Bundesarchiv dabei anvertrautes Kulturgut  
762 zu bewahren sowie aktiv an lebendiger Erinnerungskultur und demokratischer  
763 Teilhabe mitzuwirken. Wir wollen durch Digitalisierung und fachgerechte  
764 Aufbewahrung von Archivgut das Bundesarchiv zum digitalen Gedächtnis unserer  
765 Gesellschaft fortentwickeln. Hierzu gehört nicht nur die Standortentwicklung  
766 voranzutreiben, sondern auch das Bundesarchivgesetz sowie andere einschlägige  
767 Vorschriften zu modernisieren. Damit tragen wir neuen digitalen Arbeitsformen in  
768 der Verwaltung Rechnung und wenden den Verlust historisch bedeutsamer  
769 Informationen ab.

**Begründung**

## Antrag M002: Module AG 2: Vorankommen durch eigene Leistung

Antragsteller/-in:	Bundestagsvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundestagsvorstand möge beschließen:

### 1 **Module AG 2: Vorankommen durch eigene Leistung**

#### 2 **Bürokratiefreies Jahr**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Wir Freie Demokraten wollen ein bürokratiefreies Jahr, in dem Unternehmen keine  
5 Berichtspflichten erfüllen müssen. Aktuell müssen Unternehmen viele Berichten  
6 mit oft ähnlichen Daten abgeben, was unnötig Aufwand verursacht – verstärkt  
7 durch papierbasierte Verfahren. Da strukturelle Reformen im normalen Betrieb  
8 erheblich schwieriger umzusetzen sind, sollen in einem Jahr ohne  
9 Berichtspflichten die Verfahren vollständig digitalisiert und vereinfacht werden  
10 – auf Seiten der Unternehmen und der Verwaltung. Zum Beispiel soll künftig ein  
11 besserer Informationsfluss verhindern, dass unterschiedliche Behörden dieselben  
12 Daten abfragen. Außerdem sollen Unternehmen regelmäßig Daten unkompliziert in  
13 einem Online-Portal auf den neuesten Stand bringen dürfen, statt immer wieder  
14 vollständig neue Berichte abzugeben. Ein solches Jahr würde nicht nur  
15 kurzfristig entlasten, sondern auch dauerhaft durch effizientere Prozesse.

#### 16 **Sofortiges Moratorium zum Stopp aller neuen Regulierungen**

17 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

18 Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten drei Jahren mit einem strikten  
19 Moratorium dafür sorgen, dass keine neuen Regulierungen und keine neue  
20 Bürokratie in Deutschland beschlossen werden, die unterm Strich mit zusätzlichem  
21 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft verbunden sind. Wir konzentrieren uns  
22 stattdessen voll auf den Abbau von Regulierungen, die nicht dringend benötigt  
23 werden. Neue Gesetzesvorhaben müssen entweder – wie das Bundestariftreuegesetz –  
24 ganz entfallen oder, wo eine Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht  
25 erforderlich ist, so ausgestaltet sein, dass Bürokratie und Regulierung durch das  
26 Vorhaben sinken und keinesfalls steigen. Das deutsche Lieferkettengesetz wollen  
27 wir abschaffen und die europäische Regulierung so spät und so schlank wie  
28 möglich umsetzen, unterstützen aber auch hier eine vollständige Abschaffung.  
29 Solange die Berichtspflichten aus dem EU-Lieferkettengesetz, der Taxonomie und  
30 der Nachhaltigkeitsberichterstattung bestehen, muss die Erfassung dieser  
31 Berichtspflichten zusammengefasst und digital durch die EU ermöglicht werden.

#### 32 **Garantierter Bürokratieabbau durch das „One in, two out“-Prinzip**

33 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

34 Wir wollen für jede neue Regelung doppelt so viele bestehende Vorschriften  
35 abbauen, sowohl national als auch auf EU-Ebene. Jedes Gemeinwesen braucht  
36 Regeln. Doch unser Staat regelt inzwischen mehr, als er verwalten kann. Der über

37 Jahrzehnte angewachsene Bürokratiedschungel schwächt das Land und bremst die  
38 wirtschaftliche Entwicklung aus. Neben weiteren gezielten Entlastungsmaßnahmen  
39 wollen wir ein Jahresbürokratieabbauentlastungsgesetz einführen, um jährlich  
40 veraltete Vorschriften zu identifizieren und abzubauen und um die auf  
41 europäischer Ebene notwendige Trendwende beim Bürokratieabbau auch im nationalen  
42 Recht zu begleiten.

#### 43 **Ostdeutsche Bundesländer im Blick**

44 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

45 Wir Freien Demokraten sehen die besonderen wirtschaftlichen Herausforderungen in  
46 den ostdeutschen Bundesländern, unter anderem aufgrund einer kleinteiligeren  
47 Wirtschaftsstruktur. Seit 1990 ist es noch nicht flächendeckend gelungen, eine  
48 mit den westlichen Bundesländern vergleichbare Wirtschaftsleistung zu erzielen.  
49 Auch die Vermögenssituation unterscheidet sich erheblich. Deshalb sind  
50 Steuersenkungen, Bürokratieabbau, die Umsetzung von Reallöhnen und eine  
51 praxistaugliche Wirtschafts- und Forschungsförderung für kleine und mittlere  
52 Unternehmen von besonderer Bedeutung. Eine gesetzlich festgelegte Beendigung des  
53 Braunkohleabbaus vor 2038 lehnen wir ab.

#### 54 **Eine radikale Freihandelsagenda für Deutschland**

55 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

56 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Freihandel wieder zum Kernanliegen der  
57 europäischen Wirtschaftspolitik wird. Denn Freihandel ist ein Schlüssel zu mehr  
58 Wirtschaftswachstum und die Sicherung unseres Wohlstands in Deutschland und  
59 Europa. Die Welt wird zunehmend autoritärer und protektionistischer. Dagegen  
60 setzen wir eine Agenda der Partnerschaft und des Handels. Wir werden dafür  
61 sorgen, dass die EU so viele Freihandelsabkommen wie möglich abschließt. Der  
62 gegenwärtige Systemwettbewerb erfordert es, Handelsbeziehungen stärker  
63 geopolitisch und -ökonomisch zu betrachten. Geregelter Freihandel mit mehr  
64 Partnern macht Deutschland und die EU geopolitisch unabhängiger, öffnet unseren  
65 Unternehmen neue Märkte, reduziert Abhängigkeiten, schützt vor Protektionismus  
66 und sichert und schafft deutsche Arbeitsplätze. Dabei wollen wir mit einer  
67 starken deutschen Stimme in Brüssel sicherstellen, dass die Verhandlungen nicht  
68 mit allgemeinpolitischen Forderungen überfrachtet werden. Freihandelsabkommen  
69 dürfen nicht länger als Vehikel missbraucht werden, um beispielsweise  
70 Forderungen im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik oder die  
71 Sonderinteressen bestimmter Branchen in einzelnen Mitgliedstaaten durchzusetzen.  
72 Wir wollen potentiellen Partnern die Hand reichen, statt sie mit dem erhobenen  
73 Zeigefinger abzuschrecken.

#### 74 **Kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand aus Brüssel – „Green Deal“ und Co.**

75 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

76 Wir Freie Demokraten wollen die Nachweis- und Berichtspflichten für Unternehmen  
77 auf ein notwendiges Minimum reduzieren. Doch europäische Maßgaben konterkarieren  
78 nationale Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Deutschland muss daher in der EU  
79 die Abschaffung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten aus dem „Green  
80 Deal“ bewirken. Ferner wollen wir in Brüssel eine Initiative starten, die auf  
81 die Abschaffung der EU-Taxonomie, der EU-Richtlinie zur

82 Nachhaltigkeitsberichterstattung, der EU-Lieferkettenrichtlinie und des  
83 Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft zielt. Die EU-Kommission muss es  
84 kurzfristig ermöglichen, mindestens die sehr ähnlichen Berichtspflichten der  
85 Taxonomie, des CSRD und der CSDDD in einem digitalen Meldeportal  
86 zusammenzufassen. Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um eine Sozial-  
87 Taxonomie lehnen wir strikt ab. Es muss auf europäischer Ebene klargemacht  
88 werden, dass Deutschland nur eine drastische Reduktion der Bürokratie und  
89 Regulierungen akzeptiert. Die Übererfüllung von EU-Recht, lehnen wir ab. Deshalb  
90 muss es ein striktes Gold Plating-Verbot geben, das heißt: Europäische  
91 Richtlinien dürfen nur 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden.

## 92 **Leitinstrument EU-Emissionshandel: Effizienz statt Überregulierung**

93 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

94 Wir Freie Demokraten setzen auf den Emissionshandel als zentrales Instrument der  
95 Klimapolitik. Mit seiner sinkenden Obergrenze für CO<sub>2</sub>-Emissionen gewährleistet  
96 er die Einhaltung der europäischen Klimaziele und sorgt dafür, dass CO<sub>2</sub> immer  
97 dort eingespart wird, wo es am günstigsten ist. Zusätzliche Regulierungen wie  
98 Energie- und Gebäudeeffizienzvorgaben, Flottengrenzwerte oder die EU-  
99 Lastenteilung mit nationalen Zielen müssen abgeschafft werden: Sie bringen  
100 keinen Mehrwert, sondern konterkarieren vielerorts sogar die kosteneffiziente  
101 Erreichung der Klimaziele. Stattdessen wollen wir den Emissionshandel ausweiten  
102 und alle Treibhausgasemissionen, auch in der Landwirtschaft, erfassen und  
103 negative Emissionen belohnen. Die Abscheidung und Speicherung von  
104 Treibhausgasemissionen durch Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture  
105 and Utilization (CCU) wollen wir diskriminierungsfrei als Klimaschutz-Option  
106 ermöglichen: Wer der Atmosphäre durch Aufforstung oder technische Methoden  
107 Treibhausgase entnimmt, soll ein kostenfreies Zertifikat erhalten. Zudem wollen  
108 wir das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern. Subventionen  
109 und der Klima- und Transformationsfonds (KTF) sind überflüssig und verzerren den  
110 Wettbewerb.

## 111 **Klimaziele europäisch harmonisieren**

112 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

113 Wir Freie Demokraten wollen die gemeinsamen Klimaziele in der Europäischen Union  
114 sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dabei setzen wir auf den  
115 Emissionshandel als Leitinstrument und eine Harmonisierung der deutschen mit den  
116 europäischen Zielen, um einseitige Belastungen für die deutschen Unternehmen und  
117 Haushalte zu vermeiden. Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen  
118 Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können,  
119 wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz  
120 durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit  
121 verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit  
122 für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien. Anlagen, die zu  
123 Wertschöpfung beitragen, können so fünf Jahre länger genutzt werden. Auch der  
124 Hochlauf und die Marktreifung neuer Technologien gewinnen mehr Zeit. Das stärkt  
125 die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sichert Jobs und  
126 vermeidet milliardenschwere Subventionsprogramme.

127 **Genehmigungs- und Anerkennungsverfahren zentralisieren**

128 Wir Freie Demokraten wollen zentrale digitale Anlaufstellen für  
129 wirtschaftsrelevante Genehmigungen schaffen und die Verfahren zur  
130 Fachkräfteanerkennung vereinfachen. Die momentane dezentrale und komplexe  
131 Organisation beansprucht wertvolle Ressourcen in den Unternehmen und hemmt die  
132 Wettbewerbsfähigkeit. In Bereichen wie in der Pflege schlagen wir vor, bei  
133 Ländern mit hoher beruflicher Anerkennungsquote Kompetenzen auch direkt zu  
134 vermuten, statt auf langandauernde Prüfungen zu bestehen. Damit ermöglichen wir  
135 dynamische und schnelle Entscheidungen. Unternehmen können sich wieder auf ihr  
136 Kerngeschäft konzentrieren.

137 **Eine Agenda für die Mutigen**

138 Wir Freie Demokraten wollen mit einer Agenda für die Mutigen Gründergeist und  
139 Unternehmertum fördern und eine lebendige Gründerkultur in Deutschland  
140 etablieren. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft heißt Innovation. Hierfür  
141 brauchen wir frische Ideen, die sich im Wettbewerb behaupten.  
142 Unternehmensgründungen und Start-ups müssen daher endlich in den Mittelpunkt der  
143 Wirtschaftspolitik rücken; beispielsweise durch eine Vereinfachung der Gründung  
144 und bessere Bedingungen für Wagniskapital. Unternehmensgründungen müssen  
145 vollständig digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Außerdem wollen  
146 wir den Transfer aus unserem Wissenschaftssystem in Form von Ausgründungen  
147 stärken. Zugleich wollen wir den Generationswechsel in kleinen und mittleren  
148 Unternehmen so schnell, kostengünstig und bürokratiearm wie möglich gestalten.

149 **Klimadividende einführen**

150 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

151 Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen. Wir werden die  
152 Einnahmen aus dem Emissionshandel direkt und pauschal pro Kopf an die  
153 Bürgerinnen und Bürger zurückzahlen. Der Staat darf sich durch die Einnahmen des  
154 Emissionshandels nicht bereichern. Wir wollen eine Entlastung für alle statt  
155 Subventionen für wenige und nutzen dafür den Auszahlungsmechanismus, den das  
156 FDP-geführte Bundesfinanzministerium in der vergangenen Legislaturperiode  
157 geschaffen hat. Damit gestalten wir den Emissionshandel durch die Rückzahlung  
158 eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages an jede Bürgerin und jeden  
159 Bürger aufkommensneutral gestalten.

160 **Technologieoffenheit beim Klimaschutz gewährleisten**

161 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

162 Wir Freie Demokraten wollen Tüftlern und Bastlern, Technikern und Ingenieuren  
163 die Auswahl der besten Technologien für den Klimaschutz überlassen. Denn wenn  
164 Politiker und Beamte vorschreiben, welche Technologien eingesetzt und welche  
165 verboten werden, wird die Innovationskraft der Unternehmen gebremst und  
166 Klimaschutz nur unnötig teuer. Der Emissionshandel garantiert die Einhaltung der  
167 Klimaziele. Ob Emissionen in der Industrie durch die Umstellung auf Strom,  
168 Wasserstoff in sämtlichen Farben, die Nutzung von technischen Verfahren zur  
169 Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCU, bzw. CCS), im Verkehr durch E-Fuels oder  
170 Elektromotoren und beim Heizen durch Wasserstoff in der Gasheizung oder eine  
171 Wärmepumpe reduziert werden, sollen Unternehmen und Haushalte selbst

172 entscheiden.

### 173 **Internationaler Emissionshandel**

174 Wir Freie Demokraten wollen die Rolle Deutschlands und Europas in der  
175 internationalen Klimapolitik stärken, denn Klimaschutz gelingt nur global. Daher  
176 werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die EU künftig  
177 verstärkt auf internationale Kooperationen zum Erreichen der Klimaziele setzt  
178 und dafür die in Artikel 6 des Pariser Abkommens vorgesehenen Möglichkeiten  
179 nutzt. Unser Ziel ist ein weltweites Emissionshandelssystem. Dafür setzen wir  
180 auf die weitere Öffnung des europäischen Emissionshandelssystems für Nicht-EU-  
181 Staaten und die Verknüpfung mit anderen bereits existierenden  
182 Emissionshandelssystemen. Den Klimaclub wollen wir erweitern und auf das Ziel  
183 eines einheitlichen Emissionshandelssystems ausrichten. Den bürokratischen und  
184 wettbewerbsbelastenden CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM wollen wir  
185 reformieren und langfristig durch globale CO<sub>2</sub>-Bepreisung ersetzen. Bis dahin  
186 sollte CBAM entbürokratisiert und dazu vorübergehend ausgesetzt werden.

### 187 **International wettbewerbsfähige und sozial verträgliche Strompreise**

188 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

189 Wir Freie Demokraten wollen international wettbewerbsfähige und sozial  
190 verträgliche Strompreise für die Unternehmen und Haushalte in Deutschland durch  
191 eine umfassende Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen erreichen. Die  
192 Abschaffung der EEG-Umlage war ein guter erster Schritt, dem weitere folgen  
193 müssen. So wollen wir beispielsweise die Stromsteuer auf den EU-  
194 Mindeststeuersatz absenken und die Netzentgelte umfassend reformieren und  
195 senken. Dadurch entlasten wir private und gewerbliche Verbraucher, ermöglichen  
196 innovative Geschäftsmodelle und setzen mehr Anreize für Flexibilität. Die  
197 Energiesteuer wollen wir im Zuge eines steigenden CO<sub>2</sub>-Preises abschmelzen und  
198 perspektivisch ersetzen. Dadurch stärken wir die Rolle des CO<sub>2</sub>-Preises und  
199 sorgen dafür, dass klimafreundliche Kraft- und Brennstoffe finanziell zunehmend  
200 lukrativ werden.

### 201 **EEG-Subventionen abschaffen**

202 Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb  
203 überführen. Wir haben bereits erreicht und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)  
204 verankert, dass die Förderung nach dem EEG spätestens mit Vollendung des  
205 Kohleausstiegs endet. Wir sind jedoch überzeugt, dass dieser Schritt schon  
206 früher vollzogen werden muss. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne  
207 Technologien lehnen wir ebenso ab wie staatlich garantierte Abnahmepreise. Wir  
208 setzen uns für ein neues, marktwirtschaftliches Strommarktdesign mit einer  
209 marktorientierten Vergütung und ohne Subventionen ein. Ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis  
210 wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und zu einem nachfragegetriebenen  
211 Ausbau erneuerbarer Energien führen. Die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom  
212 und die marktwirtschaftliche Nutzung von Strom aus Altanlagen, die aus der 20-  
213 jährigen EEG-Förderung fallen, wollen wir vereinfachen.

### 214 **Netzausbaukosten begrenzen**

215 Wir Freien Demokraten wollen die deutschen Energienetze schnell und  
216 kostengünstig ausbauen. Die Netzentgelte sind ein großer Treiber der

217 Stromkosten. Um die Netzkosten zu senken, wollen wir die Netze durch  
218 Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische Netzentgelte flexibilisieren.  
219 Dadurch werden Netzengpässe im Preis abgebildet, sodass sich die Nachfrage  
220 dorthin verlagert, wo Kapazitäten vorhanden sind, und damit der Bedarf beim  
221 Netzausbau geringer wird. Wir wollen die Kosten für den Netzausbau erheblich  
222 reduzieren, in dem die neuen Leitungen in der Regel überirdisch gebaut werden.  
223 Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau wollen wir abbauen und  
224 dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden, die tatsächlich gebraucht  
225 werden. Wir wollen den Netzanschlusszwang abschaffen, sodass neue Anlagen nur  
226 ans Netz angeschlossen werden, wenn dies systemdienlich und rentabel ist.  
227 Vorgaben, die Effizienz und Modernisierung hemmen, müssen wegfallen. Wir planen  
228 den Bedarf realistisch statt ideologisch, um einen überdimensionierten  
229 Netzausbau zu verhindern. Gleichzeitig fordern wir eine bessere Synchronisierung  
230 des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern  
231 und der Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern.  
232 Dabei berücksichtigen wir, dass nicht alle Wirtschaftsbereiche elektrifiziert  
233 werden, sondern auch Öl und Gas weiterhin zur Energieversorgung gehören. Um den  
234 Netzausbau verursachergerecht zu finanzieren, wollen wir die Einspeiser an den  
235 Kosten beteiligen und das Netz vorrangig dort ausbauen, wo der Bedarf gesichert  
236 ist. Das senkt die Netzkosten deutlich und entlastet Bürger und Unternehmen.

#### 237 **Versorgungssicherheit gewährleisten**

238 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

239 Wir Freie Demokraten wollen eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu jeder  
240 Zeit. Neue Gaskraftwerke wollen wir durch einen Kapazitätsmarkt anreizen.  
241 Unternehmen und Haushalte sollen flexibler Preissignale reagieren können, um  
242 Kosten zu sparen. Dafür und für einen sicheren Netzbetrieb setzen wir auf die  
243 Digitalisierung der Energieinfrastruktur und flexible Tarife.

#### 244 **Sichere Gasversorgung – Abhängigkeiten vermeiden**

245 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

246 Wir Freie Demokraten wollen die Gasversorgung in Deutschland unter anderem durch  
247 eine Diversifizierung der Lieferanten, einen Ausbau der heimischen  
248 Erdgasförderung sicherstellen. Um Abhängigkeiten zu vermeiden, wollen wir die  
249 Gasversorgung diversifizieren und die heimische Erdgasförderung ausbauen. Dazu  
250 bieten sich aktuell das Gasfeld in Borkum und Fracking-Verfahren an. Damit  
251 Deutschland beim Wasserstoff nicht zurückfällt, fordern wir schnellere  
252 Genehmigungen für Elektrolyseure und neue internationale Energiepartnerschaften.  
253 Insbesondere wollen wir das Netz in der EU, ihren Beitrittskandidaten und mit  
254 Partnern wie im Mittelmeerraum wie Israel verbessern.

#### 255 **Kernfusion und Kernenergie**

256 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

257 Wir Freie Demokraten wollen klimafreundliche Zukunftstechnologien wie Kernfusion  
258 und sichere Kernkraftwerke der neuesten Generation ermöglichen. Dafür wollen wir  
259 das Atomgesetz zeitgemäß und dem aktuellen Stand der Technik entsprechend  
260 anpassen. Der Zugang zur Förderung von Forschung und Entwicklung soll für diese  
261 Technologien diskriminierungsfrei möglich sein. Ob und in welchem Umfang die

262 Kernenergie ohne Subventionen in einem Stromsystem künftig eine Rolle spielt,  
263 soll alleine der Markt auf Grundlage der Kosten und Preise entscheiden. Für die  
264 Kernfusion wollen wir einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen außerhalb des  
265 Atomrechts schaffen.

#### 266 **Flexible Arbeitszeiten und mobile Arbeit**

267 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

268 Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen  
269 eine wöchentliche statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit. Niemand soll weniger  
270 Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit  
271 muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt  
272 bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer  
273 Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht. Bei mobiler Arbeit und im  
274 Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung  
275 gelten. Denn bei mobiler Arbeit kann der Arbeitgeber nicht für den richtigen  
276 Lichteinfall und Ähnliches verantwortlich sein.

#### 277 **Den Krankenstand senken**

278 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

279 Der Krankenstand ist in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch. Wir  
280 müssen Regelungen finden, die einen besseren Ausgleich zwischen  
281 Bürokratievermeidung und Anreizeffekten gewährleisten. Als ersten Schritt wollen  
282 wir die während der Corona-Pandemie geltenden Sonderregelungen zur telefonischen  
283 Krankschreibung abschaffen.

#### 284 **Fairness für Selbstständige**

285 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

286 Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Ob Freie Berufe,  
287 Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche:  
288 Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Mit unterschiedlichen  
289 Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als  
290 Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von  
291 Selbstständigen sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel  
292 die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an  
293 den tatsächlichen Einnahmen orientieren.

#### 294 **Statusfeststellung für Selbstständige reformieren**

295 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

296 Wir Freie Demokraten fordern eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens. Über  
297 das Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine  
298 abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt. Klare  
299 gesetzliche Positivkriterien gewährleisten Rechtssicherheit, indem bei Vorliegen  
300 bestimmter Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher und verbindlich  
301 festgestellt wird. Zudem soll die Prüfung durch eine unabhängige Stelle statt  
302 durch die Rentenversicherung vorgenommen werden. Um bei Auftraggebern Risiken zu  
303 minimieren, wollen wir für den Fall einer abhängigen Beschäftigung, wenn weder  
304 vorsätzlich noch grob fahrlässig von einer selbstständigen Tätigkeit ausgegangen  
305 wurde, dass Beitragszahlungen nicht rückwirkend erhoben werden dürfen.

306 **Freie Wahl bei der Altersvorsorge für Selbstständige**

307 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

308 Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der  
309 Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang  
310 zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle  
311 Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-  
312 Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder  
313 ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir  
314 Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der  
315 Krankenversicherung für angemessen. Die Wahlfreiheit soll für alle  
316 Selbstständigen ohne obligatorisches Alterssicherungssystem sowie für  
317 Selbstständige gelten, die bisher in der gesetzlichen Rentenversicherung  
318 pflichtversichert sind.

319 **Wohlstand sichern: Mehr statt weniger Arbeiten**

320 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

321 Wir Freie Demokraten fordern flexiblere Arbeitszeiten und stärkere Anreize zur  
322 Aufnahme von Arbeit und Ausweitung von Arbeitszeit. Deutschlands Wohlstand muss  
323 erwirtschaftet werden – dafür muss sich Arbeit aber immer mehr lohnen als  
324 Sozialleistungen. Deutschland international Schlusslicht bei der effektiven  
325 Arbeitszeit je Beschäftigten. Deshalb wollen wir den Lohnabstand vergrößern und  
326 Leistung belohnen. Vorgaben zur Arbeitszeit werden wir flexibilisieren und  
327 Ruhezeitregelungen durch Öffnungsklauseln anpassen. Das stärkt die Vereinbarkeit  
328 von Beruf und Familie, erleichtert Teilzeitkräften das Aufstocken und hebt damit  
329 das Arbeitskräftepotential. Eine politisch festgelegte Vier-Tage-Woche mit  
330 vollem Lohnausgleich wird unseren Wohlstand nicht erhalten können und wird von  
331 uns daher abgelehnt.

332 **Aktive Eigeninitiative bei erwerbsfähigen Arbeitslosen einfordern**

333 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

334 Wir Freie Demokraten wollen das Bürgergeld grundlegend reformieren und  
335 Fehlanreize korrigieren – weg vom alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr  
336 Aktivierung. Unser Ziel: Arbeit statt Bürgergeld. Wir wollen sicherstellen, dass  
337 alle, die arbeiten können, auch arbeiten. Erwerbsfähige Arbeitslose wollen wir  
338 zu einer aktiven Bringschuld, Eigeninitiative und Beweislast verpflichten. Sie  
339 müssen sich darum bemühen, die eigene Hilfsbedürftigkeit durch Arbeit und  
340 Qualifizierung zu überwinden. Diese Möglichkeiten zur Stärkung der  
341 Eigenverantwortung werden wir konsequent an und gestalten sie durchgehend  
342 verbindlich aus. Das Jobcenter unterstützt und prüft, ob ausreichend Aktivitäten  
343 unternommen werden. Bei fehlender Initiative sollen Sozialleistungen  
344 schrittweise reduziert werden. Wer arbeiten kann, sich aber nicht um eine  
345 Arbeitsaufnahme oder Qualifizierung bemüht, muss eine Arbeitsgelegenheit  
346 annehmen. Zudem wollen wir eine Intensivphase mit erhöhter Kontaktdichte zum  
347 Jobcenter in den ersten 12 Monaten des Leistungsbezugs, um Arbeitslosigkeit  
348 nicht zu verfestigen.

349 **Qualifizierung arbeitsmarktnah verbessern**

350 Wir Freie Demokraten wollen besser und mehr qualifizieren. Qualifikationen und  
351 Weiterbildungen schützen vor Arbeitslosigkeit und kurzfristigen Beschäftigungen.  
352 Statt aber überwiegend in Vollzeit während der Arbeitslosigkeit zu  
353 qualifizieren, braucht es mehr duale Qualifizierungen neben einer  
354 Arbeitstätigkeit. Mit modularen Teilqualifizierungen wollen wir Weiterbildung  
355 und Spracherwerb mit einer Beschäftigung oder Arbeitsgelegenheit kombinieren.  
356 Berufsbegleitende Qualifizierung und Spracherwerb on the Job müssen zum Standard  
357 werden. Die Qualität von Weiterbildungsangeboten soll sich verbessern, indem  
358 mehr Offenheit für innovative Bildungsträger geschaffen wird und die  
359 tatsächliche Qualität geprüft und nicht unnötige Bürokratie zertifiziert werden  
360 muss.

### 361 **Faire Hinzuverdienstregeln, damit sich Arbeit spürbar lohnt**

362 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

363 Wir Freie Demokraten wollen die Hinzuverdienstregeln beim Bürgergeld und im  
364 Wohngeld so reformieren, dass sich Arbeit mehr lohnt. Die bisherigen Regeln sind  
365 demotivierend, weil nach Verrechnung mit Sozialleistungen netto kaum mehr  
366 übrigbleibt. Wir wollen, dass es sich lohnt, sich schrittweise aus einer  
367 Sozialleistung herauszuarbeiten, statt auf einer Kombination aus Bürgergeld und  
368 Minijob zurückzubleiben. Wir lehnen es ab, dass arbeitende Personen erst Steuern  
369 zahlen, um anschließend Sozialleistungen bei einer steuerfinanzierten Behörde  
370 beantragen zu müssen. Deshalb setzen wir auf eine leistungsgerechte,  
371 aufkommensneutrale negative Einkommenssteuer: Je verdientem Euro sinkt der  
372 Transferentzug ab, aber so, dass sich Mehrarbeit stets spürbar lohnt. So  
373 belohnen wir Arbeit, anstatt sie zu bestrafen. Immer höhere Sozialleistungen  
374 gefährden den Lohnabstand, die Leistungsgerechtigkeit und Erwerbsanreize.  
375 Deswegen braucht es einen ausreichenden Lohnabstand zwischen denen, die arbeiten  
376 und denen, die Sozialleistungen erhalten. Arbeit muss sich lohnen.

### 377 **Den Sozialstaat radikal vereinfachen**

378 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

379 Wir Freie Demokraten wollen das bürokratische Durcheinander der verschiedenen  
380 Sozialleistungen vereinfachen, indem wir die rein steuerfinanzierten  
381 Sozialleistungen wie Bürgergeld und Wohngeld zu einer einzigen Leistung an einer  
382 zentralen Stelle zusammenfassen. Die aktuelle Berechnung von Miet- und  
383 Heizkosten ist sehr aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu  
384 gewaltigem Verwaltungsaufwand. Deshalb soll die neue gebündelte Leistung eine  
385 regionale Pauschale für Unterkunftskosten beinhalten. Mit einem einfachen  
386 Sozialstaat im Sinne einer negativen Einkommenssteuer reduzieren wir  
387 kostenintensive Behördenbürokratie, machen das System verständlicher und weniger  
388 komplex und vermeiden Fehlanreize, die Leistungsberechtigte entmutigen.

### 389 **Arbeit muss sich lohnen: Höhe des Bürgergelds hinterfragen**

390 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

391 Immer höhere Sozialleistungen gefährden den Lohnabstand, die  
392 Leistungsgerechtigkeit und Erwerbsanreize. Deswegen braucht es einen  
393 ausreichenden Lohnabstand zwischen denen, die arbeiten und denen, die  
394 Sozialleistungen erhalten. Das Bürgergeld ist in den letzten Jahren

395 überproportional zur Inflation angestiegen. Die Sozialleistungen liegen im Jahr  
396 2025 weiter über dem Bedarf und sollten daher durch die Abschaffung der  
397 „Besitzstandsregelung“ abgesenkt werden, um Arbeitsanreize zu stärken. Darüber  
398 hinaus wollen wir kritisch prüfen, welche Güter für die Berechnung des  
399 Bürgergelds relevant sind, um den Netto-Lohnabstand sicherzustellen.

#### 400 **Zumutbarkeit von Arbeit zeitgemäß regeln**

401 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

402 Wir Freie Demokraten wollen die Zumutbarkeitsregeln zur Annahme einer Arbeit  
403 passgenauer, zeitgemäß und emanzipatorisch zu reformieren. Wir wollen, dass für  
404 Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige auch längere  
405 Pendelstrecken und Umzüge zumutbar sind. Damit begegnen wir den großen  
406 regionalen Unterschieden im Arbeitsmarkt. Außerdem wollen wir Eltern-Kind-  
407 Sprachkurse und digitale Sprachangebote auch innerhalb der ersten drei Jahre  
408 nach einer Geburt ermöglichen, ebenso andere Qualifizierungen oder Jobangebote  
409 in gewissen Stundenumfang, wenn die Kinderbetreuung sichergestellt werden kann.  
410 Bisher ist das unzumutbar – für eine zu lange Zeit. Die Statistik zeigt, dass  
411 solche Regelungen dazu führen, dass bei geflüchteten Frauen nach 8 Jahren in  
412 Deutschland gerade einmal ein Drittel in Arbeit ist.

#### 413 **Solidaritätsmissbrauch effektiv eindämmen**

414 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

415 Wir Freie Demokraten wollen gegen den Missbrauch des Sozialstaates effektiv und  
416 konsequent vorgehen. Das Erschleichen von Sozialleistungen ist kein  
417 Kavaliersdelikt, sondern verletzt die Solidarität der Steuerzahler. Wir fordern  
418 kompromisslose Aufklärung und eine besondere Sensibilisierung in den Behörden  
419 bei Sozialleistungsmissbrauch. Jobcenter müssen besser prüfen können, ob  
420 Transferempfänger Autos besitzen, auf wie viele Konten sie Zugriff haben und ob  
421 sie Vermögen im Ausland besitzen. Diese Daten könnten heute schon automatisiert  
422 abgeglichen werden. Zudem wollen wir konsequenter und härter gegen Schwarzarbeit  
423 bei gleichzeitigem Sozialleistungsbezug vorgehen. Wer bei Schwarzarbeit erwischt  
424 wird, sollte neben strafrechtlichen auch mit sozialrechtlichen Konsequenzen wie  
425 Sanktionen oder Leistungsentzug rechnen müssen.

#### 426 **Den Magnetismus des Sozialstaates für Migration reduzieren**

427 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

428 Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge einen eigenen  
429 sozialrechtlichen Status schaffen, der die bessere Unterstützung in den  
430 Arbeitsmarkt und geringere Sozialleistungen statt Bürgergeld kombiniert. Die  
431 Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz darstellen. Deswegen wollen wir  
432 die Höhe der Sozialleistungen, z.B. beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch  
433 überprüfen und auf ein europäisches Maß reduzieren. Bei Personen, die nicht  
434 aktiv an der Identitätsfeststellung mitwirken, besteht anscheinend kein  
435 Interesse an Asyl, weshalb die Sozialleistungen auf das verfassungsrechtliche  
436 Minimum gekürzt und wo möglich komplett eingestellt werden sollen.

#### 437 **Tragfähige soziale Sicherungssysteme**

438 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

439 Durch den demografischen Wandel kommen die sozialen Sicherungssysteme unter  
440 Druck. Immer weiter steigende Beiträge können jedoch keine Lösung sein. Hohe  
441 Sozialabgaben belasten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Sie  
442 verhindern, dass Unternehmen neue Jobs schaffen und machen die Arbeitsaufnahme  
443 unattraktiv. Sie engen zudem die Möglichkeiten der jungen Generation ein,  
444 zusätzliche Vorsorge zu betreiben. Dadurch werden immer weiter steigende  
445 Sozialabgaben zu einer großen Belastung für Bürger und Betriebe. Wir Freie  
446 Demokraten wollen ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40  
447 Prozent immer weiter steigen. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu  
448 konkreten Maßnahmen verpflichtet werden. Um die sozialen Sicherungssysteme  
449 zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der  
450 Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung. Damit  
451 sorgen wir für tragfähige soziale Sicherungssysteme bei fairer Lastenverteilung  
452 zwischen den Generationen.

#### 453 **Arbeitslosenversicherung modernisieren**

454 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

455 Wir Freie Demokraten wollen die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld I)  
456 flexibler gestalten, sodass geringere Beiträge und mehr Netto vom Brutto möglich  
457 sind. In Zeiten eines zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels ist das Risiko  
458 langfristiger Arbeitslosigkeit ein abnehmendes. Wir trauen den Menschen deshalb  
459 zu, eigenverantwortlich mitzuentcheiden. So wollen wir es optional ermöglichen,  
460 einen verringerten Beitrag und in der Folge einen geringeren Anspruch auf  
461 Arbeitslosengeld auszuwählen. Der dadurch verringerte Arbeitgeberbeitrag wird  
462 netto ausgezahlt. Eine solche Option darf nicht dazu führen, dass der oder die  
463 Versicherte dann in staatlichen Transferbezug abrutschen würde.

#### 464 **Altersvorsorgedepot einführen**

465 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

466 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines staatlich geförderten  
467 Altersvorsorgedepots. Dieses Depot soll den langfristigen Aufbau eines  
468 Grundvermögens für die Altersvorsorge ermöglichen und so ein selbstbestimmtes  
469 Leben im Alter erleichtern. Die Kapitalanlage in Fonds und Wertpapiere und  
470 Umschichtungen innerhalb des Altersvorsorgedepots sind steuerfrei, solange die  
471 Erträge reinvestiert werden. Auch in der betrieblichen Altersvorsorge müssen  
472 höhere Aktienanteile ermöglicht werden. Wir wollen die reine Beitragszusage  
473 allen Betrieben ermöglichen, vor allem Kleinstbetrieben, die bisher vor  
474 Haftungsrisiken zurückschrecken. Wir werden die offene Frage zur  
475 Garantieerfordernis und Haftung in der betrieblichen Altersvorsorge (bAV)  
476 klarstellen. Auch eine Doppelbesteuerung von Renten wollen wir vermeiden.

#### 477 **Eine echte Aktienrente einführen**

478 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

479 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Rentenversicherung Kapitaldeckung  
480 braucht, um sie um für den demografischen Wandel fit zu machen. Deshalb wollen  
481 wir eine die Gesetzliche Aktienrente. Wir wollen, dass wie in Schweden ein  
482 kleiner Teil der Rentenbeiträge in einem unabhängig verwalteten Fonds angelegt  
483 wird, sodass wir besser gegen das Risiko einer alternden Bevölkerung geschützt

484 sind, die Rentenbeiträge finanzierbar bleiben und die Menschen stärker von den  
485 Chancen einer kapitalgedeckten Altersvorsorge profitieren. Eine echte  
486 individuelle Aktienrente sorgt sogar wieder für ein steigendes Rentenniveau.

#### 487 **Flexiblen Renteneintritt ermöglichen**

488 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

489 Damit die Rente langfristig für die Generation der Kinder und Enkel fair und  
490 bezahlbar ist, sind weitere Reformen nötig. Unser Ziel ist, dass die  
491 Beiträge für die jüngere Generation und gerade auch für die arbeitende Mitte  
492 nicht immer weiter steigen. Wir Freie Demokraten stehen für einen wirklich  
493 flexiblen Renteneintritt. Die Menschen sollen nach schwedischem Vorbild künftig  
494 selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt, sofern dann keine  
495 Sozialleistungen beantragt werden müssen. Je später jemand in Rente geht, desto  
496 höher die Rente - wer früher geht, bekommt eine niedrigere Rente. Teilrenten  
497 sind unkompliziert möglich. Das passt zum einen zu einem immer vielfältigeren  
498 Erwerbsleben und stabilisiert zum anderen nachweislich die Rentenfinanzen, weil  
499 das schwedische Vorbild zeigt, dass die Menschen im Schnitt länger im Beruf  
500 bleiben mehr Menschen länger an Wirtschaftswachstum und Wohlstand mitwirken. Wer  
501 aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, braucht weiter eine  
502 starke Unterstützung.

#### 503 **Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken**

504 Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit Behinderung Hürden auf dem Weg in  
505 den Arbeitsmarkt abbauen. Das Budget für Arbeit wollen wir auch für Beschäftigte  
506 öffnen, die in der Werkstatt bleiben wollen. Inklusionsfirmen sollen für  
507 Menschen aus Werkstätten geöffnet werden. Um für alle einen Ort der Teilhabe zu  
508 gewähren, setzen wir uns für den Erhalt der Werkstätten ein. Das schafft  
509 vielfältige Chancen. Um die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung für Menschen mit  
510 Behinderung auch auf dem Arbeitsmarkt zu stärken, fordern wir die Abschaffung  
511 des eigenen finanziellen Beitrags zu Leistungen der Eingliederungshilfe.

#### 512 **Werbeoffensive für Reiseziele in Deutschland**

513 Wir Freie Demokraten wollen touristische Regionen in Deutschland unterstützen,  
514 indem wir die Deutsche Zentrale für Tourismus weiterhin fördern. Für uns Freie  
515 Demokraten ist Tourismus aber primäre Aufgabe der Länder. Auf kommunaler und  
516 Kreisebene muss Tourismus deshalb zentrales Wirtschaftsfeld werden. Wir streben  
517 eine liberale Tourismuspolitik an, die Tourismus wieder als integralen  
518 Bestandteil der Wirtschaftsförderung betrachtet und ihn von unnötigen  
519 bürokratischen sowie europäischen Vorschriften befreit. Ebenso fordern wir den  
520 touristischen Blickwinkel bei der Planung und Genehmigung von Anlagen für  
521 Erneuerbare Energien sowie bei der Gesetzgebung insgesamt vollwertig  
522 einzubeziehen. Wir wollen touristisch attraktiven Regionen die Möglichkeit  
523 geben, ihre Besonderheiten gezielt zu vermarkten – mit positiven Effekten für  
524 viele weitere Wirtschaftszweige wie den Lebensmittelhandel, den stationären  
525 Handel sowie für Kulturschaffende und die Kreativwirtschaft.

## Antrag M003: Module AG 3: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundesvorstand möge beschließen:

### 1 **Module AG 3: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

#### 2 **Generalinventur und Föderalismusreform für die Innere Sicherheit**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Wir Freie Demokraten fordern eine Generalinventur für die Innere Sicherheit in  
5 Deutschland. Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen  
6 überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Gleichzeitig sind die  
7 Befugnisse der Sicherheitsbehörden unübersichtlich und unverständlich  
8 formuliert. Bund und Länder müssen die föderale Aufgabenverteilung im Bereich  
9 der Inneren Sicherheit neu ordnen und dabei die Zahl der zuständigen Behörden  
10 reduzieren. Es braucht eine Föderalismusreform im Bereich der Inneren  
11 Sicherheit, ein neues Bundespolizeigesetz und ein Musterpolizeigesetz für die  
12 Gefahrenabwehr in den Ländern.

#### 13 **Überwachungsgesamtrechnung und Freiheitskommission**

14 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

15 Wir Freie Demokraten wollen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern vor immer  
16 neuen Überwachungsmaßnahmen des Staates schützen. Bei jeder neuen Befugnis für  
17 die Sicherheitsbehörden müssen zunächst die Auswirkungen auf die Bürgerrechte  
18 und die technische Realisierbarkeit geprüft werden. Zu diesem Zweck braucht es  
19 eine dauerhaft fortgeschriebene Überwachungsgesamtrechnung im Sicherheitsrecht.  
20 Eine dauerhaft eingesetzte unabhängige Freiheitskommission soll zudem das  
21 Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Licht bereits bestehender Befugnisse  
22 bewerten, wenn neue Befugnisse beschlossen werden sollen.

#### 23 **Schutz der Privatsphäre im öffentlichen Raum**

24 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

25 Wir Freie Demokraten verteidigen die Privatsphäre im öffentlichen Raum. Die  
26 Bürgerinnen und Bürger in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat haben  
27 ein Recht darauf, sich ohne ständige staatliche Kontrolle im öffentlichen Raum  
28 bewegen zu können. Sie haben ein Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum. Eine  
29 flächendeckende Überwachung im öffentlichen Raum darf es daher nicht geben.  
30 Diese kann sich auch aus der flächendeckenden Präsenz von Überwachung durch  
31 Private ergeben. Videoüberwachung kann an einzelnen Kriminalitätsschwerpunkten  
32 wie Bahnhöfen Sinn ergeben, wird jedoch niemals die Präsenz von ausreichend gut  
33 ausgestatteten Polizistinnen und Polizisten und funktionierende  
34 Präventionskonzepte ersetzen können. Den Einsatz von automatisierter  
35 Gesichtserkennung lehnen wir ab.

#### 36 **Digitale Freiheit schützen – Bürgerrechte stärken**

37 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

38 Wir Freie Demokraten setzen uns für den Schutz von Persönlichkeits- und  
39 Bürgerrechten im digitalen Raum ein. Private Kommunikation muss privat bleiben –  
40 deshalb fordern wir ein Recht auf Verschlüsselung und lehnen Netzsperrern,  
41 Chatkontrollen, Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung, anlasslose Speicherung  
42 biometrischer Daten und die Klarnamenpflicht strikt ab. Statt eines  
43 Generalverdachts setzen wir auf gezielte Maßnahmen wie das Quick-Freeze-Modell,  
44 bei dem Daten nur auf richterliche Anordnung gesichert werden. Wir stehen für  
45 Netzneutralität, um einen diskriminierungsfreien Zugang für alle zu  
46 gewährleisten, und wollen Polizei und Sicherheitsbehörden technisch besser  
47 ausstatten, um Kriminalität im Internet effektiv zu bekämpfen. Hackbacks lehnen  
48 wir ab.

#### 49 **Cybersicherheit stärken**

50 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

51 Wir Freie Demokraten wollen die Cybersicherheit stärken. Sowohl Kriminelle als  
52 auch ausländische staatliche oder staatsnahe Akteure setzen gezielt auf Angriffe  
53 auf die IT-Infrastruktur. In der Privatwirtschaft und bei staatlichen  
54 Institutionen in Deutschland werden diese Angriffe auf die Cybersicherheit noch  
55 immer zu spät oder gar nicht erkannt. Das hängt auch mit der Zersplitterung der  
56 staatlichen Zuständigkeiten für dieses Thema zusammen. Die Sicherheitsbehörden  
57 müssen gegenüber allen Akteuren konkrete und umsetzbare Hinweise zur Stärkung  
58 der Cybersicherheit geben – auch mit Blick auf die Cybersicherheit der  
59 kommunalen Ebene. Wir fordern eine klare Vorgabe des Prinzips Security by  
60 Design, einschließlich einer Haftung der Herstellerinnen und Hersteller für  
61 Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht werden, und einer  
62 Verpflichtung der Herstellerinnen und Hersteller, während der üblichen  
63 Nutzungsdauer eines Produkts Updates zur Verfügung zu stellen. Bei aller  
64 Verkehrsinfrastruktur muss die NIS-2-Richtlinie gegen Cyber-Attacks umgesetzt  
65 werden.

#### 66 **Keine Totalüberwachung durch Staatstrojaner**

67 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

68 Wir Freie Demokraten wollen nicht, dass der Staat selbst die Cybersicherheit  
69 durch sein Handeln gefährdet. Statt einer unkontrollierten Nutzung von IT-  
70 Schwachstellen durch Polizei und Nachrichtendienste braucht es ein geordnetes  
71 Schwachstellenmanagement, bei dem eine unabhängige Institution den Nutzen einer  
72 Schwachstelle gegen den Schaden für die IT-Sicherheit abwägt. Ohne ein solches  
73 Schwachstellenmanagement darf der Staat keine weitreichenden Instrumente wie die  
74 Quellen-Telekommunikationsüberwachung oder die Online-Durchsuchung einsetzen.  
75 Wenn einer staatlichen Stelle Sicherheitslücken bekannt werden, muss sie diese  
76 umgehend dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden.  
77 Das BSI führt dann eine Schließung der Lücke durch den Hersteller herbei. Wenn  
78 dies nicht gelingt, veröffentlicht das BSI die Lücke nach den allgemeinen  
79 Grundsätzen der Cybersicherheit. Das heimliche Betreten von Wohnungen, etwa zum  
80 Aufspielen von Trojanern, lehnen wir ab.

#### 81 **Für eine Reform der deutschen Nachrichtendienste**

82 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

83 Wir Freie Demokraten fordern leistungsfähige und gut ausgestattete  
84 Nachrichtendienste, die als Frühwarnsystem für innere und äußere Gefährdungen  
85 einen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes leisten. Dazu brauchen alle  
86 Dienste eine klarere eigene Rechtsgrundlage, die die aktuelle Rechtsprechung des  
87 Bundesverfassungsgerichts widerspiegelt und die parlamentarische Kontrolle  
88 stärkt. Für die Kooperation zwischen Polizei und Nachrichtendienste wie etwa im  
89 Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) muss eine gesetzliche Grundlage  
90 geschaffen werden. Gleichzeitig braucht es eine verbesserte Kontrolle der  
91 Nachrichtendienste. Diese verhindert nicht die Arbeit der Nachrichtendienste,  
92 sondern ist in einem liberalen Rechtsstaat die zwingende Voraussetzung für die  
93 Legitimität und das Vertrauen in nachrichtendienstliche Tätigkeit. Wir wollen  
94 deshalb die bislang zersplitterte Kontrolllandschaft institutionell, funktional  
95 und organisatorisch neu ordnen und dabei Kontrolllücken schließen.

#### 96 **Für ein Europäisches Kriminalamt**

97 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

98 Wir Freie Demokraten fordern, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt  
99 auszubauen. Die eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt  
100 werden. Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität machen  
101 nicht an Landesgrenzen halt. Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden  
102 zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze  
103 der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-Definitionen und Datenbanken  
104 müssen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und kompatibel sein. Dabei  
105 soll auf den Erfahrungen mit der Einführung der Europäischen Staatsanwaltschaft  
106 aufgebaut werden. Bei der Arbeit eines neuen Europäischen Kriminalamts muss der  
107 Grundrechtsschutz jederzeit gewährleistet sein.

#### 108 **Clankriminalität bekämpfen**

109 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

110 Wir Freie Demokraten wollen einen Rechtsstaat, der keine kriminellen Clans und  
111 andere Formen organisierter Kriminalität duldet. Verbrechen darf sich nicht  
112 lohnen. Geldwäsche muss unterbunden, Vermögen aus Straftaten muss konsequent  
113 eingezogen werden. Kriminalität macht nicht an Grenzen halt. Die internationale  
114 Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir ausbauen. Beim Vorgehen gegen  
115 Clankriminalität und weitere Formen organisierter Kriminalität wollen wir  
116 Kontrollen unterschiedlicher Behörden im Verbund stärken.

#### 117 **Menschenhandel und sexuellen Missbrauch und bekämpfen**

118 Wir Freie Demokraten wollen die organisierte Kriminalität im Bereich des  
119 Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung zerschlagen. Die  
120 grenzüberschreitende Zusammenarbeit wollen wir ausbauen und besonders die  
121 europäische Kooperation intensivieren. Sexualstraftaten zu Lasten von Kindern  
122 können häufig nur durch Schulen, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen erkannt  
123 werden. Diese sollen standardmäßig Schutzkonzepte einführen. Wer im Rahmen  
124 seiner beruflichen Tätigkeit den Verdacht auf sexuelle Ausbeutung oder Gewalt  
125 gegenüber Kindern hat, fühlt sich oft überfordert. Für betroffene Institutionen  
126 sind deshalb eindeutige Ansprechpersonen zu benennen. Dies betrifft auch

127 Krankenhäuser, in denen durch den kurzfristigen Aufenthalt von Patientinnen und  
128 Patienten Verdachtsmomenten oft nicht nachgegangen werden kann.

### 129 **Zivil- und Katastrophenschutz als Teil der Gesamtverteidigung stärken**

130 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

131 Wir Freie Demokraten wollen unser Land auf alle Herausforderungen im Bereich der  
132 äußeren und inneren Sicherheit vorbereiten. Ob Extremwetterereignisse, Pandemien  
133 oder die wachsende Gefahr durch das aggressive Handeln Russlands: Der Zivil- und  
134 Katastrophenschutz muss als Teil der Gesamtverteidigung verstanden werden. Zu  
135 diesem Zweck muss das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe  
136 nach dem Vorbild des Bundeskriminalamtes als Zentralstelle die Koordination im  
137 Bereich Zivil- und Katastrophenschutz übernehmen können. Das Ehrenamt im Bereich  
138 des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie die technische Ausstattung müssen  
139 verbessert werden. Die Landkreise und kreisfreien Städte brauchen konkrete  
140 Handlungsleitfäden für den Katastrophen- und Spannungsfall.

### 141 **Für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz**

142 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

143 Wir Freie Demokraten fordern ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Wir  
144 unterscheiden strikt zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen  
145 wie Sportschützen und Jägern und dem illegalen Waffenbesitz oder dem  
146 Waffenbesitz durch gefährliche Personen. Die Besitzer von Legalwaffen wie  
147 Sportschützen und Jäger dürfen nicht mit unnützer Bürokratie überzogen werden.  
148 Der Bund sollte eine Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um  
149 Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern. Sämtliche Verschärfungen der  
150 Vergangenheit, die keinen sicherheitspolitischen Mehrwert haben, müssen  
151 gestrichen werden. Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu  
152 muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale  
153 Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.

### 154 **Deutschland braucht ein Leitbild für Migration und Integration**

155 Wir Freie Demokraten wollen Deutschland ein integrationspolitisches Leitbild  
156 geben. Unser Land ist dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen.  
157 Schon heute leben in Deutschland viele Menschen, die selbst oder deren Vorfahren  
158 in unser Land eingewandert sind. Doch allzu oft ist unklar, was unsere  
159 Gesellschaft von Einwanderern erwartet. Die Folge sind Missverständnisse,  
160 Intoleranz und ungelöste Konflikte. Wir wollen keine staatlich verordnete so  
161 genannte Leitkultur, sondern ein integrationspolitisches Leitbild, das breit in  
162 der Gesellschaft diskutiert und getragen wird. Dabei wollen wir in den kommenden  
163 Jahren unter Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund ein Leitbild  
164 erarbeiten, das als Orientierung und Fixpunkt für weitere integrationspolitische  
165 Debatten dienen kann und regelmäßig überarbeitet wird.

### 166 **Für ein Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss**

167 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

168 Wir Freie Demokraten wollen die Regeln im Bereich der Migrationspolitik  
169 konsequent vereinfachen. Unser Land braucht mehr reguläre und qualifizierte  
170 Einwanderung in den Arbeitsmarkt und weniger irreguläre Migration von Menschen,

171 die keine Chance auf ein Bleiberecht haben. Das Asyl- und Aufenthaltsrecht hat  
172 über die vergangenen Jahrzehnte eine nie dagewesene Komplexität und  
173 Unübersichtlichkeit erreicht. Einwanderung und Aufnahme müssen klaren Regeln  
174 folgen. Diese Regeln müssen auch verständlich und anwenderfreundlich gefasst  
175 sein. Alle gesetzlichen Grundlagen im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik  
176 müssen in einem Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss zusammengefasst werden.

### 177 **Für eine gelingende Integration**

178 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

179 Wir Freie Demokraten wollen, dass Integration in Deutschland gelingt. Die hohen  
180 Zahlen an Schutzsuchenden der vergangenen Jahre überlasten jedoch die  
181 Infrastruktur vor Ort. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer  
182 Gesellschaft ist begrenzt, Betreuungs-, Sprach- und Integrationsangebote nicht  
183 endlos verfügbar. Unter solchen Umständen erodiert die gesellschaftliche  
184 Akzeptanz für den Flüchtlingsschutz, aber auch für die dringend gebotene  
185 Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt  
186 deswegen voraus, dass kommunale Strukturen die Menschen auch integrieren können.  
187 Zu diesem Zweck wollen wir das Instrument der Wohnsitzauflage ausbauen und die  
188 gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schaffen, um den Kommunen nach  
189 dänischem Vorbild eine aktivere Rolle bei der Verteilung von Schutzsuchenden auf  
190 einzelne Quartiere zu ermöglichen, sobald Indikatoren im Bereich der  
191 Deutschkenntnisse in den Schulen, bei der Kriminalitätsbelastung und des  
192 sozialen Gefüges dies notwendig machen.

### 193 **Für Integrationskurse mit klaren Zielen**

194 Wir Freie Demokraten wollen bestehende Integrationskurse evaluieren und klarer  
195 an den Voraussetzungen für eine funktionierende Integration ausrichten. Die  
196 Teilnahme an diesen Kursen muss für alle Menschen mit günstiger Bleibeprognose  
197 verpflichtend sein. Wer sich der Teilnahme an Integrationskursen verweigert,  
198 muss auch mit einer Kürzung von Sozialleistungen rechnen. Ziel der  
199 Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung  
200 und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die  
201 Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher  
202 Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des  
203 Nichtglaubens.

### 204 **Spurwechsel ermöglichen**

205 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

206 Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels  
207 zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass  
208 sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.

### 209 **One-Stop-Shop für Einwanderung in den Arbeitsmarkt**

210 Wir Freie Demokraten wollen eine einheitliche behördliche Zuständigkeit für  
211 Einwanderung in den Arbeitsmarkt schaffen. Es braucht auf allen staatlichen  
212 Ebenen einen Paradigmenwechsel, damit Fachkräfte aus dem Ausland nicht an  
213 unklaren Zuständigkeiten, analogen Prozessen und überlangen Verfahrensdauern  
214 scheitern. Visaverfahren müssen deutlich beschleunigt und digitalisiert werden.

215 Wir wollen erreichen, dass Menschen, die regulär in den deutschen Arbeitsmarkt  
216 einwandern, künftig nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben,  
217 angefangen vom Antrag auf ein Visum bis hin zur Anerkennung beruflicher  
218 Abschlüsse. Dazu gehört auch, dass sich besonders zuverlässige Arbeitgeber für  
219 schnellere Visa-Verfahren zertifizieren lassen können. Zudem muss die Zeitarbeit  
220 für eingewanderte Arbeitskräfte umfassend erlaubt werden.

#### 221 **Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter vereinfachen**

222 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

223 Wir Freie Demokraten wollen hochqualifizierten Fachkräften die Einwanderung in  
224 den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für  
225 weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen  
226 Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen  
227 wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200  
228 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach  
229 niederländischem Vorbild ermöglichen.

#### 230 **Europäische Lösungen für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migration**

231 Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr  
232 Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Mit dem neuen Gemeinsamen  
233 Europäischen Asylsystem (GEAS) wird eine Entscheidung über die Erfolgsaussichten  
234 eines Asylgesuchs an der europäischen Außengrenze einfacher und rechtssicherer  
235 möglich. Die geplanten EU-Asylzentren müssen die Grundrechte der Schutzsuchenden  
236 garantieren. Dazu gehören humanitäre Standards sowie der Zugang zu rechtlichem  
237 Beistand. Der Solidaritätsmechanismus ist für uns nur ein erster Schritt auf dem  
238 Weg zu einem gesamteuropäischen verpflichtenden Verteilungsschlüssel für  
239 Schutzsuchende.

#### 240 **Schnellere Asylverfahren organisieren**

241 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

242 Wir Freie Demokraten wollen zügige Asylverfahren. Schutzsuchende, die ein  
243 Bleiberecht in Deutschland erlangen, müssen so schnell wie möglich einen Zugang  
244 zum Arbeitsmarkt erhalten. Menschen, die in Deutschland kein Bleiberecht  
245 erlangen, müssen so schnell wie möglich in ihre Herkunftsländer zurückkehren.  
246 Lange Verfahren und ein dauerhafter Bezug von Asylbewerberleistungen stehen dem  
247 entgegen. Wir wollen die Verfahren bei Behörden und Gerichten beschleunigen:  
248 Gerichtliche Entscheidungen können zentralisiert werden. In Asylsachen soll  
249 künftig im Regelfall ein Einzelrichter genügen. In mehr geeigneten Fällen soll  
250 im Wege des schriftlichen Verfahrens entschieden werden. Unvollständige oder  
251 mangelhafte Anträge im Asylgerichtsverfahren sollen nach einer bestimmten Zeit  
252 als zurückgenommen gelten. Das spart Zeit und Arbeitskraft und ist im Interesse  
253 der Schutzsuchenden.

#### 254 **Weitere sichere Herkunftsstaaten bestimmen**

255 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

256 Wir Freie Demokraten wollen mehr sichere Herkunftsstaaten ausweisen. Die zuletzt  
257 erfolgte Einstufung von Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten zeigt,  
258 dass dieses Instrument wirkt: Seit der Einstufung konnten die Asylzahlen aus

259 diesen beiden Ländern um knapp 80 Prozent gesenkt werden. Wer dennoch ohne  
260 hinreichenden Grund um Asyl sucht, kann schneller abgeschoben werden. Wir  
261 fordern ein geregeltes Verfahren zur Identifizierung und Einstufung weiterer  
262 sicherer Herkunftsstaaten. Die Bundesregierung soll prüfen, inwieweit jene  
263 Staaten, deren Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren sowie im  
264 Durchschnitt der letzten zehn Jahre unter fünf Prozent liegt, auf Grundlage der  
265 aktuellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes wahrscheinlich die Voraussetzungen  
266 für eine entsprechende Einstufung erfüllen. Für Staaten, die im Zuge dieser  
267 Vorprüfung eine positive Einschätzung zu einer möglichen Einstufung erhalten  
268 haben, soll im Anschluss eine vollständige Prüfung zur Einstufung als sichere  
269 Herkunftsstaaten erfolgen. Neben den sicheren Herkunftsstaaten im Sinne des  
270 Grundgesetzes wollen wir auch die Möglichkeiten zur Ausweisung sicherer  
271 Herkunftsstaaten nach dem Europarecht ausnutzen.

#### 272 **Neuer Status ohne Bürgergeldbezug für Schutzberechtigte**

273 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

274 Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge - dazu gehören auch  
275 die ukrainischen Geflüchteten - einen neuen sozialrechtlichen Status statt des  
276 Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für  
277 die Aufnahme von Arbeit und - soweit rechtlich zulässig - geringere  
278 Sozialleistungen. Die Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz  
279 darstellen. Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim  
280 Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch  
281 vereinheitlichen.

#### 282 **Sozialleistungen für ausreisepflichtige Ausländer streichen**

283 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

284 Wir Freie Demokraten wollen die Sozialleistungen für ausreisepflichtige  
285 Ausländer vollständig streichen. Wer rechtskräftig und vollziehbar  
286 ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu  
287 verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten. Für  
288 die Ausreise wird nur noch das Flugticket oder die Bahnfahrkarte zur Verfügung  
289 gestellt. Das gilt bereits in sogenannten Dublin-Fällen, bei denen feststeht,  
290 dass ein anderer EU-Mitgliedstaat nach dem Dublin-System zuständig ist und die  
291 Überstellung dorthin möglich ist. Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen  
292 Möglichkeiten schaffen, um auch in anderen Fällen die Sozialleistungen zu  
293 streichen. Auch jenen, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern,  
294 sollen Sozialleistungen gestrichen werden.

#### 295 **Asylverfahren in Drittstaaten ermöglichen**

296 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

297 Wir Freie Demokraten wollen, dass Asylverfahren auch in Drittstaaten  
298 durchgeführt werden. Hierzu müssen national und auf EU-Ebene sämtliche  
299 Vorkehrungen getroffen werden. Insbesondere muss das sogenannte  
300 Verbindungselement im Unionsrecht gestrichen werden. Dieses setzt aktuell eine  
301 Verbindung zwischen Flüchtling und Drittstaat voraus und stellt damit eine  
302 unnötige Hürde dar. Entscheidendes Kriterium darf nur sein, dass Schutzsuchende  
303 in dem Drittstaat sicher sind und dass rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet

304 werden können.

305 **Ausweitung von Migrationsabkommen**

306 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

307 Wir Freie Demokraten wollen die Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer  
308 irregulärer Migration erhöhen und gleichzeitig mit diesen Staaten reguläre  
309 Migration in Arbeit und Ausbildung ausbauen. Alle Seiten haben ein vitales  
310 Interesse an mehr regulärer und weniger irregulärer Migration. Kooperation bei  
311 der Rücknahme kann mit leichterem Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und zum  
312 Ausbildungssystem belohnt werden. Wir wollen den Sonderbevollmächtigten für  
313 Migrationsabkommen auch mit der Sondierung möglicher Drittstaatsabkommen  
314 beauftragen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss darüber hinaus zu einem  
315 zentralen Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden.

316 **Für ein echtes FRONTEX-Update**

317 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

318 Wir Freie Demokraten wollen ein echtes Update für die europäische  
319 Grenzschutzagentur FRONTEX. Die Rolle der Agentur beim Schutz der Außengrenzen  
320 und bei der Bekämpfung irregulärer Migration muss gestärkt werden. FRONTEX muss  
321 die Aufgabe der Seenotrettung im Mittelmeer vollständig übernehmen. Dies kann  
322 nicht die Aufgabe privater Organisationen mit einer eigenen  
323 migrationspolitischen Agenda sein. Dabei muss die Ausschiffung der Geretteten in  
324 sichere Drittstaaten mit Migrationsabkommen der Regelfall werden, auch um zu  
325 verhindern, dass kriminelle Schlepper die Seenotrettung zum Instrument für  
326 irreguläre Migration missbrauchen und dadurch das Leben zahlreicher Menschen  
327 aufs Spiel setzen. Dazu sollte auch die Befähigung und die Zuständigkeit von  
328 FRONTEX bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität ausgebaut werden.

329 **Für Abschiebungen, die tatsächlich funktionieren**

330 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

331 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Rückführungen von Menschen ohne  
332 Bleiberecht tatsächlich funktionieren. Die Bundesländer scheitern zu oft am  
333 Vollzug. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der  
334 Bundesebene zentralisieren. Bis dahin müssen die Länder genügend Plätze für  
335 Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam vorhalten. Wirken bestimmte Bundesländer  
336 mit, so muss dies auch finanzielle Folgen haben. Der Bund und  
337 kooperationsbereite Länder können nicht dauerhaft die Lasten tragen, die durch  
338 solche Länder entstehen, die eine einheitliche Migrationspolitik und  
339 Abschiebungen behindern. Als erster Schritt zu einer bundesweiten  
340 Zentralisierung der Abschiebeverfahren muss die Bundespolizei für Abschiebungen  
341 zuständig werden, wenn Personen mit unerlaubtem Aufenthalt in ihrem  
342 Zuständigkeitsbereich aufgegriffen werden. Bislang ist die Bundespolizei zwar  
343 teilweise für die Feststellung des unerlaubten Aufenthalts, aber nicht für die  
344 anschließende Rückführung zuständig. Das führt zu Zuständigkeitsbrüchen im  
345 Bearbeitungsprozess und muss geändert werden. Bund und Länder müssen an großen  
346 Flughäfen gemeinsame Ausreisezentren betreiben. Es müssen auch Abschiebungen  
347 nach Afghanistan und Syrien erfolgen.

348 **Für humanitäre Schutzzonen außerhalb der EU**

349 Wir Freie Demokraten befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter  
350 der Aufsicht des UNHCR und/oder der EU, im Einvernehmen mit den jeweiligen  
351 Staaten und mit Finanzierung durch die EU. In solchen offenen Schutzzonen sollen  
352 Flüchtlinge vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und anderen  
353 Menschenrechtsverletzungen sicher sein. Insbesondere in Nordafrika können solche  
354 Zonen dazu dienen, ankommende Flüchtlinge von den dort derzeit teils  
355 unmenschlichen Bedingungen zu befreien und ihnen vorübergehend Obhut zu bieten.  
356 Außerdem könnten dort noch vor einer Einreise nach Europa Asylverfahren  
357 durchgeführt werden. Nach deren Abschluss können Schutzberechtigte auf legalem  
358 und geordnetem Wege nach Europa einreisen und auf die Mitgliedstaaten verteilt  
359 werden. Die EU-Hotspots können dabei als Vorbild dienen.

360 **Für ein liberales und konsequentes Staatsangehörigkeitsrecht**

361 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

362 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verleihung der deutschen  
363 Staatsangehörigkeit am Ende einer gelungenen Integration steht. Deswegen haben  
364 wir durchgesetzt, dass Menschen nur dann eingebürgert werden können, wenn sie  
365 ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Damit senden wir das Signal, dass sich  
366 Fleiß und eigene Arbeitsleistung auszahlen. Antisemitische, rassistische,  
367 fremdenfeindliche Handlungen oder Motive stellen hingegen einen strengen  
368 Ausschlussgrund dar. Wer unsere Werte nicht teilt, darf nicht eingebürgert  
369 werden. Wer schwere Straftaten begeht, kann nicht deutscher Staatsbürger werden.  
370 Außerdem muss Menschen, die sich einer terroristischen Organisation anschließen,  
371 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden, wenn der Betroffene dadurch  
372 nicht staatenlos wird. Hier muss das Recht konsequent angewendet werden.  
373 Gleichzeitig haben wir mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht im Gesetz  
374 verankert, dass die Einbürgerungsurkunde im Rahmen einer öffentlichen  
375 Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden soll. Wenn Menschen mit ihren Familien in  
376 den deutschen Arbeitsmarkt einwandern und sich nach Erfüllen der Voraussetzungen  
377 entscheiden, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen, dann ist das ein Grund  
378 zum Feiern. Landkreise und Kommunen müssen öffentliche Einbürgerungsfeiern zum  
379 Regelfall machen und das neue Staatsangehörigkeitsrecht mit Leben füllen.

380 **Religionspolitik in der liberalen Bürgergesellschaft**

381 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

382 Wir Freie Demokraten stehen für die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit.  
383 Wir wollen ein friedliches und von gegenseitiger Akzeptanz geprägtes Verhältnis  
384 aller religiösen und nicht-religiösen Menschen in Deutschland erreichen. Das  
385 bisherige Staatskirchenrecht wollen wir zu einem Religionsverfassungsrecht  
386 weiterentwickeln – als gleiche rechtliche Basis für alle  
387 Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die  
388 Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen. Darüber  
389 hinaus müssen Bund und Länder dem Verfassungsauftrag nachkommen, die  
390 Staatsleistungen abzulösen. Wir wollen die Islamverbände einer kritischen  
391 Prüfung unterziehen. Wir müssen klarstellen, welche Verbände Partner des  
392 deutschen Staates sein können und welche nicht. Verbände, die Islamismus

393 beschönigen, verharmlosen oder Antisemitismus nicht verurteilen, können  
394 hierzulande keine Partner in der Religionspolitik sein. Es braucht auch eine  
395 Reform der Islamkonferenz (DIK), bei der unsere Wertepartner unter den Verbänden  
396 deutlich mehr Raum erhalten. Die Ausbildung von Imamen und islamischen  
397 Religionslehrer an deutschen Universitäten muss ausgebaut werden, um nicht mehr  
398 von der Entsendung von Imamen durch Verbände, die von Autokraten kontrolliert  
399 werden, abhängig zu sein. Islamischer Religionsunterricht muss frei von  
400 Einflüssen islamistischer oder aus dem Ausland gesteuerter Organisationen  
401 angeboten werden

#### 402 **Ein Grundgesetz der Freiheit und des Wohlstands**

403 Wir Freie Demokraten begreifen das Grundgesetz nach 75 Jahren noch immer als  
404 starke Verfassung, die nur im Ausnahmefall geändert werden sollte. An einigen  
405 Stellen wollen wir die Verfassung an die Lebensrealität anpassen. So wollen wir  
406 etwa Art. 3 Abs. 3 GG um den Schutz der Diskriminierung aufgrund der sexuellen  
407 Identität erweitern und Kinderrechte wie das Recht auf schulische Bildung  
408 explizit in das Grundgesetz aufnehmen, ohne dabei das Erziehungsrecht der Eltern  
409 einzuschränken. Umgekehrt wollen wir Art. 15 GG streichen, der die Grundlage für  
410 eine Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie Produktionsmitteln bildet.  
411 Stattdessen wollen wir in Art. 15 ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft  
412 verankern, die seit Gründung der Bundesrepublik die Grundlage für unseren  
413 Wohlstand bildet.

#### 414 **Wahlrecht ab 16**

415 Wir Freie Demokraten wollen junge Menschen als politisch mündige Bürger  
416 behandeln. Die Themen, die Ihnen wichtig sind, unterscheiden sich nicht  
417 signifikant von denen der Älteren. Sie können und wollen selbst über ihre  
418 Zukunft entscheiden. Deshalb sind wir dafür, das Wahlalter bei der  
419 Bundestagswahl – wie bei der Europawahl bereits geschehen – auf 16 Jahre  
420 abzusenken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es  
421 ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war  
422 stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits  
423 in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen  
424 Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von  
425 politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte  
426 Generationengerechtigkeit.

#### 427 **Hybride Angriffe auf unsere Demokratie endlich ernst nehmen**

428 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

429 Wir Freie Demokraten wollen, dass unser Land die hybriden Angriffe autoritärer  
430 Staaten, wie etwa Russland und China, endlich ernst nimmt. Ob Spionage,  
431 Sabotage, Cyberangriffe, Desinformation oder die heimliche Finanzierung  
432 extremistischer Akteure – die Bedrohung durch hybride Einflusskampagnen für die  
433 Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland wird systematisch  
434 unterschätzt. Öffentliche und private Akteure müssen besser vor Cyberangriffen  
435 geschützt werden. Die Öffentlichkeit muss über die Hintergründe und Urheber  
436 hybrider Angriffe proaktiv informiert werden. Unternehmen, die umfangreichen  
437 Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, dürfen beim Ausbau

438 kritischer Infrastruktur in Deutschland nicht beteiligt werden.

439 **Schutz der Meinungsfreiheit**

440 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

441 Eine lebendige Demokratie braucht offene und aktive Debatten. Presse- und  
442 Meinungsfreiheit stehen von innen und außen zunehmend unter Druck und müssen  
443 geschützt werden. Die Meinungsfreiheit ist eine der tragenden Säulen des  
444 demokratischen Gemeinwesens. Auch digitale Plattformen haben eine eigene  
445 Verantwortung, wenn es um den Schutz der Meinungsfreiheit geht. Die im Rahmen  
446 des Digital Services Act eingeführten Sorgfaltspflichten für Plattformen dürfen  
447 nicht dazu führen, dass die Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird oder dass  
448 Private statt staatlicher Gerichte über die Grenzen der Meinungsfreiheit  
449 entscheiden.

450 **Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus bekämpfen**

451 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

452 Wir Freie Demokraten lehnen jede Form des politischen und religiösen Extremismus  
453 ab. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders  
454 gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Die wissenschaftliche  
455 Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener  
456 Extremismusformen muss ausgebaut werden. Für Menschen mit erwiesenen  
457 verfassungsfeindlichen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

458 **Deutschland als sicheres Land für Jüdinnen und Juden**

459 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

460 Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher  
461 fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten,  
462 muss Antisemitismus angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch  
463 konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder  
464 linksextremen Antisemitismus, um islamischen Antisemitismus, um Judenhas durch  
465 Zugewanderte oder um einen Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft  
466 handelt. Dafür müssen Behörden alle Formen von Antisemitismus frühzeitig  
467 erkennen. Es ist inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden antisemitische Übergriffe  
468 immer seltener anzeigen, weil Verfahren zu oft eingestellt werden. Wir treten  
469 dafür ein, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der IHRA (International  
470 Holocaust Remembrance Alliance) umfassend in den staatlichen Behörden zu  
471 etablieren und diese insbesondere zur Grundlage von Fortbildungen von Beamtinnen  
472 und Beamten und bei der Vergabe staatlicher Gelder zu machen. Es dürfen keine  
473 staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das  
474 Existenzrecht Israels in Frage stellen. Auch die Nutzung öffentlicher  
475 Räumlichkeiten muss untersagt werden, wenn Veranstaltungen den friedlichen  
476 Verlauf der öffentlichen Diskussion gefährden. Die Verbote des extremistischen  
477 Netzwerks Samidoun oder des Islamischen Zentrums Hamburg waren überfällig. Wir  
478 wollen deshalb weitere Betätigungs- und Organisationsverbote prüfen, wie  
479 beispielsweise gegen die rechtsextremen türkischen Grauen Wölfe, die  
480 antiisraelische Organisation Masar Badil oder die antisemitische BDS-Bewegung.  
481 Strafbarkeitslücken wollen wir konsequent schließen.

482 **Islamismus konsequent bekämpfen – Prävention und Deradikalisierung stärken**

483 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

484 Wir Freie Demokraten wollen die Gefahr des Islamismus aktiv bekämpfen. Die  
485 Radikalisierung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft führt zu  
486 gesellschaftlicher Spaltung, Gewalt und Terrorismus. Insbesondere die  
487 Radikalisierung durch islamistische Influencer über das Internet hat in den  
488 vergangenen Jahren stark zugenommen. Hier müssen neben den Mitteln des  
489 Strafrechts auch alle ausländerrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden. Darüber  
490 hinaus erwarten wir eine selbstkritische Debatte in muslimischen Communities, um  
491 einen besseren Schutz von Jugendlichen vor extremistischem Gedankengut zu  
492 gewährleisten. Alle bestehenden Präventions- und Deradikalisierungsprogramme  
493 müssen auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Auch muss der Bereich des so  
494 genannten legalistischen Islamismus besser durchleuchtet werden als bislang.  
495 Denn extremistische Tendenzen werden nicht erst dann virulent, wenn sie bereits  
496 eine gewisse Stärke erreicht haben oder wenn ihnen konkrete terroristische  
497 Anschläge zugerechnet werden können.

498 **Ehrenamt fördern**

499 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

500 Für uns Freie Demokraten ist ehrenamtliches Engagement ein unverzichtbarer  
501 Pfeiler einer lebendigen Demokratie. In vielen Vereinen wird dieses Engagement  
502 gebündelt und zum Rückgrat einer aktiven Zivilgesellschaft, die einen wichtigen  
503 Beitrag zur Förderung unseres Gemeinwesens übernimmt und unsere Demokratie  
504 stärkt. Damit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen  
505 wir Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. Digitale  
506 Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche sollen weiter ausgebaut werden.  
507 Insbesondere schlagen wir eine Reduzierung von Dokumentations- und  
508 Aufbewahrungspflichten vor. Steuer- und registerrechtliche Abläufe, die das  
509 Ehrenamt betreffen, müssen digitalisiert werden. Ein zentraler Vereinslotse  
510 führt übersichtlich durch alle Auflagen, Register- und Berichtspflichten. Das  
511 schafft Sicherheit für Engagierte. Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter-  
512 und Ehrenamtszuschüsse, sowie relevante Einnahmeregeln an.

513 **Sport als gesellschaftliches Projekt**

514 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

515 Sport ist mehr als nur Bewegung – er hält gesund, verbindet Menschen und hilft,  
516 Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Um diese Potenziale zu heben, wollen wir neben  
517 einer generellen Stärkung des Ehrenamts insbesondere das Engagement der  
518 Babyboomer-Generation gezielt einbinden. Mit ihrer Erfahrung und Zeit können sie  
519 Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren ausbauen und die  
520 Vereinsarbeit beleben. Außerdem stärken wir die Zusammenarbeit zwischen  
521 Vereinen, Schulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen, um möglichst viele  
522 Menschen zu erreichen. Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Herkunft  
523 oder Fähigkeiten. Die Bundesjugendspiele mit individuellen Leistungsanreizen  
524 halten wir aufrecht und ergänzen sie um die Möglichkeit, dort das Deutsche  
525 Sportabzeichen zu erwerben. So motivieren wir leistungsstarke Kinder und  
526 Bewegungsbenachteiligte gleichermaßen und fördern Leistung und Teilhabe bei

527 jungen Menschen. Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische  
528 Spiele wollen wir wieder nach Deutschland holen – vorausgesetzt, sie entsprechen  
529 ökologischen, ökonomischen und humanitären Standards sowie den traditionellen  
530 Werten des Sports. Solche Events zeigen, wie Sport verbindet und Werte wie  
531 Inklusion und Fairness sichtbar macht. So stärken wir die Rolle des Sports bei  
532 Integration und Gewaltprävention und fördern Spitzensport mit klaren Zielen und  
533 effizienten Strukturen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass eSports als  
534 gemeinnützig anerkannt wird.

#### 535 **Spitzensport fördern – Leistung, Transparenz und Verantwortung stärken**

536 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine potenzialorientierte Reform der  
537 Spitzensportförderung ein, die klare Ziele und effiziente Strukturen schafft.  
538 Von der gezielten Förderung von Stützpunktstrukturen und Institutionen über die  
539 Stärkung der Eigenverantwortung der Verbände wollen wir damit eine Trendumkehr  
540 auf dem Weg zurück zur sportlichen Weltspitze erreichen. Mit einer unabhängigen  
541 Struktur, die Förderentscheidungen transparent und erfolgsbasiert trifft, wollen  
542 wir innerhalb der Förderung sportfachliche und fördermittelbezogene Bereiche  
543 zusammenführen und eine übergreifende sportfachliche Steuerung ermöglichen.

#### 544 **Die Welt zu Gast bei Freunden: Für internationale Sportevents und Olympische 545 Spiele in Deutschland**

546 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

547 Wir Freie Demokraten wollen mehr Sportgroßveranstaltungen in Deutschland  
548 ermöglichen. Deutschland ist regelmäßig angesehener Gastgeber für internationale  
549 Sportgroßveranstaltungen. Diese Stellung wollen wir mit der Weiterentwicklung  
550 der Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen weiter verbessern. Als Freie  
551 Demokraten stehen wir dabei insbesondere hinter einer möglichen Bewerbung für  
552 Olympische Spiele und Paralympics. Eine erfolgreiche Bewerbung stärkt nicht nur  
553 den Sport in all seinen Facetten, sondern fördert auch die kulturelle und  
554 wirtschaftliche Strahlkraft Deutschlands weltweit.

#### 555 **Modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz schaffen**

556 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

557 Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz. Wir  
558 fordern die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die  
559 Embryonenspende zulässig ist. Wir wollen außerdem die nicht kommerzielle  
560 Leihmutterschaft ermöglichen und fordern hierfür einen klaren Rechtsrahmen. Die  
561 Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom  
562 Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein.

#### 563 **Vielfältige Familienkonstellationen rechtlich anerkennen**

564 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

565 Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Familienrecht schaffen, das den heute  
566 vielfältigen Familienkonstellationen wie Patchwork- und Regenbogenfamilien  
567 gerecht wird. Insbesondere wollen wir Elternschaftsvereinbarungen bereits vor  
568 der Empfängnis ermöglichen. Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll von Geburt an  
569 automatisch rechtlich zweite Mutter sein, wenn das Kind mit Hilfe einer  
570 Samenspende gezeugt wurde oder der leibliche Vater anderweitig Einvernehmen

571 erklärt hat. Wir wollen das Adoptionsrecht ausweiten. Unverheiratete Paare  
572 sollen verheirateten Paaren gleichgestellt werden. Zur Vermeidung von  
573 Diskriminierung soll das Adoptionsverfahren so lange wie möglich anonym sein.  
574 Bei Stiefkindadoptionen soll das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen  
575 Elternteilen erhalten bleiben, sofern dies einvernehmlich gewünscht wird und es  
576 dem Kindeswohl nicht widerspricht. Zudem muss das Umgangsrecht der Großeltern  
577 verbessert werden. Um den für das Kindeswohl wichtigen Umgang von Großeltern mit  
578 ihren Enkelkindern auf eine bessere gesetzliche Grundlage zu stellen, wollen wir  
579 ein eigenes Recht des Kindes auf Umgang mit seinen Großeltern verankern. Neu  
580 eingeführt werden soll auch ein eigenes Umgangsrecht mit Geschwistern.

#### 581 **Verantwortungsgemeinschaft einführen**

582 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

583 Wir Freie Demokraten wollen die Verantwortungsgemeinschaft gesetzlich verankern.  
584 Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer  
585 Verantwortungsgemeinschaft stufenweise variiert werden können. Zwei oder mehr  
586 volljährige Personen, die sich persönlich nahestehen, aber nicht miteinander  
587 verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind, sollen eine  
588 Verantwortungsgemeinschaft möglichst unbürokratisch gründen können. Die Belange  
589 der Kinder und das Namensrecht bleiben davon unberührt. Auch sollen keine  
590 Aufenthaltsberechtigungen oder eine Arbeitserlaubnis begründet werden. In einer  
591 Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer  
592 tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung. Der  
593 Grundgedanke einer solchen Verantwortungsgemeinschaft ist größtmögliche  
594 Flexibilität bei maximaler Selbstbestimmung.

#### 595 **Einvernehmliche Scheidungen beschleunigen**

596 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

597 Wir Freie Demokraten wollen einvernehmliche Scheidungen beschleunigen. Wenn  
598 Eheleute einvernehmlich zu dem Schluss kommen, ihre Ehe auflösen zu wollen, ist  
599 es nicht mehr zeitgemäß, sie ein Jahr an die Ehe gebunden zu halten. Wir fordern  
600 daher die Möglichkeit einer schnelleren einvernehmlichen Scheidung, wenn beide  
601 Ehepartner anwaltlich vertreten sind. Auch überdies sind die Trennungszeiträume  
602 sinnvoll zu verkürzen. Zudem wollen wir die Durchführung von Scheidungsterminen  
603 auch per gerichtlicher Videokonferenz ermöglichen.

#### 604 **Wechselmodell zum Leitbild machen**

605 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

606 Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte Wechselmodell zum gesetzlichen  
607 Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern  
608 machen. Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den  
609 Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen.  
610 Viele Eltern möchten die Kinder auch nach der Trennung gemeinsam erziehen. Die  
611 Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Leitbild soll  
612 sein, dass Erziehungs- und Unterhaltsverantwortung gemeinschaftlich ausgeübt  
613 werden, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht.

#### 614 **Ungewollt Kinderlose unterstützen**

615 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

616 Wir Freie Demokraten wollen eine bessere finanzielle Förderung von  
617 Kinderwunschbehandlungen. Die Bundesförderung darf nicht mehr von einer  
618 Landesbeteiligung abhängig sein. Langfristig sollen die gesetzlichen  
619 Krankenkassen die Kosten bei Vorlage einer medizinischen Indikation wieder  
620 vollständig übernehmen. Auch Paare ohne Trauschein und Alleinstehende sollen  
621 einen Anspruch auf Förderung haben. Statt fixer Altersgrenzen oder starrer  
622 Begrenzungen auf eine bestimmte Anzahl von Behandlungsversuchen soll die  
623 Förderung von der individuellen Erfolgswahrscheinlichkeit der Behandlung  
624 abhängig gemacht werden. Auch die Kosten für Präimplantationsdiagnostik sollen  
625 übernommen werden.

#### 626 **Ungewollt Schwangere unterstützen**

627 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

628 Wir Freie Demokraten wollen die notwendigen gesundheitspolitischen Maßnahmen  
629 ergreifen, um ungewollt Schwangeren bestmöglich zu helfen und die unzureichende  
630 Versorgungslage verbessern. Bereits im Medizinstudium muss deshalb Wissen über  
631 Schwangerschaftsabbrüche vermittelt werden. Wir werden prüfen, wie Krankenhäuser  
632 in öffentlicher Trägerschaft stärker in die Verantwortung genommen werden  
633 können. Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten  
634 Schwangeren besser zugänglich gemacht werden.

#### 635 **Vorgeburtliche Untersuchungen ermöglichen**

636 Viele werdende Mütter wünschen vorgeburtliche Untersuchungen. Wir Freie  
637 Demokraten bekennen uns zur Beibehaltung der Kostenübernahme für Bluttests auf  
638 Trisomien bei entsprechender Indikation. Darüber hinaus fordern wir,  
639 vorgeburtliche Vaterschaftstests als Bluttests zuzulassen.

#### 640 **Selbstbestimmte Organspende**

641 Wir wollen die Organspendezahlen steigern und dabei gleichzeitig die  
642 selbstbestimmte Entscheidung des Einzelnen in den Mittelpunkt stellen. Wir  
643 müssen die Abläufe in den Krankenhäusern und zwischen den anderen Beteiligten  
644 weiter verbessern, damit potenzielle Spenderinnen und Spender früh erkannt und  
645 ihren Wünschen Rechnung getragen werden kann. Wir fordern außerdem, die  
646 Möglichkeiten zur Organlebendspende zu liberalisieren und beispielsweise  
647 Überkreuzspenden auch in Deutschland zuzulassen.

#### 648 **Selbstbestimmung auch am Lebensende**

649 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

650 Wir Freie Demokraten treten für das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes  
651 Sterben ein. Jeder Mensch soll die Chance haben, sein Lebensende so zu  
652 gestalten, wie er es für sich selbst als würdig empfindet. Dazu gehört auch die  
653 Möglichkeit Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen. Um Rechtssicherheit für  
654 Betroffene, Angehörige und Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, wollen wir die  
655 Rahmenbedingungen für den assistierten Suizid gesetzlich abbilden. Gleichzeitig  
656 darf niemand zur Assistenz bei einem Suizid verpflichtet werden. Daneben muss  
657 der Staat jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen. Die  
658 Suizidprävention in Deutschland wollen wir deshalb spürbar ausbauen.

659 **Modernes Urheberrecht statt Uploadfilter**

660 Wir Freie Demokraten wollen die Pflicht zum Einsatz von Uploadfiltern  
661 abschaffen. Mit der EU-Urheberrechtsrichtlinie werden Plattformen, die keine  
662 Lizenz zur Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials haben, faktisch  
663 verpflichtet, alle Inhalte vor der Veröffentlichung durch Nutzer auf mögliche  
664 Urheberrechtsverstöße zu überprüfen. Wegen der schiereren Masse an Inhalten wird  
665 dies nur durch Algorithmen möglich sein. Algorithmen dürfen aber niemals die  
666 Meinungs- oder Kunstfreiheit einschränken.

667 **Für ein modernes Urheberrecht**

668 Das Urheberrecht vermittelt einen eigentumsähnlichen Schutz. Es entwickelt sich  
669 im Zuge der Digitalisierung zu einem Schlüsselrecht für die Schaffung kreativer  
670 Inhalte und muss gerade auch in der digitalen Welt gewährleisten, dass die  
671 Erträge aus der Verwertung kreativer Leistungen den Urhebern und weiteren  
672 Berechtigten zufließen. Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Urheberrecht,  
673 das die berechtigten Interessen von Urhebern, Nutzern und Investoren  
674 berücksichtigt und sie zu einem angemessenen Ausgleich bringt. Wir wollen  
675 deshalb ein Urheberrecht, das einen einfachen Rechteerwerb und die  
676 unbürokratische und transparente Beteiligung der Urheber und der weiteren  
677 Berechtigten an der Verwertung der Werke ermöglicht. Für die Verwendung von  
678 urheberrechtlich geschützten Werken in generativer KI oder zum Training von KI  
679 muss der Staat einen verlässlichen Rechtsrahmen und Rechtsicherheit für alle  
680 Beteiligten schaffen.

681 **Für eine digitale und leistungsfähige Verwaltung**

682 Wir Freie Demokraten wollen, dass Staat und Verwaltung Probleme lösen, statt  
683 neue Probleme zu schaffen. Dazu braucht es eine digitale und leistungsfähige  
684 Verwaltung unter Einbeziehung von KI und automatisierten Prozessschritten sowie  
685 einen öffentlichen Dienst, der bürgerfreundlich und effizient und gleichzeitig  
686 unparteiisch und professionell ist. Automatisierte Verwaltungsakte sollen  
687 generell möglich sein, wenn weder Ermessen noch Beurteilungsspielraum der  
688 Verwaltung besteht. Parallel betriebene analoge und digitale  
689 Verwaltungsverfahren sind zu vermeiden. Außerdem wollen wir Weiterbildungs- und  
690 Aufstiegsmöglichkeiten sowie Instrumente zu flexibler und leistungsorientierte  
691 Bezahlung im öffentlichen Dienst ausbauen. Es braucht zudem eine eigene IT –  
692 Laufbahn im öffentlichen Dienst. Die Verwaltung muss ferner einen eigenen  
693 Beitrag zum Abbau von Bürokratie leisten, indem die Risikobereitschaft und  
694 Entscheidungsfreude gesteigert und stärker die Kompetenzen von  
695 Wirtschaftsunternehmen, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft genutzt  
696 werden.

697 **Künstliche Intelligenz im Einsatz für den Rechtsstaat**

698 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

699 Wir Freie Demokraten wollen, dass auch die Justiz die Chancen der Künstlichen  
700 Intelligenz nutzt, um den Zugang zum Recht zu vereinfachen. Die Chancen von KI  
701 für die Nutzung in der Justiz wollen wir konsequent ausloten, ohne dass KI  
702 richterliche Entscheidungen ersetzen darf. Dazu müssen gerichtliche  
703 Entscheidungen als Trainingsdaten zur Verfügung stehen. Wir stehen für eine

704 umfassende Erprobung neuer Technologien im Rahmen von digital Sandboxes. Auch  
705 die Nutzung von immersiven Technologien wie Virtual Reality in  
706 Gerichtsverhandlungen, etwa zur Veranschaulichung von Verkehrsunfällen oder  
707 Baumängeln, sollte umfassend erprobt werden. Die Rechte der  
708 Verfahrensbeteiligten dürfen dabei nicht eingeschränkt werden.

#### 709 **Ein Strafrecht, das den richtigen Schwerpunkt setzt**

710 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

711 Wir Freie Demokraten lehnen symbolische und reflexhafte Verschärfungen des  
712 Strafrechts ab. Schließlich ist das Strafrecht keine Allzweckwaffe, sondern die  
713 Ultima-Ratio des Rechtsstaats. Wir stehen für eine starke Strafjustiz, die  
714 schnelle Entscheidungen über Schuld oder Unschuld herbeiführt. Das Strafrecht  
715 gilt es deshalb insgesamt zu evaluieren und im Sinne des ultima-ratio-  
716 Grundsatzes auf Tatbestände mit entsprechendem Unwertgehalt zu fokussieren.  
717 Überflüssige Tatbestände sind zu streichen. Dies stärkt auch die Strafjustiz,  
718 die sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Deswegen wollen wir das  
719 Strafgesetzbuch systematisch überprüfen und überholte Straftatbestände anpassen  
720 oder streichen. Hierzu gehören etwa § 142 StGB (Unerlaubtes Entfernen vom  
721 Unfallort) und § 265a StGB (Erschleichen von Leistungen); die  
722 Beförderungsererschleichung, "Schwarzfahren", soll als Ordnungswidrigkeit gelten.  
723 Wir stehen für eine evidenzbasierte Strafrechtspolitik und wollen daher die  
724 Datengrundlage zu Strafprozessen, insbesondere in den Ländern, verbessern. Die  
725 Gerichtsverhandlung in Strafprozessen soll künftig aufgezeichnet und die  
726 Aufzeichnung sodann automatisiert verschriftlicht werden. Das schafft  
727 Transparenz und Gerechtigkeit.

#### 728 **Schnellere und einfache Durchführung von Gerichtsverfahren**

729 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

730 Wir Freie Demokraten sehen eine leistungsfähige und dem Bürger dienende Justiz  
731 als Anker im Rechtsstaat. Wir setzen uns deshalb für eine weitere  
732 Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht ein. Nur so können  
733 Rechtsstreitigkeiten schneller und kostengünstiger durchgeführt werden. Derzeit  
734 empfinden viele Menschen den Klageweg als umständlich und teuer. Der Zugang zum  
735 Recht hält bisher nicht mit der fortschreitenden Digitalisierung im privaten  
736 Bereich Schritt. Wir wollen deshalb ein Online-Verfahren für geringe Streitwerte  
737 einführen. Mit der Justiz-Cloud wollen wir einen zentralen Zugang zu allen  
738 wesentlichen Informationen und Diensten bereitstellen. KI kann dabei helfen,  
739 Gerichte effektiv zu entlasten. So kann KI die richterliche Tätigkeit bei der  
740 Zuordnung und Aufbereitung von Prozessstoff unterstützen. Ebenso soll eine  
741 Auskunft oder Festsetzung von Kosten durch KI-gestützte Bearbeitung ermöglicht  
742 werden.

#### 743 **Veröffentlichung von Gerichtsurteilen**

744 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

745 Wir Freie Demokraten wollen eine öffentlich einsehbare Datenbank für  
746 anonymisierte Gerichtsentscheidungen schaffen. Nur ein Bruchteil der  
747 Gerichtsentscheidungen wird heute veröffentlicht. Dies erschwert Rechtsfindung  
748 und schadet der Wissenschaft. So ist es etwa kaum möglich, die durchschnittliche

749 Strafzumessung für bestimmte Straftaten zu ermitteln. Zugleich sind  
750 Gerichtsentscheidungen auch wertvolle Trainingsdaten für KI. Gleiches gilt für  
751 Behördenentscheidungen. Eine generelle Veröffentlichung stärkt daher auch den  
752 Standort Deutschland für Legal Tech-Anwendungen.

753 **Anwaltliches Berufsgeheimnis schützen und Digitalisierung der Rechtsberatung**  
754 **stärken**

755 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

756 Wir Freie Demokraten schützen das Berufsgeheimnis von Anwältinnen und Anwälten  
757 sowie Notarinnen und Notaren. Die Vertraulichkeit des Mandatsverhältnisses ist  
758 ein Grundpfeiler des Rechtsstaats, der nicht durch staatliche Eingriffe und  
759 einschneidende Überwachungsmaßnahmen gefährdet werden darf.  
760 Offenbarungspflichten und der Zugriff auf Daten dürfen nur auf der Grundlage  
761 strengster Vorgaben ermöglicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch  
762 bereits bestehende Gesetze daraufhin überprüft werden. Darüber hinaus werden wir  
763 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat stärken, indem wir  
764 die Digitalisierung der Rechtsberatung vorantreiben. Wir wollen den Rechtsrahmen  
765 für Legal-Tech-Unternehmen erweitern und fordern klare gesetzliche Regelungen,  
766 die Legal-Tech-Unternehmen und insbesondere Anwältinnen und Anwälten sowie  
767 Notarinnen und Notaren Sicherheit geben und es ermöglichen, innovative Lösungen  
768 zu entwickeln.

769 **Entrümpelung des Bundesrechts**

770 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

771 Wir Freie Demokraten wollen eine echte Entrümpelung des Bundesrechts. Nur durch  
772 eine kontinuierliche Bereinigung und Konsolidierung des Rechts schaffen wir eine  
773 Grundlage, die Bürokratie abbaut, Handlungsspielräume erweitert und die  
774 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärkt. Wir fordern eine umfassende und  
775 systematische Rechtsbereinigung, um veraltete, widersprüchliche und unnötig  
776 komplexe Gesetze abzuschaffen. Wir wollen außerdem verstärkt von dem Instrument  
777 Gebrauch machen, Gesetze zeitlich zu befristen. Zudem müssen wir in Deutschland  
778 verstärkt und themenübergreifend mit Genehmigungsfiktionen und  
779 Stichtagsregelungen arbeiten. Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten  
780 Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische  
781 Genehmigung sein. Wir wollen Bürokratie-Monster wie z.B. die Bonpflicht  
782 abschaffen. Das Arbeitsrecht muss entschlackt werden und Dokumentationspflichten  
783 beim Mindestlohn sollten vereinfacht und auf das Monatsende verlegt werden.  
784 Arbeitgebern wollen wir die Möglichkeit einräumen, die Pflicht zur Aufzeichnung  
785 der Arbeitszeit den Beschäftigten verbindlich zu übertragen. Die elektronische  
786 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wollen wir praxistauglicher machen, indem diese  
787 künftig proaktiv von der Krankenkasse an den Arbeitgeber weitergeleitet wird.  
788 Digitale Arbeitsverträge müssen in allen Branchen möglich sein.

789 **Starker Verbraucherschutz orientiert am Leitbild des mündigen Verbrauchers**

790 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

791 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Verbraucherschutz ein, der den  
792 mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und eine informierte sowie  
793 souveräne Entscheidung ermöglicht. Wir vertrauen auf die Selbstbestimmung der

794 Verbraucher. Deshalb lehnen wir eine bevormundende Verbraucherpolitik ab.  
795 Selbstbestimmung setzt aber eine freie und informierte Entscheidung voraus, die  
796 auch die Zwänge und Grenzen berücksichtigt, denen Verbraucher unterliegen. Dies  
797 wollen wir ermöglichen, indem wir uns insbesondere zur besseren Vergleichbarkeit  
798 bei Langzeitverträgen für die Ausweisung monatlicher Durchschnittspreise  
799 aussprechen. Zudem wollen wir die Durchsetzung von Verbraucherrechten  
800 vereinfachen, zum Beispiel durch so genannte Smart Contracts, die eine  
801 automatische Entschädigung von Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen.

#### 802 **Ein Knöllchen rechtfertigt keine Beschlagnahme des Handys**

803 Wir Freie Demokraten wollen Beschlagnahme und Durchsuchung digitaler Endgeräte  
804 wie Laptops, smarterer Haushaltsgeräte und Handys neu regeln. Kern einer  
805 Neuregelung muss eine höhere Eingriffsschwelle, der Schutz des Kernbereichs  
806 privater Lebensführung, die Pflicht zur Herausgabe einer Datenkopie und eine  
807 Frist zur Herausgabe des Geräts an den Eigentümer sein. An kaum einem Ort  
808 verbergen sich so viele private Geheimnisse wie auf einem Handy: Urlaubsfotos,  
809 Chat- und Browserverläufe oder intime Nachrichten und Fotos. Dennoch ist die  
810 Eingriffsschwelle für eine Beschlagnahme und Durchsuchung des Handys denkbar  
811 gering. Bereits der Anfangsverdacht für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit  
812 genügt. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebietet hier eine Einschränkung  
813 vorzunehmen und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ohne  
814 die Verfolgung schwerer Straftaten zu erschweren.

#### 815 **Gesetzliche Regelungen für V-Personen**

816 Wir Freie Demokraten wollen den Einsatz von V-Personen in allen Bereichen  
817 gesetzlichen Regelungen unterwerfen. Die Skandale der Vergangenheit, nicht nur  
818 im Kontext der NSU-Mordserie oder des Anschlags auf den Berliner  
819 Weihnachtsmarkts 2016, zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Gerade wer die  
820 Führung von V-Personen weiter ermöglichen will, schafft hier Klarheit. Wir  
821 wollen insbesondere die Anforderungen an die Vertrauensperson als solche  
822 normieren, einen Richtervorbehalt einführen und VP-Einsätze zeitlich befristen.  
823 Die rechtsstaatswidrige Tatprovokation wollen wir ausdrücklich verbieten.

#### 824 **Online-Schiedsgerichtshöfen ermöglichen**

825 Wir Freie Demokraten wollen die Schaffung ständiger Online-Schiedsgerichtshöfe  
826 ermöglichen, die auch Verbraucherinnen und Verbrauchern offenstehen. Das  
827 deutsche Zivilprozessrecht eröffnet bereits die Möglichkeit, Streitigkeiten  
828 durch ein Schiedsgericht zu entscheiden. In der Praxis steht dies jedoch nur  
829 Unternehmen zur Verfügung. Durch eine Öffnung des Schiedsverfahrensrechts für  
830 ständige Schiedsgerichtshöfe verbunden mit Vorschriften zum Schutz von  
831 Verbraucherinnen und Verbrauchern, wollen wir alle Menschen einen alternativen  
832 Zugang zum Recht ermöglichen. Eine Aufhebung des Schiedsspruchs durch staatliche  
833 Gerichte soll weiter möglich bleiben.

#### 834 **Künstliche Intelligenz im Dienst des Rechtsstaats**

835 Wir Freie Demokraten wollen in geeigneten Fällen wie etwa Massenverfahren ein  
836 optionales KI-gestütztes Vorverfahren im Zivilprozess einführen. Parteien können  
837 vor Klageerhebung einen gebührenfreien Vergleichsvorschlag beantragen. Gerichte  
838 sind angehalten auf eine gütliche Einigung der Parteien hinzuwirken. Doch bis zu

839 einem Vergleichsvorschlag vergeht oft Zeit. Dies geht zu Lasten der Parteien,  
840 die länger auf ihr Recht warten müssen. Zudem beschäftigen Massenverfahren (z.B.  
841 Fluggastrechte) die Gerichte, die rechtlich oft eindeutig sind, aber aufgrund  
842 ihrer Zahl trotzdem zeitintensiv sind. KI kann hier Abhilfe schaffen und ein  
843 gerichtliches Verfahren überflüssig machen. Damit entlasten wir Gerichte und  
844 erleichtern die Rechtsdurchsetzung für Bürgerinnen und Bürger sowie für  
845 Unternehmen.

#### 846 **Antisemitismus an Hochschulen und im Kulturbetrieb bekämpfen**

847 Wir Freie Demokraten wollen eine aktive und lebendige Erinnerungs- und  
848 Gedenkkultur fördern. Dazu gehört auch die klare Positionierung gegen jeden  
849 Versuch der Verharmlosung und Relativierung der Shoah. Wir setzen uns dafür ein,  
850 dass die Kulturpolitik des Bundes eine wirksame Strategie gegen Antisemitismus  
851 im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb entwickelt und die Kulturförderung  
852 bezüglich der Verbreitung antisemitischer Stereotype in der deutschen Kunstszene  
853 sensibilisiert wird. Judenfeindliche Ausfälle wie beispielsweise auf der  
854 documenta fifteen dürfen sich nicht wiederholen. Die Länder wollen wir darin  
855 bestärken, an deutschen Hochschulen entschlossen gegen jegliche Form des  
856 Judenhasses vorzugehen und Jüdinnen und Juden ein sicheres und unbeschwertes  
857 Umfeld an ihren Hochschulen zu garantieren. Gegenüber den Ländern wollen wir  
858 außerdem darauf hinwirken, Lehrinhalte zum Thema jüdische Geschichte, Religion  
859 und Kultur, die Wissensvermittlung über die Shoah und die historische  
860 Verantwortung Deutschlands sowie die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema  
861 Antisemitismus in deutschen Bildungseinrichtungen zu stärken.

#### 862 **Sexuellen Missbrauch in Kirchen und Religionsgemeinschaften aufklären**

863 Wir Freie Demokraten fordern die Kirchen auf, sexuellen Missbrauch in den  
864 eigenen Reihen konsequent aufzuarbeiten. Angemessen ist hier ein Dreiklang aus  
865 rechtsstaatlicher Aufklärung, transparenter und wirksamer kirchlicher  
866 Aufarbeitung und der Begleitung und Überwachung durch eine unabhängige  
867 Kommission.

#### 868 **Europäische digitale Verwaltung**

869 Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltung in den Mitgliedstaaten  
870 digitalisieren. Dazu wollen wir eine Europäische Digitale Identität entwickeln  
871 und die Mitgliedstaaten verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen  
872 digital, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Eine digitale Verwaltung  
873 erleichtert den Zugang zur Verwaltung und spart den Staat viel Geld. Wir wollen,  
874 dass alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit einer Europäischen Digitalen  
875 Identität Verwaltungsdienstleistungen in allen Mitgliedstaaten in Anspruch  
876 nehmen können. Für bestimmte Verwaltungsdienstleistungen, die für das  
877 Funktionieren des Binnenmarktes vorteilhaft sind, wollen wir eine Digitalpflicht  
878 einführen. Dies gilt z.B. für die Anmeldung eines Wohnsitzes oder die Gründung  
879 eines Unternehmens, was in maximal 24 Stunden möglich sein soll.

#### 880 **Effektiver Rechtsstaatsmechanismus**

881 Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus stärken. Künftig soll  
882 der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der  
883 Kommission oder des Parlaments EU-Gelder für Mitgliedstaaten einfrieren können,

884 wenn diese die Werte der Union verletzen. Der derzeitige Rechtsstaatsmechanismus  
885 erlaubt es der Kommission EU-Gelder einzufrieren, wenn ein Mitgliedstaat  
886 rechtsstaatliche Standards im Zusammenhang mit EU-Geldern verletzt. Wir wollen  
887 das Verfahren auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten, unabhängig  
888 davon, ob EU-Gelder betroffen sind. Statt einer politischen Entscheidung soll  
889 das Einfrieren der Gelder vom EuGH angeordnet werden.

#### 890 **Europäische Verfassungsbeschwerde einführen**

891 Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie juristische  
892 Personen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen EU-Rechtsakte und nach  
893 Ausschöpfen des nationalen Rechtswegs auch gegen nationale Rechtsakte wegen  
894 einer Verletzung ihrer Grundrechte klagen können. Derzeit können die  
895 Mitgliedstaaten mit der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH klagen, wenn sie der  
896 Meinung sind, dass ein EU-Rechtsakt die Verträge einschließlich der  
897 Grundrechtecharta verletzt. Natürliche und juristische Personen können dies nur  
898 sehr eingeschränkt. Dies wollen wir ändern und damit einen effektiven  
899 Rechtsschutz gegen EU-Rechtsakte ermöglichen. Zugleich wollen wir die Geltung  
900 der Grundrechtecharta in Form eines Mindeststandards auch auf rein nationale  
901 Sachverhalte ausweiten. Die EU soll der Europäischen Menschenrechtskonvention  
902 (EMRK) beitreten.

#### 903 **Für eine starke Europäische Staatsanwaltschaft**

904 Wir Freie Demokraten wollen die erfolgreiche Arbeit der Europäischen  
905 Staatsanwaltschaft (EUSTa) fördern und ausbauen. Kriminalität macht nicht vor  
906 Grenzen halt, unser Rechtsstaat darf es auch nicht. Die EUSTa soll künftig auch  
907 gegen die Verletzung von EU-Sanktionen vorgehen. Dabei soll sie von Europol und  
908 später dem daraus entwickelten Europäischen Kriminalamt (EKA) mit eigenen  
909 Ermittlungs- und Exekutivbefugnissen unterstützt werden. Gegen alle Maßnahmen  
910 müssen effektiver Rechtsschutz und der Schutz der Grundrechte jederzeit  
911 gewährleistet sein. Ein Rahmen-Strafrecht soll ein Mindestmaß an in der gesamten  
912 EU strafbaren Tatbeständen bestimmen, gegen die EUSTa und EKA einschreiten  
913 müssen. Es muss sich auf Straftaten beschränken, für die die Zuständigkeit der  
914 EUSTa eröffnet ist. In die Entscheidungen zur Funktionsweise der Europäischen  
915 Staatsanwaltschaft muss auch das Europäische Parlament gleichberechtigt neben  
916 dem Rat eingebunden werden.

#### 917 **Für einen attraktiven Justizdienst**

918 Wir Freie Demokraten stehen für einen attraktiven Justizdienst. Um kompetente  
919 Richter und Staatsanwälte zu gewinnen, muss die Attraktivität des Justizdienstes  
920 zunehmen. Schon heute klagen die Justizverwaltungen über Nachwuchsmangel.  
921 Spätestens mit der anrollenden Pensionierungswelle vieler Richter und  
922 Staatsanwälte droht eine Verschärfung des bereits bestehenden Personalproblems.  
923 Es muss – auch wirtschaftlich – wieder attraktiver werden, Richter oder  
924 Staatsanwalt zu werden, anstatt in einer großen Rechtsanwaltskanzlei oder in  
925 einem Unternehmen juristisch tätig zu werden. Dazu gehört auch, dass dem  
926 Berufsbild der Richter und Staatsanwälte wieder mehr gesellschaftliche  
927 Anerkennung zuteilwird. Zugleich muss die Juristenausbildung in den einzelnen  
928 Bundesländern vergleichbarer werden und es muss Wert auf die Vermittlung  
929 digitaler Arbeits- und Rechetchniken und -methoden gelegt werden.

930 **Justizportal von Bund und Ländern ausbauen**

931 Wir Freie Demokraten wollen das Bund-Länder-Justizportal über die Funktion einer  
932 Informationsvermittlung hinaus zu einem echten Serviceportal ausbauen, über das  
933 mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften und professionellen Justiznutzern  
934 kommuniziert werden kann und Prozesshandlungen vorgenommen werden können.

935 **Identifizierungsverfahren auf der Basis der reformierten europäischen eIDAS-  
936 Verordnung vereinheitlichen**

937 Wir Freie Demokraten wollen das Verfahren der Identifizierung von Bürgerinnen  
938 und Bürgern sowie der professionellen Justiznutzer erleichtern, indem wir die  
939 europarechtliche Verpflichtung zur Einführung einer EUDI-Wallet in vollem Umfang  
940 auch für die Justizkommunikation nutzen. Damit erreichen wir nicht nur eine  
941 Erleichterung der grenzüberschreitenden Justizkommunikation in Europa. Wir  
942 können damit auch dazu beitragen, dass neben der Möglichkeit der Kommunikation  
943 über besondere elektronische Postfächer eine einfach handhabbare Identifizierung  
944 von professionellen Justiznutzern über elektronisch in der Wallet gespeicherte  
945 Attribute eröffnet wird.

946 **Weitere Digitalisierung des Zwangsvollstreckungsverfahrens durch Schaffung eines  
947 erweiterten Zwangsvollstreckungsregisters vorantreiben**

948 Wir Freie Demokraten wollen das Zwangsvollstreckungswesen konsequent  
949 digitalisieren. Seit Jahren wird in Deutschland versucht, durch immer neue  
950 Vorschriften einzelne Abschnitte des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu  
951 digitalisieren und eingescannte Dokumente als Voraussetzung für die Einleitung  
952 von Zwangsvollstreckungen ausreichen zu lassen. Wir wollen durch Schaffung  
953 eines Titelregisters bzw. erweiterten Zwangsvollstreckungsregisters die digitale  
954 Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen erleichtern und zugleich einen  
955 erweiterten Schutz der Schuldnerinnen vor missbräuchlichen  
956 Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erreichen.

957 **Ausschluss elektronischer Unterschriften abschaffen**

958 Wir Freie Demokraten wollen, dass digitale Instrumente zukünftig auch dort  
959 eingesetzt werden, wo dies gesetzlich bisher noch nicht erlaubt ist. So wollen  
960 wir, dass Schriftformerfordernisse weitestgehend beseitigt werden bzw.  
961 durchgehend elektronische Formen zugelassen werden (also auch etwa bei der  
962 Kündigung oder vertraglichen Auflösung von Arbeitsverhältnissen in § 626 BGB).

963 **IT- Mittelstand im Vergabeverfahren fördern**

964 Wir Freie Demokraten wollen, dass öffentliche Ausschreibungen im Bereich der in  
965 der Justiz eingesetzten Informationstechnologie mittelstandsfreundlich gestaltet  
966 werde, und wollen das gesetzliche Regelwerk darauf ausrichten. Zentralisierte  
967 Vergaben durch sogenannte Inhouse-Geschäfte dürfen den Mittelstand nicht  
968 benachteiligen und durch Vergaben an große amerikanische Unternehmen die  
969 digitale Souveränität im Bereich der Justiz gefährden. Stattdessen fordern wir  
970 eine Kompetenz des Bundesjustizministeriums bzw. des E-Justice-Rats zur  
971 Festlegung von verbindlichen Standards, an denen sich die Entwicklung von IT-  
972 Lösungen durch die mittelständische IT-Wirtschaft orientieren kann.

973 **Zügigere Einführung digitaler Systeme in Betrieben bei gleichzeitigem Schutz von**

974 **Arbeitnehmern**

975 Wir Freie Demokraten fordern, dass IT-technische Systeme in Betrieben  
976 mitbestimmungsfrei eingeführt und angewendet werden können, wenn der Arbeitgeber  
977 verbindlich und arbeitsgerichtlich durchsetzbar erklärt, dass keine personellen  
978 Einzelmaßnahmen wie z.B. Kündigungen oder Abmahnungen auf der Grundlage von  
979 systemgestützten Auswertungen des Verhaltens oder der Leistung von Arbeitnehmern  
980 getroffen werden.

981 **Aktienrechtliches Spruchverfahren reformieren**

982 Wir Freie Demokraten wollen das aktienrechtliche Spruchverfahren handhabbarer  
983 machen. Der Mehrheitsvergleich soll zugelassen werden. Eine Abfindung sollte  
984 auch in Aktien möglich sein. Auch bei der übernehmenden Gesellschaft eines  
985 Umwandlungsvorganges sollte das Spruchverfahren zugelassen werden. Damit  
986 Vergleiche im Spruchverfahren nicht durch einzelne Aktionäre blockiert werden  
987 können, um auf diesem Wege das Unternehmen unter Druck zu setzen, sollte der  
988 Mehrheitsvergleich zugelassen werden. Eine Abfindungsmöglichkeit in Aktien  
989 verhindert die teilweise Aufdeckung stiller Reserven (pro rata) bei einer  
990 Barabfindung der Aktionäre, die zu erheblicher Steuerbelastung der Unternehmen  
991 führen kann. Die Zulassung des Spruchverfahrens bei der übernehmenden  
992 Gesellschaft verhindert, dass einzelne Aktionäre Strukturmaßnahmen mit der  
993 Anfechtungsrüge blockieren können.

994 **Subsidiaritätsrüge in der EU wirkungsvoller machen**

995 Wir Freie Demokraten wollen die Fristen der nationalen Parlamente für eine  
996 Subsidiaritätsrüge gegenüber der EU-Kommission verlängern und die Quoren senken.  
997 Die Frist zur Stellungnahme von 8 Wochen, die ein nationales Parlament hat, um  
998 zu prüfen, ob ein Vorschlag der EU-Kommission für einen Gesetzgebungsakt dem  
999 Grundsatz der Subsidiarität widerspricht, ist zu kurz, um die häufig  
1000 umfangreichen Vorschläge prüfen zu können, sich ggf. mit den nationalen  
1001 Parlamenten anderer Mitgliedsstaaten abzustimmen, eine begründete Stellungnahme  
1002 zu erarbeiten und diese im nationalen Parlament zu verabschieden. Die Quoren für  
1003 die Anzahl der begründeten Stellungnahmen nationaler Parlamente, die notwendig  
1004 sind, damit die EU-Kommission veranlasst wird ihren Vorschlag ggf. zu  
1005 überarbeiten, sollten gesenkt werden. Die Subsidiaritätsrüge, die derzeit eher  
1006 ein „Schattendasein“ führt, sollte praktisch handhabbarer gemacht werden, um sie  
1007 als echtes Frühwarnsystem für die europäische Gesetzgebung nutzen zu können.

1008 **Europäische Digitalisierungsoffensive der öffentlichen Verwaltung durch  
1009 befristete Aussetzung des Vergaberechts starten**

1010 Wir Freie Demokraten wollen in Europa erreichen, dass das bestehende  
1011 Vergaberecht befristet ausgesetzt wird, um die Digitalisierung der öffentlichen  
1012 Verwaltung jetzt zügig voranzutreiben. Die öffentliche Verwaltung in Europa  
1013 braucht dringend weitere Digitalisierungsschübe. Mit der Digitalisierung der  
1014 meisten öffentlichen Verwaltungsprozesse kann bürokratischer Aufwand für die  
1015 Bürger verringert oder abgeschafft werden. Die Schnelligkeit, mit der die  
1016 Digitalisierung in Europa weiter vorangetrieben wird, ist auch ein Schlüssel für  
1017 die Investitionsbereitschaft in Europa. Das unübersichtliche und sehr  
1018 bürokratisch gewordene europäische Vergaberecht hemmt demgegenüber die

1019 notwendige Entwicklung. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für eine  
1020 befristete Aussetzung des Vergaberechts bei Digitalisierungsvorhaben  
1021 öffentlicher Auftraggeber ein.

#### 1022 Vereinfachung der Stimmabgabe für Auslandsdeutsche bei Wahlen

1023 Wir Freie Demokraten fordern die Vereinfachung der Stimmabgabe für  
1024 Auslandsdeutsche durch eine direkte Einbeziehung der Botschaften und, soweit  
1025 unter Einhaltung der Wahlgrundsätze möglich, durch die Nutzung digitaler  
1026 Kommunikationswege. Andere Länder ermöglichen es z.B. in den jeweiligen  
1027 Auslandsbotschaften zu wählen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die  
1028 Stimmabgabe in den deutschen Botschaften im Ausland ermöglicht wird und die  
1029 Wahlteilnahme, ggf. unter Einbeziehung digitaler Kommunikationswege für  
1030 Auslandsdeutsche vereinfacht wird. Geprüft werden soll zudem, ob die politische  
1031 Teilhabe der Auslandsdeutschen und ihrer Interessen gestärkt werden sollte,  
1032 indem ihnen eine angemessene demokratische Repräsentation durch die Einführung  
1033 von Auslandswahlkreisen gewährt wird.

#### 1034 Englisch als zweite Verwaltungssprache

1035 Wir Freie Demokraten wollen Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen.  
1036 Deutschland muss attraktiver für umworbene Fachkräfte aus dem Ausland werden.  
1037 Sprachbarrieren sind dafür ein wichtiger Faktor. Englischsprachige Angebote der  
1038 Verwaltung erleichtern die Kommunikation mit staatlichen Stellen nicht nur für  
1039 dringend benötigte Fachkräfte, sondern auch für internationale Unternehmen, die  
1040 in Deutschland investieren wollen.

#### 1041 Einführung eines Rotationsprinzips zur Stärkung der ressortübergreifenden 1042 Zusammenarbeit

1043 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines Rotationsmodells in der  
1044 öffentlichen Verwaltung, um die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und  
1045 anderen Verwaltungsebenen zu verbessern. Die aktuelle Praxis, bei der Beamte  
1046 ihre gesamte Karriere in einem einzigen Ministerium verbringen, verstärkt  
1047 Silodenken und reduziert die Effizienz und Effektivität der Regierungsarbeit.  
1048 Erfolgreiche Unternehmen zeigen, wie gezielte Mitarbeiterrotation den  
1049 Wissenstransfer und die Innovationsfähigkeit fördert. Diese bewährte Dynamik  
1050 sollte auch in der öffentlichen Verwaltung etabliert werden. Ein solches System  
1051 verbessert zudem nicht nur die Effektivität der Verwaltungsarbeit, sondern  
1052 schafft auch eine Kultur des Lernens und der Offenheit.

#### 1053 Modernisierung der Karrierewege und Entwicklung eines 'Expert-Tracks'

1054 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1055 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umfassende Modernisierung der  
1056 Karrierewege in der öffentlichen Verwaltung ein. Derzeit ist ein Aufstieg nur  
1057 durch die Übernahme von Führungsverantwortung und die Erweiterung des  
1058 thematischen Zuständigkeitsbereichs möglich. Wir wollen, dass die öffentliche  
1059 Verwaltung mehr Raum für fachliche Exzellenz bietet, besonders in technischen  
1060 Disziplinen. Dafür schlagen wir eine Flexibilisierung des öffentlichen  
1061 Dienstrechts und die Einführung eines 'Expert-Tracks' vor, der es Beamten  
1062 ermöglicht und teils auch fordert, berufliche Erfahrungen außerhalb der  
1063 Verwaltung zu sammeln. So wird sichergestellt, dass erworbene Expertise im

1064 Karriere- und Vergütungsmodell ihren Ausdruck findet.

1065 **Corona-Aufarbeitung**

1066 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1067 Die Corona-Pandemie hat unser Gesundheitswesen unvorbereitet getroffen und unser  
1068 Land auf die Probe gestellt. Dabei wurden Defizite und eine fehlende  
1069 Vorbereitung auf derartige Krisen deutlich. Das hat unsere Gesellschaft an die  
1070 Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus geführt. Viele Wunden sind noch  
1071 nicht verheilt. Die weit über das Maß hinausgehenden Grundrechtseingriffe, die  
1072 Schulschließungen mit deren unter anderem psychosozialen Auswirkungen sowie das  
1073 Alleinlassen von alten Menschen sind bisher ebenso wenig aufgearbeitet wie die  
1074 politischen Eingriffe in die wissenschaftliche Freiheit und die Gier von  
1075 Glücksrittern, die unser Land um Millionen Euro betrogen haben. All dies muss  
1076 gründlich aufgearbeitet werden. Wir Freie Demokraten fordern einen  
1077 Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um echte Aufklärung und Transparenz  
1078 durch ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten und Handlungsempfehlungen für  
1079 zukünftige Krisen zu geben.

1080 **Freie Berufe und unabhängige Selbstverwaltung**

1081 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Freien Berufe im  
1082 Gesundheitswesen stark bleiben. Die im Gesundheitswesen Tätigen und deren  
1083 Selbstverwaltung werden wir gegenüber staatsmedizinischen Eingriffen absichern.  
1084 Das bedeutet, dass die Fragen der Diagnostik, Therapie und der Kostenübernahme  
1085 von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch die Selbstverwaltung frei  
1086 von politischer Einflussnahme geregelt werden. Zu einer Stärkung der  
1087 flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die ungekürzte  
1088 Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss. Wir setzen uns  
1089 auch weiterhin für eine zwischen den beteiligten Akteuren verhandelten modernen  
1090 Gebührenordnungen der Freien Berufe im Gesundheitswesen ein.

1091 **Finanzierbare und generationengerechte Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung**

1092 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1093 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum dualen System aus gesetzlicher (GKV) und  
1094 privater (PKV) Krankenversicherung. In beiden Versicherungssystemen wollen wir  
1095 Wechsel- und Wahlfreiheit der Versicherten stärken. Um die ungebremste  
1096 Leistungsausgabenentwicklung in der GKV der vergangenen Jahre in den Griff zu  
1097 bekommen, sollen in Zukunft die Ausgaben nicht stärker wachsen als die  
1098 Einnahmen. Zu jedem Jahresende sind deshalb die Entwicklungen der Einnahmen  
1099 sowie die der Ausgaben nach den jeweiligen Leistungsbereichen zu analysieren und  
1100 gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Eine entsprechende Regelung verankern wir  
1101 im SGB V. Zusätzlich werden wir alle Leistungsausweitungen der letzten zehn  
1102 Jahre einem Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitscheck durch die  
1103 Selbstverwaltung unterziehen. Leistungen, die sich nicht bewährt haben, sollen  
1104 aus dem GKV-Leistungskatalog gestrichen werden. Um den Wettbewerb um Leistungen,  
1105 Qualität und Service zu stärken, setzen wir uns dafür ein, den Krankenkassen zu  
1106 ermöglichen, vom Leistungskatalog abzuweichen. Den Spielraum für Verträge  
1107 zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern wollen wir ausweiten, um  
1108 innovative Versorgungsformen zu ermöglichen. Mehr Anreize zu kostenbewusstem

1109 Verhalten können die finanzielle Belastung in der Gesetzlichen  
1110 Krankenversicherung (GKV) senken. Deshalb wollen wir in der GKV die  
1111 Beitragsrückerstattung als Standard für alle ermöglichen, die im Laufe eines  
1112 Kalenderjahres keine Gesundheitsleistungen – außer Vorsorge – in Anspruch  
1113 nehmen.

#### 1114 **Entbürokratisierung des Gesundheitswesens**

1115 Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens auch  
1116 in Zukunft weiter vorantreiben. Wir sehen in der überbordenden Bürokratie eine  
1117 erhebliche Belastung. Die Effizienz des Gesundheitssystems wird dadurch  
1118 erheblich beeinträchtigt. Entbürokratisierung bedeutet mehr Zeit für die  
1119 eigentliche Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten. Daher  
1120 setzen wir uns für eine „Bepreisung“ von Bürokratie- und Berichtspflichten ein.  
1121 Wer Bürokratie fordert, muss sie künftig auch bezahlen. So schaffen wir Anreize  
1122 für mehr Effizienz.

#### 1123 **Erkrankungen durch Prävention vermeiden**

1124 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1125 Jede Erkrankung, die durch Prävention vermieden wird, erhöht die Lebensqualität  
1126 der Menschen und senkt die Kosten für das Gesundheitssystem. Wir Freie  
1127 Demokraten fordern deshalb eine proaktive Präventionsstrategie. Insbesondere die  
1128 Primärprävention ist dabei ein entscheidender Faktor, um die Gesundheit der  
1129 Bevölkerung langfristig zu fördern. Die Digitalisierung bietet hierbei große  
1130 Chancen, zum Beispiel durch innovative Technologien wie Gesundheits-Apps,  
1131 Telemedizin und Wearables. Sie helfen dabei, das eigene Verhalten selbstbestimmt  
1132 anzupassen und dadurch Erkrankungen vorzubeugen. Wer Vorsorge betreibt, sich  
1133 bewegt, an Früherkennungsprogrammen teilnimmt oder sich zum Beispiel impfen  
1134 lässt, verursacht insgesamt weniger Ausgaben für seine Krankenkasse. Deshalb  
1135 wollen wir den Krankenkassen ermöglichen, für diese Versicherten einen  
1136 reduzierten Zusatzbeitrag einzuführen.

#### 1137 **Digitalisierung im Gesundheitswesen weiter vorantreiben**

1138 Die Digitalisierung des Gesundheitswesens kommt erst langsam in Fahrt. Wir  
1139 wollen das Tempo beschleunigen und in die europäische Spitzengruppe aufrücken.  
1140 Telemedizin soll insbesondere für Bagatellerkrankungen Teil der Regelversorgung  
1141 werden. Für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten müssen ihre  
1142 Gesundheitsdaten den Akteuren der Gesundheitsversorgung umfassend und in  
1143 Echtzeit vorliegen. Alle Daten müssen auch der am Patientenwohl orientierten  
1144 Forschung zur Verfügung stehen. Die Patienten können über eine Schnittstelle in  
1145 der elektronischen Patientenakte Informationen zu für sie relevante Forschung  
1146 und Studien erhalten.

#### 1147 **Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln sicherstellen**

1148 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1149 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und Patienten in  
1150 Deutschland frühzeitig Zugang zu nutzbringenden und innovativen Arzneimitteln  
1151 erhalten. Dafür wollen wir den Produktions- und Forschungsstandort in  
1152 Deutschland stärken. Damit Medikamente schneller auf den Markt kommen, wollen

1153 wir Zulassungsverfahren beschleunigen, die Regeln der Nutzenbewertung und der  
1154 Preisverhandlungen überprüfen und bürokratische Hürden abbauen, ohne Kompromisse  
1155 bei der Patientensicherheit zu machen. Therapieerfolge wollen wir besonders  
1156 vergüten. Lieferengpässe darf es nicht mehr geben. Deshalb setzen wir uns für  
1157 eine Rückverlagerung der Produktion wichtiger Arzneimittel nach Deutschland und  
1158 Europa ein. Hierfür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

#### 1159 **Starke Apotheken**

1160 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1161 Für eine gute Versorgung mit Arzneimitteln brauchen wir starke Apotheken. Sie  
1162 benötigen Voraussetzungen, unter denen sie wirtschaftlich arbeiten können. Dazu  
1163 gehören faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Vor-Ort-Apotheken und dem  
1164 Versandhandel. Dafür wollen wir sorgen. Lieferengpässe darf es nicht mehr geben.  
1165 Deshalb setzen wir uns für eine Rückverlagerung der Produktion wichtiger  
1166 Arzneimittel nach Deutschland und Europa ein. Hierfür wollen wir die nötigen  
1167 Rahmenbedingungen schaffen.

#### 1168 **Innovationen in Gesundheitswirtschaft und Pharma**

1169 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1170 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine zukunftsorientierte, digitalisierte und  
1171 wettbewerbsfähige Gesundheitswirtschaft ein. Dies verbessert sowohl die  
1172 Versorgung der Patientinnen und Patienten als auch die Wettbewerbsfähigkeit  
1173 Deutschlands als Standort für Gesundheitswirtschaft. Dabei ist ein Schwerpunkt  
1174 auf die Forschungsförderung zu setzen. Unser Ziel muss es sein, bürokratische  
1175 Prozesse zu reduzieren und gleichzeitig eine personalisierte und moderne  
1176 Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Um private Investitionen auch künftig  
1177 aufzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass geistiges Eigentum im Patentrecht  
1178 strikt geschützt bleiben.

#### 1179 **Medizinische Versorgungsstrukturen verbessern**

1180 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1181 Wir Freie Demokraten wollen die Gesundheitsversorgung umfassend, regional und  
1182 patientenzentriert gestalten. Um Fehl-, Unter- und Überversorgung zu verhindern,  
1183 werden wir dafür sorgen, die Behandlungspfade von Patientinnen und Patienten zu  
1184 optimieren. Dafür werden wir Anreize im Gesundheitssystem setzen. Wir wollen  
1185 künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären  
1186 Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller  
1187 Versorgungsbereiche weiterentwickeln. In der ambulanten Versorgung setzen wir  
1188 uns für ein Primärärztsystem als neuen Standard ein. Die Primärärztin oder der  
1189 Primärarzt sind erste Ansprechpartner und helfen bei der Koordination der  
1190 passenden Behandlung. Das verhindert Wartezeiten. So können künftig auch  
1191 kostenintensive Doppeluntersuchungen reduziert werden. Versicherte, die an der  
1192 Primärarztversorgung nicht teilnehmen möchten, können für einen  
1193 einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag im bisherigen System bleiben.

#### 1194 **Für eine wohnortnahe Krankenhausversorgung**

1195 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1196 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wohnortnahe Krankenhausversorgung im

1197 ländlichen Raum und in der Stadt ein. Dabei wollen wir spezialisierte und damit  
1198 bessere Angebote vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und  
1199 Pflegekräfte entlasten. Die begonnenen Reformen, die zu mehr Qualität und  
1200 Effizienz führen, wollen wir fortsetzen. Im Notfall benötigen alle schnell und  
1201 kompetent eine gute Versorgung. Schnittstellenprobleme und Zuständigkeitsfragen  
1202 verhindern jedoch die bestmögliche Behandlung. Volle Notaufnahmen zeugen davon.  
1203 Krankenhäuser, Ärzte und der Rettungsdienst müssen deshalb besser vernetzt,  
1204 integriert und koordiniert werden. Das wollen wir mit einer Notfallreform  
1205 erreichen.

#### 1206 **Psychische Gesundheit**

1207 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1208 Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität,  
1209 Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Wir Freie Demokraten setzen uns für die  
1210 Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ein. Niedrigschwellige, digitale  
1211 Angebote wollen wir voranbringen, denn nicht jeder oder jede Einzelne braucht  
1212 sofort eine umfangreiche Therapie. Wartezeiten auf einen Therapieplatz wollen wir  
1213 durch Entbürokratisierung reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern,  
1214 Prävention und Aufklärung stärken. Die Ausbildung der psychologischen  
1215 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir weiterentwickeln und die  
1216 Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erhöhen.  
1217 Ebenso wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie  
1218 schaffen. Schulpsychologische Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche  
1219 wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder  
1220 Schule verfügbar sein. So sorgen wir dafür, dass Betroffenen schneller und  
1221 individueller geholfen werden kann.

#### 1222 **Sucht- und Drogenpolitik: Schadensminderung und Prävention statt Strafe**

1223 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1224 Mit einer faktenbasierten, präventiven Drogenpolitik möchten wir Freie  
1225 Demokraten Menschen zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Suchtmitteln  
1226 befähigen. Anstatt Konsumverhalten zu kriminalisieren, setzen wir auf  
1227 zielgruppenspezifische Aufklärung, das Prinzip der Schadensminderung und  
1228 Stärkung der Gesundheitskompetenz. Bei Cannabis haben wir bereits einen  
1229 entscheidenden ersten Schritt gemacht, der hilft, den Schwarzmarkt einzudämmen  
1230 und zugleich Qualität und Jugendschutz zu sichern. Wir halten deshalb an der  
1231 Cannabis-Legalisierung fest. Die FDP steht für einen sicheren, sachlichen Umgang  
1232 mit Suchtmitteln für persönliche Freiheit und Eigenverantwortung durch  
1233 Prävention und gestärkte Gesundheitskompetenz.

#### 1234 **Geschlechtsspezifische Gesundheit**

1235 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1236 Wir Freie Demokraten wollen eine geschlechtsspezifische Versorgung, um optimale  
1237 Diagnosen, Behandlungen und Prävention für alle sicherzustellen. Erkrankungen  
1238 treten bei Männern und Frauen mit unterschiedlichen klinischen Ausprägungen, in  
1239 unterschiedlicher Häufigkeit und zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf. Diese  
1240 Unterschiede müssen eine bessere Berücksichtigung in der Versorgung finden.  
1241 Deshalb setzen wir uns für einen geschlechtersensiblen Forschungsansatz ein.

1242 Zudem wollen wir sicherstellen, dass geschlechterspezifische Medizin keine rein  
1243 akademische Diskussion bleibt, sondern Eingang in die breite Versorgung findet.  
1244 Dazu wollen wir den Wissenstransfer bei Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und  
1245 allen anderen Heilberufen über Aus- und Weiterbildung vorantreiben. Darüber  
1246 hinaus wollen wir gewährleisten, dass sich bestehende geschlechtsspezifische  
1247 Unterschiede nicht in digitalen Anwendungen und neuen Technologien wie z.B. beim  
1248 Einsatz von KI reproduzieren. So heben wir das Potenzial, die Versorgung für  
1249 alle zu verbessern.

#### 1250 **Pflegeversorgung sicherstellen**

1251 Wir Freie Demokraten sichern als drängende Priorität die Pflegeversorgung. Viele  
1252 Anbieter stehen vor wirtschaftlichen Problemen. Das Finden einer  
1253 Pflegeversorgung ist schwierig. Viele Pflegefachkräfte scheiden absehbar aus dem  
1254 Dienst aus. Gleichzeitig werden immer mehr Menschen pflegebedürftig. Der  
1255 politische Fokus muss auf Versorgungssicherheit liegen. Wir stärken den  
1256 Pflegeeinrichtungen den Rücken, indem die Pflegesatzverhandlungen schneller und  
1257 einfacher werden. Wir bauen Bürokratie entschieden ab. Doppelte Regelungen und  
1258 Dokumentationen - auch zwischen Landes- und Bundesrecht - werden abgebaut.  
1259 Prüfungen, wie die Begutachtung des Medizinischen Dienstes und der Heimaufsicht,  
1260 stimmen wir so aufeinander ab, dass der Aufwand reduziert wird. Von einer  
1261 sicheren Versorgung profitieren Pflegebedürftige und ihre Angehörige.

#### 1262 **Vielfalt in der Pflege bewahren und fördern**

1263 Wir Freien Demokraten bekennen uns zu einer Versorgungslandschaft, in der  
1264 private, öffentliche und kirchliche Träger gleichwertig nebeneinanderstehen.  
1265 Gerade private Anbieter - auch insbesondere mittelständische und  
1266 familiengeführte - haben in den letzten Jahren eine Vielzahl attraktiver  
1267 Angebote entwickelt und tragen so maßgeblich zur Versorgungssicherheit und -  
1268 qualität bei. Ohne private Anbieter wäre die Sicherstellung der Versorgung  
1269 derzeit nicht nur unmöglich, auch würde das vielfältige Angebot wegfallen, aus  
1270 dem die Betroffenen wählen können. Staatliche Restriktionen und eine  
1271 überbordende Bürokratie zum Nachteil privater Anbieter lehnen wir entschieden  
1272 ab. Außerdem braucht es mehr Offenheit für innovative Versorgungsformen und  
1273 faire Wettbewerbs- und Markteintrittsbedingungen für alle.

#### 1274 **Pflegeversicherung generationengerecht für alle**

1275 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

1276 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine generationengerechte Pflegeversicherung  
1277 ein. Pflegebedürftige müssen sich auf eine stabile Pflegeversicherung verlassen  
1278 können, ohne die junge Generation finanziell zu überfordern. Hierzu stärken wir  
1279 das bestehende Teilleistungssystem durch mehr Kapitaldeckung. Wir entwickeln den  
1280 Pflegevorsorgefonds weiter. Ein größerer Anteil der Beiträge soll langfristig,  
1281 renditeorientiert und vor politischen Eingriffen geschützt angelegt werden. Der  
1282 Kapitalstock steht als jahrgangsspezifische Finanzierungsquelle der  
1283 Pflegeausgaben zu Verfügung. So bewahren wir das Leistungsniveau und verhindern  
1284 explodierende Beiträge. Versicherungsfremde Leistungen sollen sukzessive aus dem  
1285 Bundeshaushalt finanziert werden.

#### 1286 **Boost für betriebliche und private Pflegevorsorge**

1287 Wir Freie Demokraten wollen die betriebliche und private Pflegevorsorge stärken.  
1288 Das Risiko von Pflegebedürftigkeit schätzen viele Menschen fälschlicherweise als  
1289 abstraktes und weit entferntes Risiko ein. Um die wichtige Vorsorge für den  
1290 Pflegefall in der Gesellschaft zu stärken, braucht es einen Vorsorge-Boost.  
1291 Hierzu wollen wir betriebliche und private Pflegezusatzversicherungen zur  
1292 Absicherung der Pflegelücke von Steuern und Abgaben befreien bzw. als steuerlich  
1293 abzugsfähig definieren. So behandeln wir betriebliche und private  
1294 Pflegevorsorgen genau wie die Krankenversicherung und Betriebsrenten  
1295 unkompliziert und unbürokratisch.

#### 1296 **Liberales Pflegebudget einführen**

1297 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung des Liberalen Pflegebudgets. Hierzu  
1298 wollen wir bestehende Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein  
1299 monatliches Pflegebudget bündeln, über das unbürokratisch und transparent  
1300 verfügt werden kann. So kann jede Person selbst und ohne viel Aufwand  
1301 entscheiden, welche Unterstützungs- und Pflegeleistungen bei der Gestaltung des  
1302 Alltags am besten sind. Den Pflegegrad 1 richten wir dabei auf den Schwerpunkt  
1303 der Prävention aus, damit frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um einer  
1304 Verschlechterung der Pflegesituation vorzubeugen.

#### 1305 **Pflegende Angehörige in den Fokus rücken**

1306 Wir Freie Demokraten wollen, dass pflegenden Angehörigen der Respekt zukommt,  
1307 den sie als größte Gruppe Pfleger verdient. Pflegende Angehörige sind eine  
1308 tragende Säule der pflegerischen Versorgung. Unser Ziel ist es, Erwachsenen, die  
1309 ihre Angehörigen zuhause pflegen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu  
1310 erleichtern und den Alltag von lähmender und kleinteiliger Bürokratie zu  
1311 befreien. Für akute Entlastung sorgen wollen wir durch einen deutlichen Ausbau  
1312 von Kurzzeitpflegeplätzen. Bestehende Regelungen wie das  
1313 Pflegeunterstützungsgeld für Arbeitnehmer sollen auch für Selbstständige gelten.  
1314 Den Entlastungsbetrag für Haushaltsnahe Dienstleistungen wollen wir zugänglicher  
1315 machen.

#### 1316 **Heldenprogramm für pflegende Kinder**

1317 Wir Freie Demokraten nehmen pflegende Kinder in den politischen Fokus. Hierzu  
1318 initiieren wir ein Helden-Programm für die über 500.000 Kinder und Jugendlichen,  
1319 die eine Familienmitglied pflegen. Diese Kinder sind echte Pflege-Helden.  
1320 Bisher konnten sie sich nicht auf den Staat verlassen. Doch wir Freien  
1321 Demokraten wollen diesen Kindern alle Chancen und mehr Sichtbarkeit geben. Die  
1322 Belastung zu Hause soll ihnen die eigene Zukunft nicht erschweren. Hierzu  
1323 braucht es passgenaue und kindgerechte Unterstützungsangebote und mehr  
1324 Sensibilität und Sichtbarkeit für diese besondere Lebenssituation.

#### 1325 **Vertrauenskultur und Digitalisierungsschub in der Pflege**

1326 Wir Freie Demokraten wollen die Misstrauenskultur gegenüber pflegenden  
1327 Angehörigen, Pflegefachkräften und Pflegeeinrichtungen beenden. Um doppelte  
1328 Dokumentationspflichten, wiederholte Nachweispflichten und absurde bürokratische  
1329 Vorgaben abzubauen, braucht es mehr Vertrauen und einen Schub für die  
1330 Digitalisierung. Hierzu wollen wir zum Beispiel die Videotelefonie der  
1331 Pflegebegutachtung ausbauen und Automatisierungen und Robotik dort ermöglichen,

1332 wo es sinnvoll ist. Digitale Pflegeanwendungen müssen schneller zugelassen und  
1333 erprobt werden.

#### 1334 **Pflegepersonal stärken**

1335 Wir Freie Demokraten stärken das Pflegepersonal. Die Pflegeausbildung muss mit  
1336 Blick auf die Zukunft gestaltet werden. Wir wollen mehr digitale Inhalte, eine  
1337 Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte  
1338 Durchlässigkeit in Pflegeberufen. Aus den 27 verschiedenen  
1339 Ausbildungsverordnungen für Pflegeassistenten machen wir eine einjährige  
1340 bundeseinheitliche Ausbildung. Denn für bessere Arbeitsbedingungen braucht es  
1341 insbesondere mehr Kollegen. Da viele Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen  
1342 den Beruf vorzeitig verlassen müssen, nehmen wir sowohl die psychische als auch  
1343 physische Unterstützung ernst. Wichtig ist uns dabei stets, die beruflich  
1344 Pflegenden an zentraler Stelle in die Erarbeitung der nötigen Reformen  
1345 einzubinden und so ihre fachliche und praktische Expertise zu nutzen.

#### 1346 **Fast-Track bei der Fachkräfteeinwanderung in der Pflege**

1347 Wir Freie Demokraten wollen die Erwerbseinwanderung qualifizierter Fachkräfte  
1348 aus dem Ausland verbessern. Der Flaschenhals ist eine viel zu bürokratische,  
1349 langwierige und kostenintensive Berufsankennung. Die Pflege kann sich diese  
1350 restriktive Haltung und überzogenen Hürden in der aktuellen Versorgungskrise mit  
1351 zunehmend wegbrechenden Versorgungsstrukturen nicht weiter erlauben. Als FDP  
1352 fordern wir deshalb eine sogenannte Vermutungsregelung der Pflegefachkräfte, die  
1353 über mehrere Jahre, akademisch oder beruflich ausgebildet wurden und mit den zur  
1354 Berufsausübung erforderlichen Deutschkenntnisse verfügen. Statt auf  
1355 langandauernde Prüfungen zu bestehen, dürfen bei Ländern mit hoher beruflicher  
1356 Anerkennungsquote, Kompetenzen auch direkt angenommen werden und ggf. in der  
1357 Praxis oder im Nachgang überprüft werden.

#### 1358 **Mehr Raum für Rehabilitation lassen**

1359 Wir Freien Demokraten messen der Rehabilitation mehr Priorität zu und stärken  
1360 die Gedanken „Reha vor Pflege“ und „Reha vor Rente“. Eine gute und  
1361 bedarfsgerechte Rehabilitation ist ein Garant, um Menschen wieder erwerbsfähig  
1362 zu machen oder Pflegebedürftigkeit zu verringern oder gar zu verhindern. Die  
1363 Beantragungen sind jedoch hochkomplex und müssen deutlich vereinfacht werden.  
1364 Hierzu müssen auch die Schnittstellen zwischen verschiedenen Leitungssysteme  
1365 abgebaut werden, damit sich Betroffene besser im Sozialstaat zurechtfinden. Auch  
1366 sollte es bei der Pflegebegutachtung leichter sein, Rehabilitation zu  
1367 verordnen. Einrichtungen der Rehabilitation ermöglichen wir auch als Träger  
1368 Pflegefachkräften auszubilden. So begegnen wir dem Fachkräftemangel in der Reha  
1369 und bringen mehr Reha-Know-How in die Pflege.

#### 1370 **Hospiz- und Palliativversorgung sichert Würde**

1371 In Würde und selbstbestimmt zu sterben ist eines der höchsten Güter im Leben,  
1372 dem wir uns verpflichtet fühlen. Die Kombination aus Ehrenamt und  
1373 professioneller pflegerischer und medizinischer Versorgung in der  
1374 Palliativversorgung ist beispiellos. Der Versorgungsbedarf ist jedoch unbekannt.  
1375 Wir wollen daher zunächst eine umfassende bundesweite Bedarfsanalyse initiieren  
1376 und darauf aufbauen Ehrenamt und Versorgung bedarfsgerecht ausgestalten sowie

1377 das Hospiz- und Palliativgesetz weiterentwickeln. Die vielen ehrenamtlichen  
1378 Strukturen wollen wir erhalten.

Table Briefings

## Antrag M004: Module AG 4: Freiheit und Menschenrechte weltweit

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundesvorstand möge beschließen:

### 1 **Module AG 4: Freiheit und Menschenrechte weltweit**

#### 2 **Kein Zaudern – damit die Ukraine ihren Verteidigungskampf gewinnt**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Wir Freie Demokraten wollen die Ukraine in ihrem – auch für uns geführten –  
5 Freiheits- und Verteidigungskampf gegen Russland mit allen notwendigen Waffen  
6 und Munition ohne weitere Verzögerungen und ohne Reichweitenbeschränkung  
7 ausstatten. Echten Frieden in Europa wird es nur geben, wenn Putin mit seinem  
8 aggressiven Kurs keinen Erfolg hat. Die Ukraine muss in die Lage versetzt  
9 werden, sich jederzeit gegen russische Angriffe verteidigen zu können. Dazu  
10 zählt für uns auch die Verteidigung gegen Abschussbasen und Nachschublinien auf  
11 russischer Seite mit weitreichenden Waffen. Insbesondere fordern wir die  
12 unverzügliche Lieferung und Nachbeschaffung des Marschflugkörpers Taurus. Die  
13 Ausbildung ukrainischer Streitkräfte wollen wir in Deutschland fortsetzen. Wir  
14 setzen uns dafür ein, eine auskömmliche, dauerhafte und gerecht verteilte  
15 Finanzierung der Unterstützung der Ukraine innerhalb der NATO/EU/G7-Staaten  
16 insbesondere auch durch die Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte  
17 zu erreichen. Die Verteidigung der Ukraine darf nicht am Geld oder an  
18 Waffenlieferungen scheitern, da ein russischer Sieg in jedem Fall teurer wäre,  
19 weil er die Stabilität und Sicherheit Europas mittel- und langfristig massiv  
20 gefährden würde. Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Anspruch auf vollständige  
21 Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität. Gleichzeitig unterstützen wir  
22 die Aufnahme der Ukraine in die NATO und die zügige Fortführung der EU-  
23 Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine.

#### 24 **Russland muss die Souveränität aller Staaten in Europa achten**

25 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

26 Wladimir Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Wir Freie Demokraten  
27 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das  
28 Schärfste. Die russische Regierung muss ihre Streitkräfte abziehen und die  
29 territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine sowie  
30 aller Staaten in Mittel- und Osteuropa innerhalb ihrer von 1991 international  
31 anerkannten Grenzen ohne Einschränkung achten. Russische Kriegsverbrechen und  
32 Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen ebenso wie das Aggressionsverbrechen  
33 strafrechtlich verfolgt werden. Wir setzen uns konsequent für ein möglichst  
34 umfangreiches Handelsembargo und weitere Sanktionen, diplomatische und  
35 Visamaßnahmen gegen die russische Führung und weitere Verantwortliche ein. Auch  
36 Drittstaaten, die Sanktionen umgehen, müssen mit wirksamen Maßnahmen, u.a.  
37 Sekundarsanktionen zum Einlenken gebracht werden.

38 **Konsequenter Umgang mit Putins Russland**

39 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

40 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen EU-weiten Ausstiegsplan aus russischen  
41 Energiekäufen ein. Die Nord-Stream 1 und 2 Pipelines waren von Anfang an ein  
42 geopolitisches Instrument Putins zur Erhöhung der deutschen Energieabhängigkeit  
43 von Russland und zur Spaltung der EU. Putins Russland ist zum Gegner geworden,  
44 dessen feindseliges Verhalten uns größte Entschlossenheit abverlangt. Der  
45 Bedrohung durch Putins Russland müssen wir Diplomatie und militärische Stärke  
46 entgegensetzen. Alle Mitglieder der russischen Zivilgesellschaft, die sich  
47 innerhalb oder außerhalb Russlands für ein freies, ein demokratisches, ein  
48 friedliches Russland einsetzen, sind unsere Partner und bedürfen unserer  
49 Unterstützung. Ziel bleibt ein sicheres Europa durch Russlands Rückkehr zur  
50 europäischen Friedensordnung.

51 **Für eine strategischere Chinapolitik**

52 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

53 Xi Jinping und die Kommunistische Partei regieren die Volksrepublik China  
54 diktatorisch, beschneiden Menschen- und Bürgerrechte systematisch und agieren  
55 international immer aggressiver. Das belastet unsere Beziehungen, denn wir  
56 wollen friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit dem chinesischen Volk.  
57 Da sich China unter Präsident Xi zunehmend zu einem systemischen Rivalen  
58 entwickelt, und Russlands Krieg gegen die Ukraine entscheidend unterstützt, muss  
59 sich auch unsere China-Politik weiter verändern. Wir Freie Demokraten setzen uns  
60 mit unseren europäischen, transatlantischen und internationalen Partnern für  
61 eine strategische Chinapolitik ein, die den geopolitisch aggressiven Kurs Chinas  
62 eindämmt. Deutschland muss in Europa mehr Verantwortung übernehmen, damit für  
63 die USA mehr Kapazitäten im Indopazifik frei werden. Wir unterstützen  
64 zielgerichtete EU-Sanktionen gegen chinesische Offizielle, die für  
65 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Die Verbrechen an den Uiguren  
66 und Tibetern sowie die brutale Unterdrückung der Demokratie und Freiheitsrechte  
67 in Hongkong sind für uns durch nichts zu rechtfertigen.

68 **Abhängigkeiten von China reduzieren**

69 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

70 Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China sind tief und komplex.  
71 Wir wollen diese so weit wie sinnvoll beibehalten und müssen gleichzeitig  
72 wirtschaftliche Abhängigkeiten identifizieren und reduzieren. Kritische  
73 Abhängigkeiten von Importen aus China in sicherheitsrelevanten Bereichen und in  
74 Schlüsselbereichen der Wirtschaft für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit müssen  
75 durch 'de-risking' abgebaut werden. Hierfür sind bessere Rahmenbedingungen für  
76 Unternehmen zur Diversifizierung zu schaffen, insbesondere neue Handelsabkommen.  
77 Deutschland und die EU müssen der subventionierten Überproduktion der  
78 chinesischen Wirtschaft strategisch entgegentreten und eine Deindustrialisierung  
79 Deutschlands und Europas verhindern. Kritische Infrastruktur muss wirksam vor  
80 chinesischer Einflussnahme geschützt werden. Dafür wollen wir das  
81 Außenwirtschaftsrecht und die EU-Investitionskontrolle verschärfen. Wir Freie  
82 Demokraten lehnen die Ratifizierung von CAI, das Investitionsabkommen zwischen

83 der EU und China, ab, solange die chinesischen Sanktionen gegen EU-  
84 Organisationen und nationale sowie europäische Abgeordnete in Kraft sind und die  
85 Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Uiguren und weitere Minderheiten  
86 fortauern.

### 87 **Kampfansage gegen illegale Produkte aus China**

88 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

89 Wir Freie Demokraten fordern, der Schwemme illegaler Billigprodukte aus China  
90 europaweit den Kampf anzusagen. Der Vielzahl nicht regelkonformer Produkte, die  
91 jedes Jahr auf dem europäischen Binnenmarkt ankommen, muss mit harter  
92 Durchsetzung geltenden Rechts, wie dem Digital Services Act, aber auch mit einer  
93 besseren Koordinierung von Marktüberwachungs- und Zollbehörden in Europa und  
94 Deutschland begegnet werden. Zudem wollen wir den Zoll umfassen digitalisieren,  
95 um ihn effizienter zu machen. Jedes Jahr überschwemmen 400 Millionen Pakete mit  
96 chinesischen Billigprodukten den deutschen Markt. Der Großteil dieser Produkte  
97 ist nicht kompatibel mit geltenden Regeln und Normen in Deutschland und der EU.  
98 Dies führt sowohl zu ernsthaften Gefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher  
99 als auch zu unfairem Wettbewerb zuungunsten europäischer Hersteller, die sich an  
100 die Regeln und Normen halten. Sichere Produkte, faire Wettbewerbsbedingungen und  
101 ein Level Playing Field bleiben unabdingbare Voraussetzungen für Freien Handel  
102 und offene Märkte zum Wohle unserer Wirtschaft.

### 103 **Das demokratische Taiwan unterstützen**

104 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

105 Wir Freie Demokraten unterstützen die demokratische und rechtsstaatliche  
106 Entwicklung in Taiwan und befürworten Taiwans Einbindung in internationale  
107 Organisationen, soweit dies unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung  
108 erfolgen kann. In diesem Rahmen streben wir auch ein Freihandels- und  
109 Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan an. Wir wollen gemeinsam mit der  
110 EU den Ausbau der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen  
111 vorantreiben. Eine Vereinigung Chinas und Taiwans darf nur im friedlichen  
112 Konsens erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger Taiwans müssen die Möglichkeit  
113 erhalten, eine freie Entscheidung über ihre politische Zukunft zu treffen.  
114 Militärische Drohgebärden Chinas verurteilen wir scharf. Eine einseitige  
115 Änderung des Status Quo in der Straße von Taiwan lehnen wir entschieden ab.  
116 Zudem betonen wir Freie Demokraten die Freiheit der Schifffahrt, auch in der  
117 Straße von Taiwan und dem Roten Meer, die für internationale Handelsrouten  
118 essentiell ist. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ein EU-Engagement für freie  
119 und sichere Handelsrouten.

### 120 **Koordinierte Politik statt Silo-Denken: Nationalen Sicherheitsrat einsetzen**

121 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

122 Nach dem Vorbild unserer engsten Verbündeten und im Sinne einer vernetzten  
123 Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik wollen wir Freie Demokraten einen  
124 Nationalen Sicherheitsrat einrichten, um Risiken frühzeitig ressortübergreifend  
125 und gemeinsam mit gut ausgestatteten Nachrichtendiensten zu identifizieren, eine  
126 kohärente Entscheidungsfindung zu ermöglichen und gemeinsam Strategien zu  
127 entwickeln. Wir wollen eine werte- und interessen geleitete deutsche Außen-,

128 Verteidigungs- und Entwicklungspolitik aus einem Guss. Deutschland muss sein  
129 internationales Handeln strategisch und institutionell einheitlicher aufstellen,  
130 um auf die komplexen globalen Herausforderungen reagieren und international mehr  
131 Verantwortung in der Welt übernehmen zu können. Deshalb hat die Bundesregierung  
132 auf Initiative der FDP in der letzten Legislaturperiode die erste Nationale  
133 Sicherheitsstrategie beschlossen. Die neue Bundesregierung muss spätestens ein  
134 Jahr nach Amtsantritt ihre Nationale Sicherheitsstrategie für die kommende  
135 Legislaturperiode vorlegen. Auch um diese Strategie kontinuierlich  
136 weiterzuentwickeln und umzusetzen, benötigen wir endlich einen Nationalen  
137 Sicherheitsrat. Wir wollen außerdem die Funktion eines Nationalen  
138 Sicherheitsberaters (NSB) schaffen und damit sicherstellen, dass die  
139 Bundesregierung künftig in Krisensituationen zielgenauer, koordinierter und  
140 schneller Entscheidungen fällt. Politische Arbeitsgrundlage des NSB soll dabei  
141 vor allem die Strategische Vorausschau der Bundesregierung sein.

#### 142 **Solidarität mit Israel und Frieden im Nahen Osten**

143 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

144 Die Sicherheit und die Existenz des jüdischen Staates Israels sind für uns Freie  
145 Demokraten ein unverzichtbarer Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.  
146 Als Herkunftsland der Täter der Shoah trägt Deutschland eine besondere  
147 historische Verantwortung für die Sicherheit Israels. Daher muss Deutschland  
148 Israel alles zur Verfügung stellen, was es für sein völkerrechtlich verbrieftes  
149 Recht auf Selbstverteidigung braucht. Israel muss bei Rüstungsexporten mit den  
150 NATO-Staaten gleichgestellt werden. Ebenso wollen wir die wirtschaftlichen und  
151 zivilgesellschaftlichen Beziehungen intensivieren. Israels hat das Recht auf  
152 Verteidigung seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes gegen antisemitischen  
153 Terrorismus. Gleichzeitig darf die humanitäre Notlage der palästinensischen  
154 Zivilbevölkerung, die von der Hamas rücksichtslos als Schutzschild benutzt wird,  
155 nicht ignoriert werden. Wir treten für ein verhandeltes und mit unseren Partnern  
156 sowie allen relevanten Staaten der Region abgestimmtes Zwei-Staaten-Modell als  
157 geeignetste Lösung ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des  
158 demokratischen Staates Israel zu garantieren und andererseits die Schaffung  
159 eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu  
160 ermöglichen. Deutschland muss aktiv dazu beitragen, dass die EU wieder zu einem  
161 diplomatischen Akteur mit den USA und anderen Partnern auf der Suche nach einer  
162 langfristigen politischen Friedenslösung für den Nahen Osten wird.

#### 163 **Transatlantische Zusammenarbeit intensivieren**

164 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

165 Wir Freie Demokraten sind überzeugte Transatlantiker und sehen uns der deutsch-  
166 amerikanischen Freundschaft verpflichtet, unabhängig davon, wer im Weißen Haus  
167 regiert. Wir wollen die Beziehungen zu den USA und Kanada in allen Bereichen  
168 weiter intensivieren. Die USA sind und bleiben auch nach der Wiederwahl Trumps  
169 unser engster Verbündeter außerhalb Europas. Deutschland, die EU und die USA  
170 müssen globale Herausforderungen gemeinsam angehen und Abschottungsbestrebungen  
171 entgegenwirken. Wir Freie Demokraten fordern, dass Deutschland und die EU der  
172 Trump-Administration selbstbewusst begegnen, auf allen Ebenen die Zusammenarbeit  
173 weiterentwickelt und sich für den Ausbau der transatlantischen

174 Handelsbeziehungen einsetzen, etwa durch sektorale Abkommen (z.B. einem  
175 Industriezölle-Abkommen), einer Institutionalisierung des TTC sowie einem  
176 gemeinsamen Vorgehen im Bereich der Wirtschaftssicherheit. Besonderer Fokus muss  
177 darauf liegen, eine Lösung für die bis Frühjahr 2025 ausgesetzten Zölle auf  
178 Stahl und Aluminium zu finden. Zudem wollen wir den europäischen Pfeiler der  
179 NATO und damit das gesamte Bündnis stärken, um den aktuellen geopolitischen  
180 Umbrüchen gerecht zu werden und der amerikanischen Regierung zu signalisieren,  
181 dass wir bereit sind, unseren Anteil der Last zu tragen.

#### 182 **Menschenrechte weltweit schützen und stärken**

183 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Charta der Vereinten Nationen, der  
184 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Genfer Flüchtlingskonvention  
185 und wollen, dass Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung konsequenter  
186 geahndet werden. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit mit den  
187 Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und  
188 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen (VN) stärken. Dazu  
189 gehört auch, bestehendes Recht in Deutschland, Europa und der Welt konsequent  
190 anzuwenden. Wir setzen uns für die Anwendung des EU-Rechtsstaatsmechanismus ein  
191 und dafür, dass die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie die Istanbul-  
192 Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von den Vertragsstaaten  
193 konsequent umgesetzt werden. Menschenrechtsverteidigerinnen und  
194 Menschenrechtsverteidiger müssen auch in Deutschland vor transnationaler  
195 Repression geschützt werden.

#### 196 **LSBTIQ-Rechte weltweit verteidigen**

197 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

198 Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ-Menschen und Menschenrechtsverteidiger  
199 wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden  
200 Minderheiten und Gruppen weiter erreicht, etwa indem wir mit regierungsfernen  
201 Partnern arbeiten und notfalls die Einhaltung von Budgethilfen prüfen oder die  
202 Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen soweit wie möglich minimieren.

#### 203 **Mehr Freihandelsabkommen zum Schutz unserer wehrhaften Demokratie**

204 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

205 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, ausgehandelte EU-Freihandelsabkommen  
206 sowie laufende Verhandlungen zügig abzuschließen und weitere Abkommen zur  
207 Stärkung unserer Wirtschaft und Handlungsfähigkeit auf den Weg zu bringen. Der  
208 gegenwärtige Systemwettbewerb erfordert es, Handelsbeziehungen stärker  
209 geopolitisch und – ökonomisch zu betrachten. Insbesondere unterstützen wir die  
210 großen Vorhaben mit Lateinamerika (Mercosur, Mexiko, Chile) und ein  
211 tiefgreifendes Abkommen mit Indien, ebenso wie mit Indonesien, Australien,  
212 Thailand, den Philippinen und Malaysia. Geregelter Freihandel mit mehr Partnern  
213 macht Deutschland und die EU geopolitisch unabhängiger, öffnet unseren  
214 Unternehmen neue Märkte, reduziert Abhängigkeiten, schützt vor Protektionismus  
215 und sichert und schafft deutsche Arbeitsplätze.

#### 216 **Für mehr Pragmatismus in der EU-Handelspolitik**

217 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

218 Wir Freie Demokraten setzen uns für Pragmatismus in der EU-Handelspolitik ein:  
219 Sind unsere Partner offen für ein umfassendes Freihandelsabkommen, so streben  
220 wir dies an. Wir unterstützen aber auch sektorale Handelsabkommen, um einen  
221 schnellen Fortschritt zu ermöglichen, wie beispielsweise mit Indien. Auf  
222 Betreiben der FDP hat der Deutsche Bundestag das EU-Kanada Freihandelsabkommen  
223 im Dezember 2022 ratifiziert. Das Abkommen hat die Kosten für deutsche Exporte  
224 nach Kanada gesenkt und zu einem erheblichen Anstieg der Ausfuhren geführt.  
225 Zugleich sind europäische Umwelt- und Sozialstandards entgegen Befürchtungen für  
226 die Einfuhren kanadischer Produkte nicht gesenkt worden. Das Scheitern des EU-US  
227 Abkommens hat hingegen gezeigt, dass etwa die deutsche Stahl- und Autowirtschaft  
228 ohne Schutzwirkung eines Freihandelsabkommens stark unter protektionistischer  
229 Politik leidet. Wir ziehen daraus einen klaren Schluss: Nur mit mehr  
230 regelbasierten Freihandelsabkommen, insbesondere mit wichtigen Partnern wie  
231 Brasilien, Argentinien und Indien, schützen wir unsere Arbeitsplätze und  
232 wirtschaftliche Stabilität.

### 233 **Zusammenarbeit mit aufstrebenden Demokratien und mittleren Mächten ausbauen**

234 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

235 Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Demokratien und  
236 mittleren Mächten, auch oft als Länder des Globalen Südens bezeichnet,  
237 realpolitisch ausbauen. Es gilt, diesen Partnern mit Respekt und konkreten  
238 Angeboten der Kooperation zu begegnen. Gemeinsame Interessen, wie im Bereich  
239 Rohstoffe oder grüne Technologie, können zu Investitionspartnerschaften,  
240 Unternehmens- und Arbeitsplatzansiedlungen oder politischen Übereinkünften  
241 führen. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland ist für viele  
242 Länder attraktiver, als sich an Scheinpartner wie China und Russland zu binden.  
243 Viele mittlere Mächte werden in den Einflussbereich der BRICS-Staatengruppe um  
244 China, Russland, Südafrika, etc. hineingezogen. Um dieser Tendenz zu begegnen,  
245 sollte Deutschland offen auf diese Länder zugehen und um partnerschaftliche  
246 Formen der Zusammenarbeit werben.

### 247 **Engagement mit Indo-Pazifik stärken: Schlüsselregion für globales Wachstum und 248 Sicherheit**

249 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

250 Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit den Ländern Asiens die globalen  
251 Zukunftsaufgaben angehen. Die Umsetzung der Indo-Pazifikstrategien Deutschlands  
252 und der EU müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden. Besonders die Beziehungen  
253 zu unseren Wertepartnern sind zu stärken. Der Indo-Pazifik hat in den  
254 vergangenen Jahrzehnten enorm an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Der  
255 zunehmenden Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung durch das  
256 expansive Machtstreben Chinas, gerade in dieser Region, müssen wir mit einer  
257 Vertiefung der Beziehungen zu unseren Wertepartnern begegnen. Die Verhandlungen  
258 über Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien, Thailand und den Philippinen  
259 müssen zügig abgeschlossen und die mit Australien und Malaysia wiederaufgenommen  
260 werden. Der Abschluss neuer Rohstoffabkommen ermöglicht die Diversifizierung von  
261 Lieferketten. Verbesserte militärische – und Sicherheitskooperation und die  
262 Schaffung nachhaltiger Konnektivität (Transport, Digital und Energie) müssen  
263 weitere Prioritäten sein.

264 **Strategische Partnerschaften in Afrika und Lateinamerika vorantreiben**

265 Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit Afrika und Lateinamerika  
266 durch Wirtschafts-, Handels- und Wissenschaftspartnerschaften strategisch  
267 ausbauen. Deutschland hat ein strategisches Interesse, die eigene Resilienz  
268 durch Diversifizierung unserer Außenbeziehungen zu stärken und Afrika und  
269 Lateinamerika nicht Akteuren wie Russland und China zu überlassen. Dazu ist es  
270 nötig, beherrschende Vorgaben gegenüber unseren Partnern zu vermeiden. Wir wollen  
271 einen stärkeren Fokus auf Wirtschaftsabkommen legen und insbesondere die  
272 Privatwirtschaft mit einbeziehen, mit dem Ziel, zum Wohlstand in den  
273 Partnerländern beizutragen. Gleichzeitig wollen wir unsere Zusammenarbeit mit  
274 unseren Partnerländern in den Bereichen gute Regierungsführung und  
275 Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für Investitionen, Wachstum und  
276 Entwicklung unter noch größerer Einbeziehung der Zivilgesellschaft  
277 intensivieren. Durch enge Energiepartnerschaften sowie eine verstärkte  
278 Zusammenarbeit bei Forschung und Innovation wollen wir gemeinsame  
279 Herausforderungen wie den Klimawandel und Energiesicherheit angehen.

280 **Eine neue strategische Agenda für unsere Beziehungen mit Indien**

281 Indien muss ein Schlüsselpartner für Deutschland und die EU in Asien werden,  
282 bilateral für die qualitative Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen  
283 Beziehungen, und multilateral für den Schutz und die Reform der regelbasierten  
284 internationalen Ordnung. Bilateral gilt es, die Verhandlungen der EU mit Indien  
285 zu einem Freihandelsabkommen, einem Investitionsabkommen und einem Abkommen zum  
286 Schutz geistiger Eigentumsrechte zu einer Priorität zu machen. Wir stehen einem  
287 sektoralen Handelsabkommen offen gegenüber, wenn dadurch eine raschere  
288 Vertiefung der Zusammenarbeit gesichert wird. Die sektorale Kooperation  
289 (Digital, Green Transition und nachhaltige Energie) sollte erheblich ausgeweitet  
290 werden. Deutschland muss auch eine Rüstungszusammenarbeit zur Modernisierung der  
291 indischen Streitkräfte aufbauen, auch um die Abhängigkeit Indiens von Russland  
292 aufzubrechen sowie die verstärkte militärische Kooperation für maritime  
293 Sicherheit ausbauen. Beide Seiten müssen konstruktiv über gemeinsame Werte,  
294 allen voran Demokratie und Menschenrechte, im Dialog bleiben.

295 **Entwicklungszusammenarbeit an deutschen und EU-Interessen ausrichten**

296 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

297 Im Ringen um die neue multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für  
298 Entwicklungszusammenarbeit strategisch entlang der wirtschaftlichen und  
299 sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU priorisiert werden.  
300 Deutschlands Wohlstand hängt von unserer globalen wirtschaftlichen Vernetzung  
301 ab. Wir brauchen starke Freunde und Handelspartner. Um im Wettbewerb mit  
302 Autokratien wie Russland und China der attraktivere Kooperationspartner zu  
303 bleiben, müssen wir unsere Außen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik enger  
304 zusammendenken sowie national und europäisch besser abstimmen.  
305 Entwicklungszusammenarbeit muss – wertebasiert und geleitet von gegenseitigen  
306 Interessen – dazu beitragen, neue Märkte und Lieferwege zu erschließen, Energie-  
307 und Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren, qualifizierte Arbeitskräfte zu  
308 gewinnen, globale Herausforderungen wie den Klimawandel gemeinsam anzugehen und  
309 Fluchtursachen zu bekämpfen.

310 **Deutsche Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten**

311 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

312 Wir Freie Demokraten wollen eine strukturelle Neuausrichtung und Integration der  
313 Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen im Zusammenspiel im Rahmen  
314 der deutschen Auslandsbeziehungen. Ziel muss ein einheitliches Auftreten unter  
315 dem Label German Development Cooperation sein. Die enormen Haushaltsaufwüchse  
316 von 2018 bis 2021 haben zu einer massiven Ausweitung der entwicklungspolitischen  
317 Vorfeldorganisationen geführt, zu ad-hoc Initiativen und kleinteiligen Projekten  
318 ohne konzeptionell-strategische Ausrichtung. Um Wirkung zu erzielen, müssen wir  
319 priorisieren und enger verzahnen: bei der Auswahl der Partnerländer, entlang  
320 unserer Werte und Interessen und mit Blick auf die Hebelwirkung für private  
321 Investitionen. Außerdem brauchen wir auch in der Entwicklungszusammenarbeit  
322 Bürokratieabbau und mehr marktwirtschaftliche Lösungen. Beides wollen wir durch  
323 eine stärkere Koordination und Kooperation mit europäischen und internationalen  
324 Akteuren erreichen, etwa durch Kofinanzierungen und der Einbindung von privaten  
325 Kapitalgebern in private-public-partnerships.

326 **Strategische Souveränität der EU weiterentwickeln**

327 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

328 Wir Freie Demokraten wollen die strategische Souveränität der EU  
329 weiterentwickeln. Für uns bedeutet das in erster Linie eigenständige  
330 Handlungsfähigkeit. Die EU muss sich als Global Player in einer sich  
331 verändernden Weltordnung selbst behaupten können. Soweit möglich, soll die  
332 Europäische Union ihre Interessen und Werte in Zusammenarbeit mit Partnern  
333 vertreten und multilaterale Lösungen anstreben. Zugleich muss sie auch in der  
334 Lage sein, sich durch starke Instrumente international durchzusetzen und beim  
335 Zugang zu ihrem Markt für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Das deutsch-  
336 französische Tandem ist nach wie vor Motor für weitere Integrationsschritte und  
337 gerade in herausfordernden Zeiten essentiell. Spätestens mit dem russischen  
338 Angriffskrieg hat sich deutlicher denn je gezeigt, wie wichtig die Stimme von  
339 Polen unter anderem im Format Weimarer Dreieck sowie die Stimmen der weiteren  
340 mittel- und osteuropäischen Ländern sind. Dabei muss die EU sowohl mit  
341 sicherheits- als auch mit wirtschaftspolitischen Mitteln auf Macht- und  
342 Expansionspolitik anderer Länder reaktionsfähig sein. Wir wollen die europäische  
343 Verteidigungsindustrie und Fähigkeiten zur Abschreckung stärken. Außerdem wollen  
344 wir die Mittel zur europäischen Investitionskontrolle nach innen um eine  
345 Komponente für Exportinvestitionen ergänzen.

346 **Institutionelle Reformen und ein vollendeter Binnenmarkt für eine starke und  
347 handlungsfähige EU**

348 Wir Freie Demokraten halten daran fest, die Europäische Union zu stärken. Den  
349 europäischen Binnenmarkt wollen wir vollenden – vor allem für Arbeit, Energie,  
350 Kapital und digitale Dienstleistungen. Wir stehen klar hinter dem Ziel, eine  
351 europäische Verteidigungsunion aufzubauen, in der industrielle und militärische  
352 Fähigkeiten im europäischen Rahmen verbessert werden. Wir unterstützen die  
353 liberale Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Katja  
354 Kallas dabei, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) als wichtigen Unterbau

355 zu stärken, sodass wir gegenüber Partnern, Wettbewerbern und autoritären Staaten  
356 endlich mit einer Stimme sprechen können. Außerdem brauchen wir weitere  
357 institutionelle Reformen, wie eine Verkleinerung der Kommission, auch um die  
358 Union für die nächste Erweiterungsrunde vorzubereiten. Daneben fordern wir auch  
359 weiterhin für das Europäische Parlament ein eigenes Initiativrecht, das Recht  
360 über seinen Sitz selbst abstimmen zu können und die Einführung der teilweisen  
361 Wahl des EP über transnationale Wahllisten.

#### 362 **Mehr Realismus in der EU-Erweiterungspolitik**

363 Die Erweiterung der EU ist eine Investition in Sicherheit, Wohlstand und Frieden  
364 auf unserem Kontinent. Die EU-Erweiterungspolitik muss jedoch pragmatischer  
365 werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit die Aufnahme neuer  
366 Mitgliedsstaaten anhand der Kopenhagener-Kriterien, wie den Westbalkan-Staaten,  
367 der Moldau und der Ukraine ein Erfolg wird. Dafür muss die Union anhand  
368 notwendiger Reformen auch nach innen effektiver werden, wie etwa durch die  
369 Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und  
370 Sicherheitspolitik.

#### 371 **Finanzierung der Europäischen Union auf Zukunftsaufgaben ausrichten**

372 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

373 Wir Freie Demokraten wollen die Verhandlungen über die Finanzierung der  
374 Europäischen Union ab 2028 dafür nutzen, die Prioritäten auf Zukunftsaufgaben zu  
375 setzen. Die Union braucht nicht mehr Mittel, sondern eine bessere Verteilung  
376 derselben. Daher werden wir keine neuen europäischen Schulden aufnehmen, sondern  
377 Umschichtungen von Regional- und Kohäsionsmitteln hin zu Innovation, Forschung  
378 und Außen- und Verteidigungspolitik vorschlagen. So wie die Schuldenbremse im  
379 Grundgesetz junge Generationen vor den Folgen übermäßiger Zinsbelastungen  
380 schützt, geht es auch im europäischen Kontext darum, für solide Finanzen zu  
381 sorgen. Die zusätzlichen EU-Mittel durch den Corona-Sonderfonds wurden von den  
382 Mitgliedstaaten nicht vollständig abgerufen, was zeigt, dass es weiterer  
383 Schuldenaufnahmen nicht bedarf.

#### 384 **Partnerschaft mit dem Vereinigtem Königreich weiter vertiefen**

385 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

386 Wir fordern eine noch tiefere Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich,  
387 insbesondere in Fragen der Sicherheit und Verteidigung. Aufbauend auf dem  
388 Windsor-Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie dem  
389 Trinity House Agreement zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich, ist  
390 der Ausbau konstruktiver Beziehungen mit diesem engen Wertepartner und  
391 europäischen Nachbarn gerade vor dem Hintergrund zunehmend herausfordernder  
392 geopolitischer Entwicklungen für Deutschland von außerordentlichem Interesse.  
393 Deutschland und die EU müssen die neue positive Dynamik der britischen Regierung  
394 mit Blick auf europäische Partner nutzen, um diesen wichtigen Verbündeten an  
395 sich zu binden und gemeinsame Herausforderungen Schulter an Schulter anzugehen.

#### 396 **Wehrhaftes Deutschland in der NATO**

397 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

398 Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zur NATO und zur Bündnissolidarität.

399 Die NATO ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Welt und bleibt auch in  
400 Zukunft der Garant für unsere Sicherheit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass  
401 Deutschland seine NATO-Verpflichtungen von mindestens 2% des BIP erfüllt und  
402 finanziell und gesellschaftlich in der Lage ist, zukünftigen  
403 sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Das bedeutet, wenn die  
404 NATO höhere Vorgaben beschließt, werden wir auch diese erfüllen und noch stärker  
405 in unsere Sicherheit und Verteidigung investieren. Die Fähigkeits- und  
406 Planungsziele sind maßgebend für die konkrete Aufstellung der Bundeswehr. Wir  
407 wollen den europäischen Pfeiler der NATO stärken und dadurch die militärische  
408 Handlungsfähigkeit der Europäer innerhalb des Bündnisses fördern. Dazu braucht  
409 es eine noch engere Verzahnung der verteidigungspolitischen Instrumente von EU  
410 und NATO.

#### 411 **Europa braucht eine starke Verteidigungspolitik**

412 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

413 Wir wollen die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU  
414 vertiefen. Dazu möchten wir die europäische Verteidigungsunion stärken. Wir  
415 setzen uns dafür ein, dass die Ziele des strategischen Kompasses der EU  
416 konsequenter von den Mitgliedstaaten verfolgt werden, und dass deren  
417 Ausgestaltung an die verschärfte Bedrohungslage durch Russland angepasst wird.  
418 Unser langfristiges Ziel, der Aufbau einer Europäischen Armee, ist ein  
419 integraler Bestandteil der Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der  
420 NATO.

#### 421 **Mehr Anerkennung für Veteranen und Reservisten**

422 Die Einführung des Nationalen Veteranentages am 15. Juni und dessen jährlich  
423 gesicherte Durchführung ist ein bedeutender Schritt zur Würdigung des Dienstes  
424 aller Veteranen. Daran anschließend wollen wir die Situation der Veteranen und  
425 deren Familien weiter verbessern. Die Bundeswehr braucht eine starke Reserve.  
426 Dazu wollen wir die Attraktivität für Beorderungen erhöhen und die Prozesse  
427 deutlich beschleunigen. Die freiwillige, beorderungsunabhängige Reserve wollen  
428 wir ausbauen und stärken, als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft und  
429 als effektiven Beitrag für unsere Verteidigung.

#### 430 **Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa stärken**

431 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

432 Eine starke Verteidigung braucht eine leistungsfähige Sicherheits- und  
433 Verteidigungsindustrie in Europa. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, den  
434 Finanzierungszugang für diesen Industriezweig zu verbessern – auch für private  
435 Investoren. Die allgemeinen Finanzierungsinstrumente für Start-ups sollten auch  
436 für Unternehmen aus dem Sicherheits- und Verteidigungssektor nutzbar gemacht  
437 werden. Eine European Defence Industrial Strategy (EDIS) kann dabei helfen,  
438 bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Die EU sollte die  
439 European Defence Agency (EDA) nach dem Beispiel der US-amerikanischen DARPA  
440 weiterentwickeln. Politisch und militärisch bedeutsame deutsch-französisch  
441 initiierte Rüstungsprojekte wie FCAS und MGCS müssen entschlossen fortgeführt  
442 werden. Gemeinsam mit Frankreich und Polen sollten wir uns als Weimarer Dreieck  
443 für eine zeitgemäße Reform der EU-Regeln für Rüstungs-Exportkontrolle einsetzen.

444 **Rüstungsexporte als strategisches Instrument nutzen**

445 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

446 Wir Freie Demokraten stehen für eine Reform der Rüstungsexportkontrolle, die den  
447 heutigen realpolitischen Gegebenheiten gerecht wird und auch legitimes Mittel  
448 der Außen- und Sicherheitspolitik ist. Rüstungsexporte dienen dazu, strategische  
449 Partnerschaften zu stärken und die Stabilität in geopolitisch wichtigen Regionen  
450 zu sichern. Wir fordern eine Harmonisierung der Exportregeln in der EU. Exporte  
451 an demokratische Partner sollen erleichtert werden. Wir Freie Demokraten  
452 fordern, dass Israel, Südkorea und die Ukraine dabei NATO-Staaten gleichgestellt  
453 werden.

454 **Eine starke Bundeswehr**

455 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

456 Die Finanzierung der Bundeswehr muss langfristig verlässlich und ausreichend  
457 sein. Wir Freie Demokraten fordern die Zusicherung einer verlässlichen  
458 Finanzierung und Ausstattung der Bundeswehr, damit sie durch die Erfüllung der  
459 NATO-Verpflichtungen auch glaubhaft abschrecken kann. Diese Investitionen in die  
460 Bundeswehr müssen sich mindestens an dem orientieren, was für die volle  
461 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nach den NATO-Fähigkeitszielen erforderlich  
462 ist. Um die notwendige Planbarkeit zu gewährleisten, streben wir eine  
463 verlässliche Finanzierung an. Alle verfügbaren Mittel müssen effektiver für die  
464 Verteidigung eingesetzt werden. Daher müssen auch die Beschaffungs- und  
465 Verwaltungsprozesse der Bundeswehr effizienter gestaltet werden. Wir Freie  
466 Demokraten begrüßen die Stationierung der deutschen Brigade in Litauen als  
467 wichtigen Beitrag zur Bündnisverteidigung.

468 **Verteidigungsbereitschaft Deutschlands stärken**

469 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

470 Die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht bleibt bestehen. Wir Freie Demokraten  
471 setzen uns für eine professionelle Freiwilligenarmee aus Aktiven und einer  
472 starken Reserve ein. Die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr soll  
473 durch hervorragende Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Vorteile massiv  
474 gesteigert werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Wehrrfassung und  
475 Wehrüberwachung in einer nationalen Datenbank wieder aufgebaut wird, um ein  
476 schnelles personelles Aufwachsen der Bundeswehr im Krisenfall sicherstellen zu  
477 können. Darüber hinaus soll auch die fähigkeitsnahe Verwendung der Reservisten  
478 sichergestellt und in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden. Zusätzlich  
479 fordern wir einen schnellen, unbürokratischen und flächendeckenden Einstieg in  
480 die Reserve für bisher Ungediente. Wir Freie Demokraten fordern  
481 Gleichberechtigung auch im Zuge des Artikel 12a des Grundgesetzes. Im Spannungs-  
482 und Verteidigungsfall sorgt die Wehrpflicht für ein schnelles Aufwachsen der  
483 Bundeswehr. Hierbei kann nicht länger auf den weiblichen Teil unserer  
484 Gesellschaft verzichtet werden, weshalb wir eine entsprechende Ausweitung von  
485 Artikel 12a GG auf alle Geschlechter fordern.

486 **Beziehungen zur Türkei neu aufstellen**

487 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

488 Wir Freie Demokraten wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit Erdogans Türkei in  
489 der jetzigen Form beenden. Grundlage für eine Mitgliedschaft bleiben die  
490 Kopenhagener Kriterien, bzw. ein funktionierender Rechtsstaat, die Achtung der  
491 Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten sowie des internationalen  
492 Völkerrechts. Anforderungen, die die Türkei derzeit eindeutig nicht erfüllt.  
493 Deshalb kann eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kein Kandidat  
494 für eine EU-Mitgliedschaft sein. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Türkei  
495 also auf eine neue Grundlage enger sicherheits- und wirtschaftspolitischer  
496 Kooperation stellen. So wollen wir mit dem NATO-Mitglied und wichtigen Nachbarn  
497 Türkei in Feldern gegenseitigen Interesses eng zusammenarbeiten, wie Migration,  
498 Klimaschutz oder den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die  
499 wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen stärken.

#### 500 **Neue Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung setzen**

501 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

502 Wir Freie Demokraten betrachten mit Sorge, dass Wladimir Putin offen mit dem  
503 Einsatz von Atomwaffen droht, bestehende Rüstungskontrollregime aussetzt und  
504 gleichzeitig Länder wie China ihre Kernwaffenbestände erweitern und  
505 diversifizieren. Die zunehmende Bedrohungslage und die Gefahr einer erneuten  
506 nuklearen Aufrüstungsspirale machen es erforderlich, wirksame Initiativen und  
507 Instrumente der Abrüstung und Rüstungskontrolle, an denen sich auch die  
508 Atomwaffenstaaten beteiligen, wie den Nichtverbreitungsvertrag (NVV), zu stärken  
509 und zu ergänzen. Wir sprechen uns klar für die nukleare Teilhabe als Baustein  
510 des gelebten Multilateralismus aus und stehen zu unseren zugesagten  
511 Verpflichtungen, diese Abschreckungsfähigkeit auch weiterhin in und mit  
512 Deutschland sicherzustellen. Wir lehnen die Teilnahme Deutschlands an  
513 Verhandlungen und Treffen zum Atomwaffenverbotsvertrag ab.

#### 514 **Freie Demokraten schützen und verteidigen die regelbasierte internationale 515 Ordnung**

516 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

517 Wir Freie Demokraten möchten den neuen geopolitischen Herausforderungen  
518 europäisch und gemeinsam mit unseren engsten Partnern begegnen. Gemeinsam wollen  
519 wir uns für die regelbasierte internationale Ordnung einsetzen und strategischer  
520 aufstellen, gerade im Systemwettbewerb mit China und Russland. Realpolitik und  
521 der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit müssen keine Gegensätze  
522 sein. Dazu brauchen wir aber endlich wieder eine deutsche Außenpolitik, die mehr  
523 auf Zusammenarbeit und weniger auf Belehren und Moralisieren setzt. Wir setzen  
524 uns deshalb für eine kluge Balance zwischen einer rein wertegeleiteten  
525 Außenpolitik einerseits und einem ausschließlich interessenorientierten Ansatz  
526 andererseits ein, indem wir unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik  
527 auf Werte basieren und gleichzeitig operativ an deutschen und europäischen  
528 Interessen ausrichten. Wir leben in einem Zeitalter zunehmender systemischer  
529 Rivalität zwischen Autokratien und Demokratien. Gemeinsam mit uns bekennt sich  
530 eine große Zahl von Staaten der Welt zu einer regelbasierten internationalen  
531 Ordnung auf der Grundlage des UN-Völkerrechts. Einige Staaten, insbesondere  
532 Russland und China, streben jedoch nach einer anderen Weltordnung, die das  
533 Völkerrecht sowie die universellen Menschenrechte untergräbt, und ihre

534 autoritären Regime stärkt. Das dürfen wir nicht zulassen. Zwischen den Staaten  
535 muss die Stärke des Rechts gelten, nicht das Recht des Stärkere.

536 **Starke Diplomatie und glaubhafte Abschreckung zusammendenken**

537 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

538 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Deutschland in einer sich neu  
539 entwickelnden globalen Sicherheitsordnung seine Interessen und Werte, wie die  
540 Gewährleistung der Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Freiheit der  
541 Seewege, dann am erfolgreichsten durchsetzen kann, wenn seine diplomatischen  
542 Initiativen von überzeugenden sicherheitspolitischen Instrumenten glaubhaft  
543 flankiert werden. Wir werden deshalb die Bundeswehr zur stärksten  
544 konventionellen Streitkraft der NATO in Europa aufbauen. Deutschland muss, in  
545 enger Abstimmung mit Frankreich, seiner besonderen Verantwortung gerecht werden,  
546 als starker Kooperationspartner für kleinere europäische Partner dienen zu  
547 können. Deutschland wird deutlich mehr in die eigene Sicherheit und die des  
548 NATO-Bündnis investieren müssen. Hierzu muss die Bundeswehr die der Zeitenwende  
549 entsprechenden Fähigkeiten in ausreichendem Umfang erhalten und in dauerhafter  
550 Einsatzbereitschaft vorhalten können ("capabilities, capacities, readiness").

551 **Für eine engere Zusammenarbeit in der europäischen Verteidigungspolitik**

552 Wir setzen uns dafür ein, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) zu  
553 stärken und die bereits gesammelten Erfahrungen zur Verbesserung der  
554 Zusammenarbeit zu nutzen. Sie soll europäische Fähigkeitslücken schließen,  
555 Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern und eine einheitliche Ausstattung  
556 mit Ausrüstung sicherstellen. Der Europäischen Verteidigungsfonds (EVF/EDF) ist  
557 auszubauen, eine effizientere Rüstungsbeschaffung zu gewährleisten, indem  
558 Beschaffungsmaßnahmen besser koordiniert werden. Der Militärische Planungs- und  
559 Durchführungsstab (MPPC) soll zu einem europäischen militärischen Hauptquartier  
560 ausgebaut werden und Aufgaben der Kooperation in Bereichen wie Cyber- und  
561 Weltraumsicherheit übernehmen. Die verstärkte gemeinsame europäische Ausbildung  
562 soll die Streitkräfte näher zueinander bringen. Dazu sind gemeinsame  
563 Ausbildungsinstitutionen stärker zu berücksichtigen. Wir wollen das EU  
564 Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN) zu einem wirksamen europäischen  
565 Nachrichtendienst weiterentwickeln. Mitgliedstaaten sollten  
566 nachrichtendienstliche Informationen konsequent teilen, um die Sicherheit in  
567 Europa zu verbessern.

568 **Das beste Material für die Bundeswehr**

569 Wir setzen uns nach einer positiven Evaluierung für die Verlängerung des  
570 Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes ein. Die Beschaffung von Material  
571 und Ausrüstung muss höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Die Bundeswehr muss  
572 vollumfänglich über Material und die Ausstattung verfügen, um alle gestellten  
573 Aufgaben erfüllen zu können. Zudem ist es unerlässlich, technologische  
574 Innovationen wie autonome Systeme und Künstliche Intelligenz zügig und  
575 nachhaltig in die Ausstattung der Bundeswehr zu integrieren. Wir Freie  
576 Demokraten lehnen den Einsatz autonomer Waffensysteme, in denen der Mensch keine  
577 Kontrolle mehr über Zielauswahl und Art der Zielbekämpfung ausüben kann, ab.

578 **Freiheit und Sicherheit im Weltraum**

579 Der freie Zugang und die sichere Nutzung des Weltraums ist entscheidend für  
580 unsere Sicherheit, denn im 21. Jahrhundert bilden weltraumgestützte Dienste das  
581 Rückgrat unserer zentralen militärischen und zivilen Prozesse. In Deutschland  
582 ist eine hervorragende Raumfahrtindustrie ansässig, und es hat sich ein starkes  
583 Start-up-Ökosystem entwickelt. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bundeswehr  
584 in Kooperation mit diesen Akteuren Kleinsatellitenkonstellationen für Aufklärung  
585 und Kommunikation ins All entsendet. Zudem setzen wir uns dafür ein, die  
586 Sicherheitsforschung für den Weltraum zu stärken. Der Schutz von Systemen im  
587 Weltraum muss deutlich erhöht werden, um die Resilienz satellitengestützter  
588 Kommunikation, Information, Navigation und Erdbeobachtung zu gewährleisten.

#### 589 **Die Vereinten Nationen stärken und reformieren**

590 Wir wollen starke und handlungsfähige Vereinte Nationen, die ihrer  
591 weltpolitischen Verantwortung für Sicherheit und Frieden gerecht werden. Dazu  
592 bedarf es der Unterstützung durch die Mitgliedstaaten sowie eine Reform der VN  
593 selbst, wie sie im VN-Zukunftspakt vereinbart wurde. Die Vereinten Nationen sind  
594 die zentrale Institution der regelbasierten internationalen Ordnung. Die  
595 universellen Werte der VN-Charta bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft  
596 und die Grundlage für Frieden, globale Entwicklung und die Achtung der  
597 Menschenrechte. Aber die VN können immer öfter ihrer weltpolitischen  
598 Verantwortung für Sicherheit und Frieden nicht gerecht werden, weil es an  
599 Unterstützung der Mitgliedsstaaten fehlt, autoritäre Mächte die multilateralen  
600 Institutionen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren oder Entscheidungen im  
601 Sicherheitsrat blockiert werden. Daher unterstützen wir die im VN-Zukunftspakt  
602 angestrebte Reform des VN-Sicherheitsrates, um eine gerechtere Repräsentanz  
603 aller Weltregionen zu erreichen.

#### 604 **Multilateralismus durch institutionelle Reformen stärken**

605 Angesichts gravierender Herausforderungen und neuer Krisenherde weltweit, müssen  
606 wir in einer zunehmend multipolaren Welt für eine regelbasierte liberale  
607 Weltordnung und gegen autokratische Tendenzen kämpfen. Die UN und ihre  
608 Sonderorganisationen sind die zentralen multilateralen Foren, um globale  
609 Probleme wie Krieg, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Migrations- und  
610 Fluchtursachen, Pandemien, Wohlstandsunterschiede, aber auch wachsende  
611 Budgetknappheiten gemeinsam anzugehen. Der Aufstieg autoritärer Mächte und deren  
612 Instrumentalisierung multilateraler Institutionen für ihre eigenen Zwecke  
613 verlangen nach noch stärkeren Beiträgen für die Reformagenden von UN, Weltbank,  
614 WTO und anderer. Deutschland braucht vertiefte Allianzen mit strategischen  
615 Partnern und muss auch seine internationale Personalpolitik ausweiten.

#### 616 **Sexualisierte Gewalt bekämpfen**

617 Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und der UN-  
618 Resolution 1325. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist Bestandteil  
619 aller Kriege und Konflikte. Sie fügt als Kriegsverbrechen und  
620 Menschenrechtsverletzung jeder menschlichen Gemeinschaft einen unermesslichen  
621 Schaden zu. Eine wirksame Strafverfolgung der Verbrechen und die Anerkennung von  
622 offizieller Seite tragen dazu bei, dass Betroffene Gerechtigkeit und  
623 Wiedergutmachung erfahren.

624 **“Frauen, Leben, Freiheit!” (Jin, jiyān, azādī)**

625 Das Mullah-Regime im Iran unterdrückt und kriminalisiert die Selbstbestimmung  
626 von Frauen seit Jahren systematisch. Wir Freie Demokraten solidarisieren uns mit  
627 den Protestierenden. Wir verurteilen den Tod aller Menschen, die durch die  
628 repressiven und gewalttätigen Reaktionen des iranischen Regimes ihr Leben  
629 verloren haben. Deshalb fordern wir eine konsequente Ausweitung der EU-  
630 Sanktionen auf „alle Personen und Organe des iranischen Regimes, die mit der  
631 Unterdrückung der Proteste befasst, beziehungsweise an dieser beteiligt sind“.  
632 Geschäftstätigkeiten in der EU sind ihnen zu untersagen und ihre Vermögenswerte  
633 einzufrieren, insbesondere aber die sogenannten “Revolutionsgarden” auf die  
634 Terrorliste der EU zu setzen. Die Atomverhandlungen sind mit dem Mullah-Regime  
635 aussichtslos und unverzüglich auszusetzen.

636 **Europäische Entwicklungszusammenarbeit**

637 Wir Freie Demokraten wollen eine konsequente europäische Entwicklungspolitik.  
638 Dafür wollen wir den Anteil außereuropäischer Investitionen der Europäischen  
639 Investitionsbank erhöhen. Dabei soll die Förderung der wirtschaftlichen  
640 Entwicklung durch Klimaschutz und Innovation sowie die Förderung von  
641 Unternehmertum, z.B. durch Mikrokreditprogramme, ein Schwerpunkt sein, denn ohne  
642 ein Wohlstandsversprechen werden wir Entwicklungsländer nicht für ihren Beitrag  
643 zur globalen Verantwortung gewinnen können. Gleichzeitig bieten viele  
644 Entwicklungsländer aufgrund idealer klimatischer und meteorologischer  
645 Voraussetzungen ideale Bedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.  
646 Unter diesen Umständen greifen Klimaschutz, Innovationspolitik und  
647 Entwicklungszusammenarbeit Hand in Hand.

648 **Eintreten für Menschenrechte in der Volksrepublik China**

649 Wir unterstützen Menschenrechtsverteidiger in China, die sich in Tibet, in  
650 Sinkiang und in anderen Teilen des Landes sowie in der Sonderverwaltungszone  
651 Hongkong gegen die massive Beschneidung ihrer Menschenrechte durch die  
652 Volksrepublik China wehren. Wo möglich, müssen Sanktionen im Rahmen des  
653 neugeschaffenen Europäischen Magnitsky Act angewandt werden. Insbesondere die  
654 massenhafte Unterdrückung des uigurischen Volkes und seiner Kultur muss  
655 gegenüber China deutlich kritisiert werden; die Vorwürfe des Völkermords an den  
656 Uiguren müssen von internationalen Institutionen untersucht werden.

## Antrag M005: Module AG 5: Eine Politik, die rechnen kann

Antragsteller/-in:	Bundestagsvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundestagsvorstand möge beschließen:

### 1 **Module AG 5: Eine Politik, die rechnen kann**

#### 2 **Für eine faire und leistungsfreundliche Einkommensteuer**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Wir Freie Demokraten wollen stufenweise einen linear-progressiven Chancentarif  
5 in der Einkommensteuer einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig  
6 beseitigt. Den Grundfreibetrag wollen wir im Zuge der Bürgergeldreform  
7 schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben. Damit stärken wir das  
8 Lohnabstandsgebot, also dass es Menschen mit Erwerbsarbeit deutlich besser gehen  
9 muss als mit Transfereinkommen, und stellen sicher, dass sich Arbeit lohnt. Um  
10 zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei  
11 Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien. Der Spitzensteuersatz darf künftig  
12 nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich spitzenmäßig verdienen  
13 und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft. Konkret fordern wir, dass sich  
14 der Spitzensteuersatz künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der  
15 Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr  
16 schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro.  
17 Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Denn  
18 er hat sich mittlerweile zu einer Strafsteuer für den Mittelstand entwickelt.  
19 Ein Tarif auf Rädern passt Freibeträge und Eckwerte automatisch an die  
20 allgemeine Preisentwicklung an, so dass der Staat nicht zum Inflationsgewinner  
21 und der Steuerzahler nicht zum Opfer der kalten Progression wird. Das  
22 Ehegattensplitting hat sich als verfassungsgemäße Ausgestaltung einer gerechten  
23 Besteuerung von Ehepaaren unabhängig von der jeweiligen Einkommensverteilung  
24 bewährt. Die ökonomische Freiheit von Frauen stärken wir durch bessere  
25 steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3  
26 und 5, für die wir uns weiterhin einsetzen. Familien und Alleinerziehende wollen  
27 wir stärker entlasten, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit von  
28 Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern. Wir lehnen  
29 jede Form einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe ab.

#### 30 **Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern – Wirtschaftswende 2.0**

31 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

32 Wir Freie Demokraten wollen unternehmerische Gewinne mit maximal 25 Prozent  
33 besteuern und Doppelbesteuerungen konsequent vermeiden, damit Unternehmen  
34 international keinen Wettbewerbsnachteil haben. Dazu schaffen wir den  
35 Solidaritätszuschlag vollständig ab und senken die Körperschaftsteuer. Wir  
36 wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir  
37 Hinzurechnungstatbestände konsequent abschaffen. Außerdem wollen wir die

38 steuerliche Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen einführen, um damit die  
39 Ungleichbehandlung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung zu beenden. Um  
40 gerade innovative und risikobereite Unternehmen zu unterstützen, brauchen wir  
41 einen unbeschränkten Verlustvortrag und eine weitere Ausweitung des  
42 Verlustrücktrags und müssen Liquidationsverluste steuerlich berücksichtigen.  
43 Wir wollen steuerliche Hindernisse bei der Umstrukturierung und Sanierung von  
44 Unternehmen beseitigen. Dazu wollen wir die Vorfälligkeit bei der Abführung von  
45 Sozialversicherungsbeiträgen wieder rückgängig machen. Zudem wollen wir  
46 Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien angelehnt an  
47 das frühere Fördergebietsgesetz in den Blick nehmen. Daraus kann ein echter  
48 Investitionsboom entstehen.

#### 49 **Bagatellsteuern abschaffen**

50 Wir Freie Demokraten wollen Bagatell- und Lenkungssteuern, z.B. auf Bier und  
51 Kaffee, ersatzlos streichen. Diese Steuern bringen wenig Geld für den Staat,  
52 kosten aber Steuerpflichtige und die Finanzverwaltung viel Zeit.

#### 53 **Energiesteuer reformieren**

54 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

55 Wir wollen die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß  
56 absenken und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen.  
57 Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe wollen wir  
58 angesichts des tendenziell steigenden CO<sub>2</sub>-Preises sukzessive bis auf null  
59 abschmelzen. Damit soll der CO<sub>2</sub>-Preis die Strom- und Energiesteuer  
60 perspektivisch vollständig ersetzen. Ebenso soll die Kfz-Steuer in diesem  
61 Zusammenhang mittelfristig abgeschafft werden. Auf diese Weise stärken wir die  
62 Rolle des CO<sub>2</sub>-Preises und schaffen mehr Anreize für den Umstieg auf erneuerbare  
63 Energien oder klimafreundliche Kraft- und Heizstoffe.

#### 64 **Eine grundlegende langfristige Steuerreform**

65 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

66 Wir Freie Demokraten streben an, die Besteuerung von Unternehmen und  
67 Privatpersonen praxistauglich zu modernisieren. Wir wollen bereits  
68 vorliegende Expertenvorschläge umsetzen und das deutsche Steuerrecht  
69 entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche  
70 Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und  
71 Verpachtung einfacher besteuern.

#### 72 **Vermögensaufbau fördern**

73 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

74 Wir Freie Demokraten wollen steuerliche Hemmnisse für den privaten  
75 Vermögensaufbau beseitigen und dadurch insbesondere die private Altersvorsorge  
76 unterstützen. Deshalb fordern wir die Einführung eines steuerfreien  
77 Aufstiegsvermögens, indem die Sparer nicht ausgeschöpfte Sparer-Freibeträge auf  
78 die nachfolgenden Jahre übertragen können, der Freibetrag einmalig deutlich  
79 erhöht und zudem dynamisiert wird. Durch die Wiedereinführung einer  
80 Spekulationsfrist für Aktiengewinne unterstützen wir die langfristige  
81 Kapitalanlage zur Altersvorsorge. Zudem wollen wir die

82 Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer vollständig  
83 abschaffen. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab. Durch die  
84 Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für Aktiengewinne unterstützen wir die  
85 langfristige Kapitalanlage zur Altersvorsorge. Zudem wollen wir die  
86 Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer vollständig  
87 abschaffen. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab.

#### 88 **Steuerlast auf Immobilien senken**

89 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

90 Wir Freie Demokraten wollen Immobilieneigentümer entlasten. Mit einem  
91 Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 EUR für die erste selbst genutzte  
92 Immobilie von natürlichen Personen machen wir für viele Menschen den Traum vom  
93 eigenen Haus oder der eigenen Wohnung erst möglich. Für Familien erhöht sich  
94 dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro. Nach Schweizer Vorbild sollen  
95 Mittel aus der betrieblichen Altersvorsorge für den Eigentumserwerb genutzt  
96 werden können - eine zusätzliche, flexible Finanzierungsquelle. Bei  
97 fremdgenutzten Immobilien sollen die Erwerbsnebenkosten steuerlich sofort  
98 abzugsfähig sein. Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im  
99 Wohnungsbau verbessern - das macht Investitionen attraktiver und schafft  
100 schneller neuen Wohnraum. Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes  
101 führen wir ohne unnötige Einschränkungen fort.

#### 102 **Fortbestand von Familienunternehmen und Mittelstand sichern**

103 Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und  
104 Schenkungssteuer gefährdet sein. Wir fordern, dass die Freibeträge automatisch  
105 um die Inflationsrate erhöht werden. Nur so bleibt die durchschnittliche  
106 Steuerlast auf Schenkungen und Erbschaften bei steigenden Preisen konstant.

#### 107 **Stärkung der Aktienkultur**

108 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

109 Wir Freie Demokraten wollen Deutschland von einem Land der Sparer zu einem Land  
110 der Aktionäre machen. Dadurch nutzen Privatanleger die Renditechancen des  
111 Kapitalmarkts für ihre private Altersvorsorge. Dazu bedarf es einer Kultur des  
112 langfristigen Investierens. Wir wollen eine nationale Finanzbildungsstrategie,  
113 um die finanzielle Bildung in der Breite der Gesellschaft zu verbessern,  
114 beispielsweise durch ein bundesweites Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen.  
115 Wir setzen uns für attraktive Anlagebedingungen für Kleinanleger ein. Auch das  
116 Nebeneinander von Honorar- und Provisionsberatung wollen wir deshalb bewahren.

#### 117 **Schuldenbremse einhalten ist Generationengerechtigkeit**

118 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

119 Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu  
120 hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im  
121 Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der  
122 Generationengerechtigkeit. Sonst haften Kinder für ihre Eltern. Diese gilt auch  
123 für die Bundesländer. Nachhaltige und priorisierende Haushalte schaffen  
124 Generationengerechtigkeit, weil Lasten nicht auf künftige Generationen  
125 übertragen werden. Nur so sichern wir die finanziellen Handlungsspielräume

126 kommender Generationen. Deutschland muss Stabilitätsanker in Europa bleiben und  
127 mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können es uns nicht erlauben, dass unsere  
128 Kreditwürdigkeit in Frage gestellt wird. Ausufernde Staatsschulden wie in  
129 Frankreich oder Italien würden die europäische Stabilität ins Wanken bringen.  
130 Wir haben in der Vergangenheit für strenge Schuldenregeln gekämpft. Wenn wir  
131 uns nicht an die Regeln halten, wird die Währungsunion scheitern.

### 132 **Subventionsbremse einführen**

133 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

134 Wir Freie Demokraten fordern eine Subventionsbremse, damit die Finanzhilfen und  
135 Steuerermäßigungen auf ein angemessenes Verhältnis zur wirtschaftlichen  
136 Wertschöpfung zurückgeführt werden. Denn die vielen Milliarden Euro staatlicher  
137 Gelder an einzelne Branchen und Unternehmen sind zum Beispiel in der Bildung  
138 langfristig besser investiert. Dazu benötigen wir eine radikalen Fördermittel-  
139 Cut und eine One in, two out-Regelung für neue Subventionen. Bestehende und neue  
140 Subventionsprogramme müssen künftig konsequent zeitlich befristet, degressiv  
141 ausgestaltet und extern evaluiert werden.

### 142 **Wirkungsorientierte Haushaltspolitik umsetzen**

143 Wir Freie Demokraten fordern eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik, die sich  
144 an klar definierten, messbaren Zielen orientiert, Programme unabhängig evaluiert  
145 und dadurch ein effektiveres und effizienteres staatliches Handeln ermöglicht.

### 146 **Priorisierung von Aufgaben und Ausgaben**

147 Wir Freie Demokraten wollen Aufgaben und Ausgaben strikt priorisieren.  
148 Deutschland benötigt so viel zukunftsorientierte Investitionen wie möglich und  
149 so viel Sozialstaat wie nötig. Sozialausgaben müssen wieder zielgenau und  
150 bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Ein schlanker und ressourcenschonender Staat  
151 beginnt bei der Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zahl der Beauftragten  
152 der Bundesregierung deutlich reduzieren und mit Hilfe eines One in, one out-  
153 Prinzips dauerhaft auf niedrigerem Niveau halten.

### 154 **Moderner, effektiver und sparsamer Staat**

155 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

156 Wir Freie Demokraten wollen einen modernen Staat, der funktioniert mit  
157 effizienteren Strukturen. Beispielsweise wollen wir die Zahl der Staatssekretäre  
158 in den Ministerien beschränken. Schlankere Strukturen innerhalb der Ministerien  
159 - etwa durch den Wegfall von Unterabteilungsleitungen - sollen Entscheidungswege  
160 innerhalb der Ministerien verkürzen. Verwaltungsprozesse wie Travelmanagement  
161 und Standard-Beschaffungen sollten nicht mehr in jedem Ministerium einzeln  
162 verwaltet werden, sondern zentralisiert werden. Wir wollen eine flexiblere  
163 Laufbahnordnung und mehr Austausch mit der Privatwirtschaft. Die Bundesagentur  
164 für Sprunginnovationen (SPRIND) sollte ein Vorbild für die Freisetzung von  
165 Potentialen sein. Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz haben wir Freiräume für  
166 Innovation geschaffen - etwa durch den Verzicht auf Zwischeninstanzen und eine  
167 Ausnahme vom Besserstellungsverbot, um hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.  
168 So können etwa Top-Experten aus der Wirtschaft projektbezogen oder zeitlich  
169 befristet für Spezialaufgaben zu marktgerechteren Konditionen angeworben werden,

170 was mit den üblichen Instrumenten des öffentlichen Dienstrechts nicht gelingt.  
171 Auch den sogenannten nachgeordneten Bereich der Ministerien müssen wir in den  
172 Blick nehmen. Die Zahl der Behörden und Einrichtungen wollen wir spürbar  
173 reduzieren. Es braucht eine Verschlinkung der gesamten Behördenlandschaft. Dabei  
174 sollten wir den Mut haben, auch neue Wege zu bestreiten - beispielsweise die  
175 Abschaffung oder Neuaufstellung von Behörden wie dem Umweltbundesamt. Das spart  
176 Steuerzahlergeld und kann durch weniger Überlappungen für mehr Effizienz sorgen.  
177 Die Stellenzahl in der Bundesverwaltung außerhalb der Sicherheitsbehörden wollen  
178 wir deutlich reduzieren. Das Entwicklungsministerium sollte mit dem Auswärtigen  
179 Amt fusioniert werden. Das Bundesministerium für Bau und Wohnen wird in ein  
180 bestehendes Ministerium integriert. Das Querschnittsthema  
181 Digitalisierung, das alle Ressorts betrifft und überall Ressourcen bindet,  
182 sollte in einem Digitalisierungsministerium zusammengefasst werden.

### 183 **Mit einer Föderalismusreform den Staat modernisieren**

184 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

185 Die föderale Struktur und Verwaltung in Deutschland hat sich bewährt, aber sie  
186 braucht ein Update, das Effizienz und Bürgerfreundlichkeit in den Mittelpunkt  
187 stellt. Ein agiler Staat, der zeigt, dass er sich selbst reformieren kann,  
188 beweist seine Handlungsfähigkeit und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und  
189 Bürger in demokratische Institutionen. Eine Generalinventur ist dafür der erste  
190 notwendige Schritt. Es müssen alle föderalen Zuständigkeiten und  
191 Verwaltungsprozesse einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Zu viele  
192 Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen überschneiden sich  
193 bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Generalinventur muss von einem klaren  
194 politischen Willen getragen sein, die Effizienz und Handlungsfähigkeit des  
195 Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform abgeschlossen werden.  
196 Für uns haben Reformen im Finanz- und im Bildungsbereich, bei der Inneren  
197 Sicherheit, dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, der Migration und der  
198 Digitalisierung Priorität.

### 199 **Konzentration von Bundesmitteln auf Bundesaufgaben**

200 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

201 Im Zuge einer Föderalismusreform muss auch das Steueraufkommen zwischen Bund und  
202 Ländern so verteilt werden, dass die inzwischen erhebliche Mitfinanzierung von  
203 Länderaufgaben durch den Bund von diesem auch geleistet werden kann. Wir Freie  
204 Demokraten wollen Ausgaben des Bundes stärker auf die originären Aufgaben des  
205 Bundes grundsätzlich beschränken. Aufgaben der Länder sollte der Bund nur in  
206 Ausnahmefällen bezuschussen. Ein starker Föderalismus braucht klare  
207 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Wir halten eine neue  
208 Finanzföderalismuskommission daher für unerlässlich und werden uns für deren  
209 Einsetzung stark machen. Werden Aufgaben zwischen Bund und Ländern verändert,  
210 muss dies auch durch eine Änderung der Finanzierungsströme unterlegt sein.

### 211 **Staatsbeteiligungen veräußern**

212 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

213 Wir Freie Demokraten wollen Staatsbeteiligungen veräußern, weil private

214 Investoren die besseren Unternehmer sind. Wir wollen, dass der Staat nur an  
215 Unternehmen beteiligt ist, die für die Daseinsvorsorge unerlässlich sind und wo  
216 dies aufgrund geopolitischer Bedenken oder Abwägungen im Zusammenhang mit  
217 kritischen Infrastrukturen sinnvoll ist. Dabei müssen wir auch das  
218 Haushaltsrecht des Bundes anpassen, damit es einer gesamtwirtschaftlich  
219 sinnvollen Veräußerung von Bundesbeteiligungen nicht im Wege steht.

#### 220 **Steuerausfälle durch Finanzkriminalität und Schwarzarbeit konsequent bekämpfen**

221 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

222 Wir Freie Demokraten wollen Steuerbetrug, andere Finanzkriminalität und  
223 Schwarzarbeit konsequent bekämpfen, u.a. durch den Aufbau schlagkräftiger  
224 Strukturen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und einer Stärkung des Zolls,  
225 insbesondere der Zollämter vor Ort. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit  
226 gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern. Wir setzen uns zudem für wirksame und  
227 praktikable Regeln auf europäischer und nationaler Ebene ein, die sicherstellen,  
228 dass importierte Waren auf großen Online-Plattformen angemessen verzollt und  
229 versteuert werden.

#### 230 **Steuererklärung vereinfachen**

231 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

232 Wir Freie Demokraten streben an, möglichst vielen Arbeitnehmern, Rentnern und  
233 Pensionären die Abgabe einer Einkommensteuererklärung zu ersparen bzw. so  
234 einfach wie möglich zu machen. Deshalb wollen wir unser Konzept einer "Easy  
235 Tax", die eine vorausgefüllte Steuererklärung für viele Steuerzahler vorsieht,  
236 konsequent weiterverfolgen und weiterentwickeln. Das gelingt u.a. durch eine  
237 vollautomatisierte Veranlagung und eine Rentenabzugsteuer. Eine großzügige  
238 Arbeitstagepauschale ersetzt und vereinfacht die bisherigen Regelungen zum  
239 häuslichen Arbeitszimmer, zur Homeoffice- und Entfernungskostenpauschale. Wir  
240 wollen eine Doppelbesteuerung von Renten vermeiden.

#### 241 **Once-Only-Verfahren für Bürger und Unternehmen**

242 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

243 Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürger und Unternehmen ihre Daten nur noch  
244 einmal an die Verwaltung übermitteln – und nicht jeder Behörde einzeln ("Once-  
245 Only-Prinzip"). Dafür benötigen wir digitale Identitäten für die Bürger. Mit  
246 Zustimmung der Betroffenen werden die Daten bedarfsgerecht zwischen den  
247 zuständigen staatlichen Stellen wie Kommune, Land oder Bund verfügbar gemacht.  
248 Außerdem soll es Unternehmen ermöglicht werden, regelmäßige Berichte einfach und  
249 unkompliziert durch Anpassung der Daten in einem Online-Portal auf den neuesten  
250 Stand zu bringen, statt immer wieder vollständig neue Berichte abzugeben. Das  
251 vermeidet lästige Wiederholungen und baut unnötige Bürokratie ab. Es spart Zeit  
252 für alle Seiten, reduziert Fehlerquellen und sorgt für einen unkomplizierteren  
253 Kontakt mit der Verwaltung.

#### 254 **Steuervereinfachung und Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) 255 sowie Familienunternehmen**

256 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

257 Wir Freie Demokraten wollen die Besteuerung vor allem für kleine und mittlere

258 Unternehmen und Familienunternehmen einfacher machen und sie so entlasten. So  
259 sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur Ist-Besteuerung bei der  
260 Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten. Kleinunternehmen  
261 erhalten ein Wahlrecht auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabenpauschale.  
262 Wir erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und  
263 erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der  
264 Sofortabschreibungsgrenze liegt. Gastronomische Angebote müssen bezahlbar  
265 bleiben. Ein reduzierter Umsatzsteuer-Satz für Speisen in der Gastronomie gilt  
266 in 23 EU-Mitgliedstaaten und sollte auch in Deutschland gelten. Ein  
267 einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen, egal ob vor Ort oder  
268 zum Mitnehmen, würde nicht nur den Kunden, sondern auch den Beschäftigten in der  
269 Gastronomie zu Gute kommen. Wir Freie Demokraten wollen den Katalog der Umsätze  
270 zum ermäßigten Steuersatz vereinfachen und entbürokratisieren.

### 271 **Steuerverfahren für Bürger und Unternehmen vereinfachen und entbürokratisieren**

272 Wir Freie Demokraten wollen Steuerverfahren einfacher und schneller machen. Ein  
273 risikobasierter Ansatz entlastet die Finanzverwaltung und konzentriert den  
274 Ressourceneinsatz auf die wirklich wichtigen Fälle. Wir bauen Dokumentations-  
275 und Nachweispflichten im internationalen Unternehmensteuerrecht ab. Das  
276 europäische Mindestmaß bietet bereits einen ausreichenden Schutz gegen  
277 missbräuchliche Steuergestaltungen. Mehr Stichproben sind eine effektivere  
278 Alternative zu den ausufernden Berichts- und Dokumentationspflichten, die in den  
279 Unternehmen viel Zeit und Kapital binden. Behörden sollen sich darauf  
280 konzentrieren, bei tatsächlichen Fehlentwicklungen einzugreifen, anstatt  
281 misstrauisch viele ordnungsgemäß ablaufende Routinefälle zu prüfen. Wir wollen  
282 die Kultur des Misstrauens überwinden.

### 283 **Privates Kapitalmobilisieren**

284 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

285 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass eine Wirtschaftswende in Deutschland  
286 nur gelingen kann, indem wir das Ökosystem für privates Kapital stärken und so  
287 die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft fördern. Wir müssen steuerliche  
288 Rahmenbedingungen für private Investoren in Deutschland verbessern, wie mit der  
289 WIN-Initiative vorgeschlagen. Um die Abwanderung privater Kapitalgeber und  
290 institutioneller Investoren in das Ausland zu verhindern, braucht es  
291 konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Investitionen in Start-ups und  
292 Wachstumsunternehmen. Wir wollen daher die Kapitalmarktunion vertiefen, denn sie  
293 ist ein Booster für private Investitionen. Die notwendige Integration des  
294 Kapitalmarkts gelingt durch eine besser abgestimmte Finanzaufsicht, eine  
295 zusätzliche Harmonisierung des Insolvenzrechts und einen einfacheren  
296 Regulierungsrahmen. Dabei wollen wir bankbasierte Unternehmensfinanzierungen  
297 klüger mit dem Kapitalmarkt verbinden. Neben einem attraktiven Steuersystem und  
298 einer unbürokratischen Verwaltung gehört für uns dazu, private Kapitalgeber  
299 stärker über Öffentlich-Private-Partnerschaften in öffentliche  
300 Infrastrukturprojekte einzubinden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die  
301 Kooperation mit einer fairen Verteilung von Nutzen, Kosten und Risiken  
302 einhergeht.

303 **Bankenunion vertiefen**

304 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

305 Wir Freie Demokraten wollen die Bankenunion in der EU weiter vertiefen, weil wir  
306 ein leistungsfähiges grenzüberschreitendes Bankensystem brauchen, um das Kapital  
307 dort einzusetzen, wo es am sinnvollsten ist. Als Freie Demokraten haben wir die  
308 Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) stets kritisch gesehen.  
309 EDIS würde keinen Zusatznutzen für die Finanzstabilität bringen, sondern die  
310 besonders bewährten Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken in  
311 Deutschland gefährden. Eine etwaige Unterstützung des europäischen  
312 Abwicklungsfonds für die nationalen Einlagensicherungssysteme lehnen wir  
313 nachdrücklich ab. Wir wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei  
314 der europäischen Regulierung von Banken und Versicherungen schrittweise beenden  
315 und durch marktorientierte Ansätze ersetzen.

316 **Zeitgemäße Finanzmarktregulierung**

317 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

318 Wir Freie Demokraten stehen für eine zeitgemäße Finanzmarktregulierung, die  
319 zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit in den Blick nimmt, und für eine Aufsicht,  
320 die effektiv und effizient private Gläubigerinnen und Gläubiger schützt,  
321 systemische Krisen verhindert und den Marktteilnehmern ein „Level Playing Field“  
322 sicherstellt. Wir wollen das Aufgabenspektrum der Bundesanstalt für  
323 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) um die Finanzplatzförderung erweitern, um  
324 FinTech- und Kryptoinnovationen besser zu unterstützen. Wir wollen prüfen, ob  
325 die bestehende Regulierung verhältnismäßig ist und sowohl die  
326 Wettbewerbsfähigkeit als auch die Schutzinteressen angemessen berücksichtigt.  
327 Auch hier wollen wir vermeiden, dass die Regelungen in Deutschland über die  
328 europäischen Mindestanforderungen hinausgehen.

329 **Potentiale von Versicherungen und Pensionsfonds konsequent nutzen**

330 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

331 Wir Freie Demokraten wollen, dass Kapitalsammelstellen wie Versicherer und  
332 Pensionsfonds stärker in Aktien und Venture Capital als bislang investieren  
333 können. Zudem fordern wir die Etablierung eines offenen und transparenten  
334 Datenökosystems im Versicherungsbereich („Open Insurance“). Das stärkt die  
335 Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Versicherungsbranche.

336 **ETFs auf Kryptowährungen ermöglichen**

337 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

338 Wir Freie Demokraten begrüßen die Entwicklung von Kryptowährungen und Digital  
339 Ledger Technologie und setzen uns für die Zulassung von Krypto-ETFs ein. Dafür  
340 müssen auf europäischer und nationaler Ebene die rechtlichen Rahmenbedingungen  
341 geschaffen werden. Privatanleger erhalten dadurch einen seriösen Zugang zu  
342 dieser Anlageklasse ohne zusätzliche Bonitätsrisiken. Krypto-ETFs stärken zudem  
343 Europa als Krypto- und Börsenstandort. Wir sind offen dafür, dass die  
344 Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank Kryptowährungen wie Bitcoin  
345 als Währungsreserven verwenden. Das kann die Resilienz des europäischen  
346 Währungssystems stärken.

347 **Mitarbeiter- und Gewinnbeteiligungen vereinfachen und attraktiver machen**

348 Wir Freie Demokraten wollen den Freibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen  
349 erhöhen und (die Nutzung des Freibetrags) mehr Arbeitnehmern zugänglich machen.  
350 Zudem sollte auch ein Aufschub von Sozialversicherungsbeiträgen eingeführt  
351 werden.

352 **Keine europäische Schuldenunion**

353 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

354 Wir Freie Demokraten sind strikt gegen eine Verschuldungskompetenz der  
355 Europäischen Union. Der EU-Wiederaufbaufonds Next Generation EU muss eine  
356 einmalige Ausnahme bleiben. Weitere EU-Schuldenfonds wären ein Rechts- und  
357 Vertrauensbruch. Die Europäische Union braucht keine neuen Schulden, sondern  
358 muss sich auf die Kernaufgaben mit europäischem Mehrwert besinnen. Wir Freie  
359 Demokraten positionieren uns deshalb dezidiert gegen eine Europäische  
360 Schuldenunion.

361 **Nationale Folgekosten europäischer Gesetzgebung begrenzen**

362 Wir Freie Demokraten wollen die Kosten der europäischen Gesetzgebung, die auf  
363 nationaler Ebene anfallen, begrenzen. Das gelingt, indem die EU das  
364 Subsidiaritätsprinzip stärker achtet und mehr Regelungen den nationalen  
365 Gesetzgebern überlässt. Wir wollen verhindern, dass der deutsche Gesetzgeber bei  
366 der Umsetzung von EU-Richtlinien mehr regelt als nötig und so Bürgern und  
367 Unternehmen unnötige bürokratische Lasten auferlegt. Nationale  
368 Überregulierungen, die bereits in der Vergangenheit eingeführt wurden, wollen  
369 wir rückabwickeln. Es braucht eine Rückbesinnung auf das nach EU-Recht zwingend  
370 Notwendige. Außerdem fordern wir einen Parlamentsvorbehalt gegenüber der  
371 Bundesregierung für Legislativvorschläge der EU, die hohe Folgekosten auf  
372 nationaler Ebene nach sich ziehen.

373 **Bargeld als Zahlungsmittel bewahren**

374 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

375 Wir Freie Demokraten stehen für den Erhalt des Bargelds. Wir befürworten, wenn  
376 es neben dem Bargeld eine breite Akzeptanz von Kartenzahlungen gibt. Ein das  
377 Bargeld ergänzender digitaler Euro muss die Privatsphäre der Nutzer respektieren  
378 und sowohl online als auch offline nutzbar sein. Es darf keinen Zwang zur  
379 Nutzung des digitalen Euro geben und es dürfen keine zusätzlichen Risiken für  
380 das Finanzsystem entstehen.

381 **Kohäsionspolitik reformieren**

382 Wir Freie Demokraten wollen die Struktur des EU-Haushalts so anpassen, dass er  
383 für künftige Erweiterungsrounden gerüstet ist. Dazu bedarf es einer neuen  
384 Schwerpunktsetzung, die weniger auf regionale Umverteilung und Strukturförderung  
385 setzt und stärker Projekte mit europäischem Mehrwert betont.

## Antrag M006: Module AG 6: Nachhaltigkeit durch Innovation

Antragsteller/-in:	Bundесvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Module

Der Bundесvorstand möge beschließen:

### 1 **Module AG 6: Nachhaltigkeit durch Innovation**

#### 2 **Luftverkehrsstandort durch Abbau staatlicher Belastungen stärken**

3 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

4 Der Luftverkehrsstandort Deutschland muss wieder international wettbewerbsfähig  
5 werden. Gute Verbindungen in die Welt sind entscheidend für einen starken  
6 Wirtschaftsstandort. Wir Freie Demokraten werden für eine Stärkung unseres  
7 Standorts staatliche Belastungen abbauen: Wir wollen die Luftverkehrssteuer  
8 streichen und Luftsicherheitsgebühren senken. Airlines und Flughäfen brauchen  
9 unternehmerische Freiheit statt staatlicher Gängelung.

#### 10 **Klimaschutz im Luftverkehr marktwirtschaftlich und wettbewerbsneutral gestalten**

11 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

12 Wir Freie Demokraten wollen Klimaschutz im Luftverkehr mit Innovationen und  
13 neuen Technologien erreichen. Die EU-Quoten für erneuerbare Flugkraftstoffe  
14 dürfen europäische Airlines nicht einseitig belasten. Europaweite Abgaben wollen  
15 wir so gestalten, dass sie fair und zielgerichtet wirken, um  
16 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Wir setzen auf marktwirtschaftliche  
17 Instrumente wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung über das europäische Emissionshandelssystem,  
18 die alle Marktteilnehmer gleichbehandelt. Nationale Sonderabgaben und Quoten  
19 dagegen sind ein planwirtschaftlicher Irrweg und müssen abgeschafft werden. Wir  
20 brauchen Offenheit für neue Technologien und Anreize für Innovationen bei  
21 alternativen Antrieben und erneuerbaren Kraftstoffen.

#### 22 **Flughäfen modernisieren, automatisieren und vernetzen**

23 Wir Freie Demokraten setzen auf die Innovationskraft privater Investoren, um  
24 Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren. Sicherheitskontrollen etwa  
25 sollen mit moderner Technik wie CT-Scannern effizienter werden. Die  
26 Modernisierung der Flughafeninfrastruktur darf nicht an staatlicher Bürokratie  
27 scheitern. Die Anbindung der Flughäfen wollen wir durch privatwirtschaftliche  
28 Kooperationen zwischen den Verkehrsträgern mit dem Luftverkehr verbessern.

#### 29 **Güterverkehr durch sinnvolles Verkehrsmanagement beschleunigen**

30 Deutschland braucht als Exportnation und europäische Logistikkreuzung eine  
31 leistungsfähige Transportwirtschaft. Wir Freie Demokraten setzen auf die  
32 Deregulierung und Innovation: Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll  
33 Verkehrsströme intelligent steuern. LKW sollen Seitenstreifen flexibler befahren  
34 können. Eine digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen erhöht die Effizienz bei  
35 der Organisation der gesetzlich festgelegten Pausen.

36 **Logistikstandort Deutschland – Überregulierung stoppen und Bürokratielasten**  
37 **abbauen**

38 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen deutlichen Bürokratieabbau in der  
39 gesamten Logistikbranche ein. Dokumentations- und Berichtspflichten wollen wir  
40 auf das Nötigste begrenzen – insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen.  
41 Übermäßige Vorschriften hemmen Innovationen und schwächen die  
42 Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmer sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren  
43 können, statt Zeit mit Bürokratie zu verschwenden. Doppelte Berichtspflichten  
44 lassen sich durch gegenseitige behördliche Anerkennung vermeiden. Mit höheren  
45 Schwellenwerte für Unternehmensgrößen wollen wir den Mittelstand spürbar  
46 entlasten. Wir werden den "Trickle-Down-Effekt" stoppen, der auch kleine  
47 Unternehmen in den Berichtspflichten-Sog zieht.

48 **Moderne Infrastruktur – Planungsverfahren beschleunigen**

49 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

50 Wir Freie Demokraten werden massiv überflüssige Vorschriften im Verkehrssektor  
51 abbauen. Wir wollen das Planungsrecht grundlegend vereinfachen und  
52 Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir wollen die Planungszeiten für alle  
53 Infrastrukturprojekte halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und  
54 digitale Netze schneller auszubauen. Die über Jahrzehnte vernachlässigte  
55 Infrastruktur braucht unsere volle Aufmerksamkeit. Statt langwieriger  
56 Einzelgenehmigungen setzen wir auf bundeseinheitliche Standardisierungen. Die  
57 Digitalisierung der Verwaltungsprozesse treiben wir konsequent voran.

58 **Autonomes Fahren zum Durchbruch verhelfen**

59 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

60 Wir Freie Demokraten fordern die schnelle Zulassung automatisierter Fahrsysteme  
61 aller Levels und deren Anwendungen im Realbetrieb. Deutschland als Vorreiter  
62 beim autonomen Fahren – das ist unsere Vision. Den rechtlichen Rahmen wollen wir  
63 technologieoffen gestalten, um Innovationen zu ermöglichen. Die Testung  
64 autonomer Fahrzeuge erleichtern wir durch beschleunigte Genehmigungsverfahren.  
65 Die notwendige digitale Infrastruktur bauen wir konsequent aus. Neue  
66 Geschäftsmodelle wie autonome Shuttles oder automatisierte Logistik behindern  
67 wir nicht durch bürokratische Hürden. Damit wirken wir auch dem Fachkräftemangel  
68 entgegen.

69 **Fachkräftemangel bei LKW-Fahrern: Einwanderung und Ausbildung stärken**

70 Der massive Fahrermangel gefährdet unsere Lieferketten. Wir brauchen ein  
71 modernes Einwanderungsrecht, das qualifizierten Berufskraftfahrern aus dem  
72 Ausland den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Führerscheine wollen  
73 wir unbürokratisch anerkennen und Prüfungen mehrsprachig anbieten. Wir wollen  
74 die Berufskraftfahrerausbildung entschlacken – starre EU-Regularien lehnen wir  
75 ab. Das begleitete Fahren ab 16 Jahren wollen wir auch für die Ausbildung  
76 öffnen.

77 **Infrastruktur – Mauteinnahmen und private Investitionen nutzen**

78 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

79 Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für den

80 Logistikstandort Deutschland, für Wohlstand und Wachstum. Wir Freie Demokraten  
81 wollen Mauteinnahmen zweckgebunden prioritär für den Erhalt und den Ausbau von  
82 Straßen und Brücken nutzen. Die Autobahn GmbH soll dafür eigene Einnahmen aus  
83 der LKW-Maut erhalten. Toll Collect soll in der Autobahn GmbH aufgehen. Außerdem  
84 setzen wir auf die Kraft privater Investitionen durch Investmentfonds,  
85 Pensionskassen und Private Equity. Wir wollen die Autobahn GmbH kreditfähig  
86 machen. Verkehrsträgerbezogene Finanzierungskreisläufe müssen gestärkt und  
87 Sanierungsprogramme für Brücken und Bahnkorridore verstetigt werden, damit wir  
88 Planungs- und Baukapazitäten aufbauen können. Wir setzen darüber hinaus auf  
89 private Investitionen in die Ladeinfrastruktur: Wir sorgen dafür, dass  
90 privatwirtschaftlich errichtete Ladeparks entlang von Autobahnen einfacher  
91 entstehen können. Dazu ändern wir das Bundesfernstraßengesetz. Auch an bislang  
92 unbewirtschafteten Rastanlagen muss es erlaubt sein, durch den Verkauf von Waren  
93 die Infrastruktur für PKW und LKW-Fahrer zu verbessern. Von dieser  
94 Angebotsvielfalt profitieren alle Reisenden.

#### 95 **Güterverkehr durch flexible Zeitfenster und schnelle Genehmigungen entfesseln**

96 Die starren Sonn- und Feiertagsfahrverbote für LKW sowie die unflexiblen  
97 Nachtflugverbote sind nicht mehr zeitgemäß und behindern unseren Güterverkehr.  
98 Wir wollen sie aufheben, besonders bei uneinheitlichen Feiertagen zwischen  
99 Bundesländern. Genehmigungen für Schwer- und Großraumtransporte wollen wir  
100 massiv vereinfachen - mit einer Genehmigungsfiktion nach angemessener Frist.  
101 Alle Industriegüter sind dabei gleich zu behandeln. Nur ein flexibler,  
102 unbürokratischer Güterverkehr sichert unsere Position als führende Exportnation.

#### 103 **Digitale Kontrollen im Güterverkehr**

104 Wir Freie Demokraten fordern die beschleunigte Implementierung des  
105 elektronischen Frachtinformationssystems (eFTI) in der EU. Eine effiziente  
106 Rechtsdurchsetzung braucht moderne digitale Werkzeuge statt analoger Bürokratie  
107 und immer neuer Gesetze. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die digitalen  
108 Infrastrukturen EU-weit einheitlich umgesetzt werden. Die Entwicklung digitaler  
109 Schnittstellen zwischen Behörden und Unternehmen fördern wir durch gezielte  
110 Investitionsanreize.

#### 111 **Klimaneutrale Weiterentwicklung der Nutzfahrzeugflotte marktwirtschaftlich 112 gestalten**

113 Wir wollen die Umstellung auf klimafreundliche Antriebe durch  
114 marktwirtschaftliche Anreize statt durch Verbote erreichen. Die CO2-basierten  
115 Lkw-Maut-Einnahmen wollen wir stärker in die Transformation des  
116 Straßengüterverkehrs reinvestieren: durch eine nach Unternehmensgröße  
117 gestaffelte und degressiv ausgestaltete Förderung für Null-Emissions-Fahrzeuge  
118 und den Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur. Die Mautbefreiung für  
119 emissionsfreie Fahrzeuge werden wir verlängern, alternative Kraftstoffe durch  
120 Maut- und Steuervorteile wettbewerbsfähig machen. Wir haben im Blick, dass der  
121 Logistiksektor als künftig energieintensive Branche einen wettbewerbsfähigen  
122 Strompreis braucht.

#### 123 **Hafenstandorte und Wasserstraßen zukunftsfähig entwickeln**

124 Wir Freie Demokraten wollen See- und Binnenhäfen marktwirtschaftlich stärken und

125 die in der Nationalen Hafenstrategie vereinbarten Maßnahmen konsequent umsetzen.  
126 Wir setzen uns für den Schutz bestehender und die Entwicklung neuer Hafenflächen  
127 ein. Die versprochene Bundesbeteiligung an der Hafenfinanzierung wollen wir  
128 realisieren. Die deutschen Binnenhäfen verbinden Schiff, Bahn und LKW und sind  
129 unverzichtbar für unsere Wirtschaft. Sie sind Zentren für Energiewende,  
130 Kreislaufwirtschaft und militärische Resilienz. Die deutschen Seehäfen sind  
131 zusätzlich zentrale und unverzichtbare Motoren unseres Außenhandels und damit  
132 von überragendem wirtschafts- und auch sicherheitspolitischen Interesse. Sie  
133 sollten daher als kritische Infrastruktur kategorisiert und ausländische  
134 Investitionen, insbesondere von Investoren und Unternehmen, die umfangreichen  
135 Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, entsprechend geprüft  
136 werden.

#### 137 **Infrastrukturoffensive für leistungsfähige Wasserstraßen starten**

138 Private Investitionen in innovative Hafentechnologien wollen wir durch die  
139 Fortschreibung der IHATEC-Förderrichtlinien unterstützen. Die erfolgreichen  
140 Maßnahmen zur Klimaresilienz des Rheins werden wir auf weitere Flüsse ausweiten  
141 und die Abladeoptimierung am Mittelrhein beschleunigen wir. Der desolate Zustand  
142 unserer Wasserstraßeninfrastruktur gefährdet den Wirtschaftsstandort  
143 Deutschland.

#### 144 **Verkehrsträger besser vernetzen als Schlüssel für effiziente Logistik**

145 Wir Freie Demokraten fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Schienen- und  
146 Straßenanbindungen unserer Häfen. Wir wollen die Vor- und Nachlaufverkehre zu  
147 Binnenhäfen von der Mautpflicht befreien und die 44-Tonnen-Regelung auf nicht-  
148 containerisierte Ladungen ausweiten. Die KV-Förderung für Suprastrukturen werden  
149 wir mit mindestens 90 Mio. Euro jährlich fortschreiben. Wir wollen das  
150 Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) für Aus- und Neubauten in  
151 Häfen öffnen und die Förderhöchstgrenze aufheben. Wir treiben die  
152 Digitalisierung der Logistikketten vom Hafen ins Hinterland weiter voran. Eine  
153 leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Grundvoraussetzung für erfolgreiche  
154 Häfen. Nur das reibungslose Zusammenspiel aller Verkehrsträger sichert die  
155 Wettbewerbsfähigkeit unserer maritimen Wirtschaft.

#### 156 **Digitalisierung der Binnenhäfen vorantreiben**

157 Wir Freie Demokraten setzen auf smarte Häfen, um im internationalen Wettbewerb  
158 erfolgreich zu bleiben. Wir glauben an private Investoren als Treiber der  
159 digitalen Transformation, unterstützt durch eine gezielte Förderung. Die  
160 erfolgreichen Förderrichtlinien für Digitale Testfelder in Häfen wollen wir  
161 dafür mit ausreichenden Mitteln fortschreiben. Automatisierte Schiffs- und  
162 Logistikkonzepte dürfen nicht durch überbordende Regulierung ausgebremst werden.  
163 Stattdessen brauchen wir marktwirtschaftliche Anreize, die digitale Innovationen  
164 und neue Technologien im Hafenbereich voranbringen.

#### 165 **Wettbewerbsfähige Schienenanbindung der Häfen sichern**

166 Wir Freie Demokraten fordern gleiche Bedingungen für alle Hafen-Schienenanlagen,  
167 um den Schienengüterverkehr zu stärken. Wir wollen die unterschiedliche  
168 Behandlung von bundeseigenen und nicht-bundeseigenen Anlagen beenden und mit  
169 einheitlichen Nutzungsentgelten und klaren Wettbewerbsregeln für Fairness

170 sorgen. Vorgelagerte Gleise im Bundeseigentum werden wir bei Ausbau- und  
171 Ersatzprojekten endlich priorisieren. Hafentreiber sollen DB-Anlagen  
172 übernehmen können, wenn sie diese effizienter betreiben. Sanierungsmaßnahmen der  
173 Deutschen Bahn müssen mit den Binnenhäfen besser abgestimmt werden, um lange  
174 Unterbrechungen zu vermeiden. So schöpfen wir das Potenzial der Schiene optimal  
175 aus.

#### 176 **Bürokratische Fesseln der Hafentrewirtschaft lösen**

177 Wir Freie Demokraten wollen Genehmigungsverfahren für Hafenanlagen massiv  
178 entbürokratisieren. Die ausufernde und kleinteilige Regulierung gefährdet die  
179 Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen. Wir wollen Standards für Hafengebiete  
180 praxistgerecht überarbeiten, besonders im Immissionsschutz und Wasserrecht.  
181 Heranrückende Wohnbebauung darf bestehende Hafenaktivitäten nicht einschränken.  
182 Starre Umweltauflagen ersetzen wir durch flexible, praxistgerechte Regelungen.  
183 Statt neuer Vorschriften brauchen die Häfen unternehmerische Freiräume für  
184 Innovation und Wachstum.

#### 185 **Häfen als Zentren der Versorgungssicherheit stärken**

186 Wir Freie Demokraten wollen unsere Häfen als Schlüsselstandorte für die  
187 Produktion und Verteilung neuer Energien wie Windenergie und Wasserstoff  
188 ausbauen. Wir setzen dabei auf marktwirtschaftliche Anreize in moderne  
189 Umschlagsanlagen und auf stabile, technologieoffene Bedingungen für  
190 Investitionen. Der Bund muss sich substantiell an den Infrastrukturkosten  
191 beteiligen. Das angekündigte Förderprogramm für wasserseitige Infrastrukturen  
192 wollen wir endlich umsetzen. Zudem wollen wir ein Investitionsprogramm für  
193 hafentrebezogene Infrastruktur auflegen und es durch einen überjährigen  
194 Infrastrukturfonds sichern. Als systemrelevante Standorte für die  
195 Versorgungssicherheit, für nationale Reserven und militärische Verlegungen  
196 müssen Häfen besonders unterstützt werden.

#### 197 **Maritime Arbeitswelt zukunftsfähig gestalten**

198 Seehäfen sichern gute Arbeitsplätze und müssen fit für die Zukunft bleiben. Wir  
199 Freie Demokraten wollen moderne Aus- und Weiterbildungskonzepte stärken, damit  
200 Beschäftigte auf neue Anforderungen vorbereitet sind. Die Ausbildungsstätten in  
201 den Häfen müssen konsequent modernisiert werden. Statt starrer Regeln setzen wir  
202 auf flexible Arbeitszeiten und digitale Fähigkeiten, um die Hafentrearbeit zu  
203 modernisieren.

#### 204 **Freizeitschiffahrt und Tourismus**

205 Die Tourismus- und Freizeitschiffahrt auf Binnen- und Seegewässern hat für  
206 viele Menschen einen hohen Freizeitwert und leistet einen wichtigen Beitrag zum  
207 Tourismus. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Sicherstellung einer modernen  
208 und zugänglichen Infrastruktur ein, die den Anforderungen der regionalen Sport-  
209 und Freizeitschiffahrt gerecht wird. Dazu gehören gut ausgebaute Wasserstraßen,  
210 sichere Liegeplätze und umweltfreundliche Technologien, um diese Form der  
211 Freizeitgestaltung nachhaltig und attraktiv zu gestalten.

#### 212 **Tempolimit wäre nur Symbolpolitik**

213 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

214 Wir Freie Demokraten lehnen ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen  
215 ab. Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer - ob Auto, Fahrrad, E-  
216 Scooter oder Fußgänger - erreichen wir nicht durch Verbote, sondern durch  
217 ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt. Die Autobahnen in Deutschland  
218 zählen zu unseren sichersten Straßen. Auch im internationalen Vergleich lässt  
219 sich kein Zusammenhang zwischen einem generellen Tempolimit und einem erhöhten  
220 Sicherheitsniveau auf Autobahnen feststellen. Zur Emissionsreduktion setzen wir  
221 auf den Emissionshandel und innovative Technologien wie intelligente  
222 Leitsysteme, die dem Fahrer helfen, Staus und Umwege zu umgehen. Damit wird  
223 stockender Verkehr vermieden, der CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöht und außerdem auch das  
224 Unfallrisiko.

### 225 **Mobilitätsinnovationen durch Deregulierung entfesseln**

226 Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zum Innovationsführer für  
227 zukunftsweisende Mobilität machen. Dazu wollen wir autonomes Fahren zügig  
228 zulassen und den Taximarkt durch eine mutige PBefG-Novelle liberalisieren. Die  
229 Chancen der Plattformökonomie dürfen nicht durch überbordende Regulierung  
230 behindert werden. Neue, digitale Mobilitätsangebote brauchen einen  
231 technologieoffenen Rechtsrahmen statt bürokratischer Fesseln.

### 232 **Technologieoffenheit bei Antrieben und Kraftstoffen durchsetzen**

233 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

234 Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Kraftstoffe wie HVO und PtL steuerlich  
235 entlasten und neue Antriebstechnologien schneller zulassen. Wir wollen eine  
236 Gleichstellung von Elektromobilität, erneuerbaren Kraftstoffen und  
237 Wasserstoffmobilität bei jeglicher Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Die  
238 Ladeinfrastruktur werden wir bedarfsgerecht und marktwirtschaftlich ausbauen  
239 statt nach starren staatlichen Vorgaben. Genehmigungsverfahren, etwa bei  
240 Netzanschlüssen beschleunigen wir. Die Wirtschaft braucht Freiräume für  
241 innovative Lösungen statt dirigistischer Subventionspolitik. Die Transformation  
242 der Mobilität gelingt nur durch Technologieoffenheit.

### 243 **Automobilkultur bewahren und Oldtimer-Tradition schützen**

244 Wir Freie Demokraten schützen die Oldtimer-Kultur in Deutschland. Das Auto ist  
245 nicht nur Verkehrsmittel, sondern bedeutendes Kulturgut unseres Landes. Die  
246 pauschale Kfz-Steuer für Oldtimer (H-Kennzeichen) muss als Anerkennung der  
247 kulturhistorischen Bedeutung erhalten bleiben. Klassiker-Treffen sind wichtige  
248 kulturelle Veranstaltungen, die nicht durch überzogene Auflagen oder  
249 willkürliche Verbote verhindert werden dürfen. Oldtimer fahren wenig und haben  
250 kaum Einfluss auf die Klimabilanz.

### 251 **Motorradfahren verantwortungsvoll ermöglichen**

252 Wir Freie Demokraten stärken das Motorrad als Symbol für Freiheit und  
253 effiziente, individuelle Mobilität. Motorisierte Zweiräder sind ein wichtiger  
254 Teil moderner Fortbewegung, besonders in Städten und im Pendlerverkehr. Die  
255 erfolgreiche B196-Regelung für Pkw-Führerscheininhaber wollen wir erhalten und  
256 auf EU-Ebene verteidigen. Statt auf Verbote setzen wir auf Eigenverantwortung  
257 der Motorradfahrer, etwa beim Thema Lärmemissionen. Die technologieoffene  
258 Transformation der Zweiradmobilität unterstützen wir durch faire

259 Rahmenbedingungen für Elektroantriebe und nachhaltige Kraftstoffe. Mit über  
260 130.000 Arbeitsplätzen und 11,6 Milliarden Euro Umsatz in Deutschland ist das  
261 Motorrad ein starker Wirtschaftsfaktor, den wir zukunftsfähig machen wollen. Das  
262 Motorrad steht für Freiheit und umwelteffiziente individuelle Mobilität.

### 263 **Technologieoffenheit statt Verbrenner-Verbot**

264 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

265 Wir Freie Demokraten wollen die Transformation des Autos marktwirtschaftlich  
266 umsetzen. Wir fordern den Abbau regulatorischer Hürden für jede Technologie. Ein  
267 Verbot des Verbrennungsmotors lehnen wir entschieden ab und wollen mit  
268 nachhaltigen Kraftstoffen seine Zukunft auch nach 2035 sichern. Die Euro-7-Norm  
269 wollen wir grundlegend überarbeiten: Statt nur auf Auspuffemissionen  
270 ("Tailpipe") zu schauen, müssen wir den gesamten Lebenszyklus berücksichtigen.  
271 CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch klimaneutrale Kraftstoffe müssen bei den  
272 Flottengrenzwerten angerechnet werden. Das Auto steht für Freiheit und  
273 wirtschaftliche Stärke in Deutschland. Seine Weiterentwicklung wollen wir durch  
274 Innovation und Wettbewerb vorantreiben. Nur durch echte Technologieoffenheit  
275 sichern wir Arbeitsplätze, Wohlstand und klimafreundliche Mobilität.

### 276 **ÖPNV durch Markt und Innovation stärken**

277 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

278 Wir Freie Demokraten wollen konsequente Digitalisierung und mehr Wettbewerb im  
279 Nahverkehr. Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifschunzel gelichtet –  
280 jetzt wollen wir die starren Strukturen der Verkehrsverbände durch moderne  
281 digitale Plattformen ersetzen und das Deutschlandticket langfristig sichern.  
282 Private Anbieter sollen fair am Markt teilnehmen, ohne durch unnötige Regeln  
283 ausgebremst zu werden. Starre Linienverkehre werden wir durch flexible,  
284 bedarfsgerechte Angebote ergänzen und dafür digitale Daten stärker nutzen. Durch  
285 die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose  
286 Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden  
287 effiziente Umstiegsmöglichkeiten. Das Zusammenspiel von Bus, Bahn und anderen  
288 Verkehrsmitteln ist der Schlüssel zu einer modernen und flexiblen Mobilität.

### 289 **Führerschein als Ausdruck persönlicher Freiheit stärken**

290 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

291 Wir Freie Demokraten wollen den Führerscheinwerb modernisieren und  
292 kostengünstiger machen. Der Führerschein steht für individuelle Mobilität und  
293 Selbstbestimmung. Das begleitete Fahren wollen wir ab 16 Jahren ermöglichen –  
294 frühe Fahrpraxis erhöht die Verkehrssicherheit. Diskriminierende  
295 Fahrtauglichkeitstests für Senioren lehnen wir ab. Führerschein und  
296 Fahrzeugpapiere werden wir digitalisieren, ebenso die Führerscheinausbildung:  
297 Online-Theorieunterricht ohne Tagesobergrenze, digitale Lernplattformen,  
298 Fahrsimulatoren und moderne Prüfungsformate machen die Ausbildung flexibler,  
299 effizienter und damit kostengünstiger. Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für  
300 weitere Anbieter und einer Weiterbildung zum Fahrprüfer auch ohne  
301 Ingenieursstudium wollen wir mehr Prüftermine und kürzere Wartezeiten schaffen.

### 302 **Bahnverkehr neu ordnen: Mehr Wettbewerb auf der Schiene**

303 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

304 Wir Freie Demokraten wollen mehr Wettbewerb auf der Schiene ermöglichen und die  
305 Qualität sowie Effizienz des Zugverkehrs zu verbessern. Das Netz soll aus dem  
306 DB-Konzern herausgelöst, als eigenständige GmbH im Bundeseigentum geführt, der  
307 Bahnbetrieb privatisiert werden. Wettbewerb und Innovationsdruck und bringen  
308 bessere Dienstleistungen und günstigere Preisen für die Fahrgäste. Die  
309 Bundesmittel konzentrieren wir damit auf das Netz, mit Fokus auf Sanierung,  
310 Erhalt, Ausbau und Digitalisierung in realistischen Dimensionen – nicht nur auf  
311 den hochbelasteten Strecken, sondern auch in der Fläche. Wir wollen die  
312 zahlreichen bestehenden Finanzierungsinstrumente in einen Schienenfonds bündeln,  
313 um mehr überjährige Finanzierung und langfristige Planbarkeit zu sichern.  
314 Hochleistungskorridore setzen wir bei Erfolg fort. Die DB Holding lösen wir auf,  
315 um Machtkonzentrationen zu beenden. Durch die organisatorische Trennung kann  
316 sich der Bund voll auf die Modernisierung der Infrastruktur konzentrieren.

### 317 **Wohnungen für alle**

318 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

319 Wir Freie Demokraten wollen schnelleres und günstigeres Bauen möglich machen.  
320 Das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht muss dafür liberalisiert werden. Mit einem  
321 sofortigen Baukostenmoratorium stoppen wir neue staatliche Kostentreiber. Wir  
322 beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab  
323 und geben dem Wohnungsbau Vorrang bei Abwägungsentscheidungen. Mit einheitlichen  
324 Anforderungen und bundesweiten Typengenehmigungen bringen wir das serielle Bauen  
325 voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle  
326 Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik  
327 reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E sollte eine Blaupause  
328 für die Entrümpelung des Baurechts sein. Neben der Nachverdichtung und  
329 Aufstockung treiben wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen voran. Reagiert die  
330 Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt  
331 (Genehmigungsfiktion).

### 332 **Bauen im Bestand - Verdichtung gestalten**

333 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

334 Wir Freie Demokraten setzen neben der Ausweisung neuer Bauflächen auf der grünen  
335 Wiese auf Bauen im Bestand. Durch Dachausbau, Aufstockung und Umwidmung  
336 aktivieren wir ungenutzte Flächenpotenziale, ohne große Flächen neu zu  
337 versiegeln. Das ist effizient und umweltfreundlich. Dabei spielen wir Gewerbe  
338 und Wohnungsbau nicht gegeneinander aus, sondern schützen etwa durch eine  
339 Harmonisierung des Lärmschutzes bereits existierendes Gewerbe in Wohngebieten.

### 340 **Einfach und innovativ Bauen: Gebäudetyp E**

341 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

342 Mit dem von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E wollen wir eine Blaupause für  
343 die Entrümpelung des Baurechts schaffen und den Grundstein für einfacheres und  
344 kostengünstigeres Bauen legen. Rund 3000 Normen im Baubereich bremsen  
345 Bauprojekte unnötig aus und treiben die Kosten in die Höhe. Komfortstandards wie  
346 die Mindestanzahl von Steckdosen oder die Norminnentemperatur im Bad sollen

347 künftig nur gelten, wenn sie vertraglich vereinbart werden - wie bei der Wahl  
348 zwischen Basis- und Luxusausstattung im Auto. Das spart bis zu zehn Prozent der  
349 Baukosten. Sicherheit bleibt dabei oberste Priorität: „Safety first“ für  
350 Feuerschutz und Stabilität. Dafür brauchen wir eine Bund-Länder-Offensive für  
351 den Bau. Denn das Bauordnungsrecht wird im Wesentlichen durch die  
352 Landesbauordnungen geregelt. Hier müssen Erleichterungen nach dem Vorbild des  
353 Gebäudetyps E geschaffen werden.

#### 354 **Weg mit Bürokratie: Baukosten-TÜV einführen**

355 Die Politik ist einer der wesentlichen Kostentreiber beim Wohnungsbau. Wir Freie  
356 Demokraten wollen jede neue Norm konsequent daraufhin prüfen, welche Folgekosten  
357 sie verursacht. Ziel der Prüfung muss es sein, die vorhandene Normenflut  
358 einzudämmen und auf ein für die Praxis handhabbares Maß zu reduzieren.  
359 Grundlagen ordnungsrechtlicher Bauanforderungen dürfen ausschließlich einfache,  
360 kostengünstige und auf Gefahrenabwehr beschränkte Standards sein.  
361 Komfortstandards bleiben weiterhin möglich, sollen aber nicht mehr verpflichtend  
362 sein.

#### 363 **Realitätsnahe Gebäuderegeln statt teurer EU-Bürokratie**

364 Die EU-Kommission gefährdet mit ihrer Regulierungswut die Grundlagen für  
365 bezahlbares Wohnen und eine starke Wirtschaft. Ihre überzogenen Vorgaben  
366 belasten die gesamte Immobilienwirtschaft schwer und entzieht das Kapital, das  
367 für den dringend benötigten Neubau und Sanierungen gebraucht wird. Das muss  
368 aufhören. Besonders die EU-Gebäuderichtlinie von 2024 bedarf einer umfassenden  
369 Reform. Überzogene Verschärfungen, wie das Verbot fossiler Heizungen ab 2040,  
370 sind praxisfern, verteuern den Wohnraum in Europa und schwächen die  
371 Wettbewerbsfähigkeit der EU. Wir fordern eine sofortige Kurskorrektur: Die  
372 Umsetzungspflicht für die Mitgliedstaaten muss ausgesetzt und die Richtlinie  
373 grundlegend überarbeitet werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die  
374 Abschaffung der EU-Taxonomie ein. Sie führt bereits jetzt zur Abwertung von  
375 Bestandsimmobilien und verhindert somit Investitionen in bezahlbaren Wohnraum.

#### 376 **Faire Regeln für Mieter und Vermieter**

377 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

378 Wir Freie Demokraten wollen ausgewogene Regeln zwischen Mietern und Vermietern.  
379 Private Vermieter stellen einen Großteil der Mietwohnungen zur Verfügung,  
380 oftmals zu günstigen Preisen. Doch viele ziehen sich aus dem Markt zurück, weil  
381 Vermieten durch komplizierte Regelungen unattraktiv geworden ist. Das verschärft  
382 den Wohnungsmangel. Wir vereinfachen daher das Nebenkostenrecht. Die  
383 Mietpreisbremse ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie  
384 auslaufen. Um Anreize für den dringend notwendigen Neubau zu schaffen,  
385 durchbrechen wir die staatliche Regulierungsspirale im Mietmarkt. Einen  
386 bundesweiten Mietendeckel wird es mit uns nicht geben – er würde nur den  
387 dringend benötigten Neubau verhindern. Die starren Kappungsgrenzen bei  
388 energetischen Sanierungen verhindern die Modernisierung des Gebäudebestands,  
389 obwohl auch Mieter von sinkenden Nebenkosten profitieren. Wir wollen mehr  
390 Spielräume eröffnen. Auch die CO<sub>2</sub>-Kostenverteilung werden wir neu und für  
391 Vermieter weniger aufwendig regeln. Vermieter sollen außerdem von den

392 bestehenden Spielräumen Gebrauch machen können und beispielsweise Staffel- oder  
393 Indexmieten mit Mietern vertraglich vereinbaren können. Auch hier wollen wir  
394 keine weiteren Einschränkungen.

### 395 **Eigentümnation Deutschland**

396 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

397 Wohneigentum ist zentral für Vermögensaufbau und Altersvorsorge. Wir wollen,  
398 dass der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen zur Realität werden kann. Gerade  
399 junge Berufstätige scheitern trotz stabiler Einkommensverhältnisse an den hohen  
400 Eigenkapitalanforderungen. Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland eine  
401 Eigentümnation wird: Dafür senken wir die Hürden. Mit einem  
402 Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für die erste selbstgenutzte  
403 Immobilie von natürlichen Personen erleichtern wir den Zugang zu Eigentum. Für  
404 Familien erhöht sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro. Nach  
405 Schweizer Vorbild sollen Mittel aus der betrieblichen Altersvorsorge für den  
406 Eigentumserwerb genutzt werden können – eine zusätzliche, flexible  
407 Finanzierungsquelle. Die Spekulationssteuer beim Verkauf selbstgenutzter  
408 Immobilien schaffen wir ab, um flexibler auf Lebensumstände reagieren zu können.  
409 Auch den steuerfreien Verkauf an die eigenen Mieter innerhalb der  
410 Spekulationsfrist befürworten wir. Darüber hinaus wollen wir moderne Options-  
411 und Mietkaufmodelle rechtlich normieren, damit der Erwerb von Wohneigentum für  
412 mehr Haushalte Realität werden kann.

### 413 **Freiheit im Heizungskeller: CO2-frei, aber bezahlbar**

414 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

415 Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine warme Wohnung mit moderner,  
416 klimafreundlicher Heizung geht auch wirtschaftlich und technologieoffen. Wir  
417 wollen weg vom teuren klimapolitischen Sonderweg Deutschlands. Statt unzähliger  
418 Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO2-  
419 Zertifikatehandel, der ab 2027 auch den Gebäudesektor umfasst. Das  
420 Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen. Wir  
421 wollen staatliche Förderung künftig an real eingespartem CO2 orientieren – nicht  
422 an theoretischen Kennzahlen. Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes  
423 abzufedern, wollen wir Freie Demokraten eine Klimadividende einführen und die  
424 Energiebesteuerung drastisch absenken. Einen Zwang zum Anschluss an  
425 Fernwärmenetze lehnen wir ab. Heizen mit Holz bleibt mit uns weiter möglich,  
426 Auflagen für Kamine und Öfen wollen wir reduzieren. Eine Diskriminierung der  
427 Biomasse in der Neubauförderung lehnen wir ab, ebenso wie Vorgaben zum  
428 Biomasseanteile in Wärmenetzen.

### 429 **Private Investitionen im Wohnungsbau entfesseln**

430 Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau  
431 verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen  
432 Wohnraum. Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes führen wir ohne  
433 unnötige Einschränkungen fort. Der aktuelle Förderdschungel mit seinen  
434 überzogenen Anforderungen bremst den Neubau aus. Wir schaffen stattdessen zwei  
435 leistungsstarke Zinsvergünstigungsprogramme: eines für Privatpersonen und eines  
436 für professionelle Marktteilnehmer. Grundlage der Förderung sind die tatsächlich

437 eingesparten Treibhausgasemissionen. Unnötige und unrealistische Anforderungen  
438 wie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude und der Effizienzhausstandard  
439 können somit entfallen. Deutschland muss mehr, schneller und günstiger bauen.  
440 Private Investitionen sind dafür der Schlüssel.

#### 441 **Kluge Städte und Gebäude sind besser für alle**

442 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

443 Wir Freie Demokraten wollen das Potenzial heben, das Digitale Technologien,  
444 Automatisierung und Künstliche Intelligenz für besseres und effizienteres Bauen  
445 und Wohnen bieten. Wir werden veraltete Vorschriften und Prozesse entrümpeln,  
446 den rechtlichen Rahmen für durchgehend digitale Planung schaffen und den Einsatz  
447 entsprechender Systeme in Behörden stärken. Digitale Gebäudemodelle (BIM) machen  
448 wir durch einheitliche Standards und klare Schnittstellen zum neuen  
449 Planungsstandard. Intelligente Messsysteme und spielerische Verbrauchssteuerung  
450 erleichtern wir, um Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen technologieoffen zu  
451 senken. Bei der Stadtplanung wollen wir digitale Technologien und Daten nutzen,  
452 um das Leben der Bürger zu verbessern und Städte zu Smart Cities  
453 weiterentwickeln. Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme  
454 intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible  
455 Nutzung von Seitenstreifen und digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind  
456 dabei wichtige Bausteine.

#### 457 **Echte Technologieoffenheit für CO<sub>2</sub>-Freiheit**

458 Wir Freie Demokraten setzen auf Wahlfreiheit und Innovation, um den  
459 Gebäudesektor zukunftsfähig zu machen. Zu oft blockiert starre Regulierung  
460 aktuell Technologien, die längst effizient und wirtschaftlich wäre. Statt  
461 Potenziale zu entfesseln, verzögert der Staat damit den Fortschritt. Deshalb  
462 wollen wir die Gesamtemissionsbilanz ganzer Quartiere in den Mittelpunkt  
463 stellen, um einzelnen Gebäuden mehr Flexibilität und Freiheit zu bieten. Die  
464 Einbindung der Anwohner schafft Akzeptanz und führt zu maßgeschneiderten  
465 Lösungen. So kann der Eigentümer mit Flachdach eine PV-Anlage installieren,  
466 während ein anderer eine Begrünung auf einer ungenutzten Innenhoffläche umsetzt.  
467 Die Rahmenbedingungen für vor Ort erzeugte Energie wollen wir verbessern, etwa  
468 durch die Abschaffung der steuerlichen KW-Peak-Grenze für Anlagen auf  
469 Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen des Gemeinwohls. Zudem  
470 schaffen wir eine "Fastlane" für die Zulassung innovativer und recycelter  
471 Baustoffe mit guter CO<sub>2</sub>-Bilanz und führen dafür einen flexiblen, rechtssicheren  
472 Rahmen ein. Ein Schwerpunkt wird die Reform der Mantel- bzw. Abfallende-  
473 Verordnung sein.

#### 474 **Gezielte Unterstützung durch Wohngeld**

475 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

476 Wir Freie Demokraten wollen Menschen gezielt dort unterstützen, wo das Einkommen  
477 trotz Arbeit und Fleiß nicht zum Leben reicht. Jahrelang wurde der  
478 Wohnungsmangel nur durch Mietregulierung verwaltet, statt echte Lösungen zu  
479 schaffen. Das rächt sich: Die steigenden Wohnkosten überfordern viele Menschen.  
480 Das Wohngeld hilft in solchen Situationen flexibel und passgenau. Allerdings  
481 führt das komplexe Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren

482 Sozialleistungen zu oft dazu, dass sich Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht  
483 lohnt. Wir werden dieses System neu justieren: Durch bessere Abstimmungen der  
484 verschiedenen Leistungen schaffen wir klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit,  
485 stoppen die Ausweitung der Sozialausgaben und unterstützen weiterhin zielgenau.

#### 486 **Weniger Behörden für eine effizientere Verwaltung**

487 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

488 Wir Freie Demokraten wollen die aufgeblähte Verwaltung massiv verschlanken und  
489 die Zahl der Bundesministerien deutlich reduzieren. Überflüssige Hierarchien  
490 werden wir abbauen und überlappende Behörden zusammenlegen. So schaffen wir  
491 klare Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege. Stellen in der  
492 Bundesverwaltung wollen wir ohne Entlassungen reduzieren: Durch natürlichen  
493 Stellenabbau und die konsequente Automatisierung standardisierbarer  
494 Verwaltungsverfahren setzen wir Ressourcen effizienter ein. Mit modernen  
495 Technologien wie der DeutschlandID als das digitale Bürgerkonto sowie KI-  
496 gestützten Verwaltungsassistenten verschlanken und modernisieren wir die  
497 verbleibenden Strukturen. Das macht sie schneller und bürgerfreundlicher und  
498 entlastet die Steuerzahler. Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung – für eine  
499 zukunftsfähige Verwaltung.

#### 500 **Eigenständiges Bundesministerium für Digitalisierung**

501 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

502 Wir Freie Demokraten wollen ein Bundesministerium für Digitalisierung  
503 einrichten, das die Digitalisierung der Verwaltung zentral und bundesweit  
504 einheitlich steuert. Durch gezielte Änderungen an der Gemeinsamen  
505 Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) soll das Ministerium klare  
506 Durchgriffsrechte erhalten, um Digitalprojekte effizient umzusetzen. Das  
507 Ministerium übernimmt die Verantwortung für zentrale Plattformen, verbindliche  
508 Rahmenbedingungen für Interoperabilität, Cybersicherheit und transformative  
509 Projekte, während die Fachministerien ihre bereichsspezifischen Vorhaben  
510 weiterführen. So sorgen wir für Interoperabilität auf allen Verwaltungsebenen,  
511 Sicherheit unserer IT-Systeme und eine nachhaltige digitale Infrastruktur.

#### 512 **Government as a Plattform**

513 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

514 Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Verwaltung mit einer  
515 zentralen Plattform vorantreiben („Government as a Platform“-Modell (GaaP)). Das  
516 neue Bundesministerium für Digitalisierung soll dafür eine Infrastruktur  
517 bereitstellen, die alle Behörden nutzen – etwa für Identitätsmanagement,  
518 Zahlungen oder Terminbuchungen. Statt vieler einzelner Lösungen, setzen wir auf  
519 flexible, modulare Bausteine, die Prozesse vereinfachen und Kosten sparen.  
520 Vorbild ist das britische „[GOV.UK](https://www.gov.uk)“, das Verwaltungsangebote übersichtlich und  
521 nutzerfreundlich macht. Um die Plattform flächendeckend einzuführen, erhält das  
522 Ministerium klare Befugnisse und setzt verbindliche Vorgaben für Datenschutz,  
523 Cybersicherheit und Technik, die auf Bundes-, Landes- sowie der kommunalen Ebene  
524 gelten. So machen wir die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher.

#### 525 **Reform des IT-Staatsvertrages**

526 Wir Freie Demokraten wollen im IT-Staatsvertrag die zentrale Zuständigkeit des  
527 Bundesministeriums für Digitalisierung verankern. Das neu geschaffene  
528 Ministerium benötigt umfassende Befugnisse, um auf Bundes- wie auf Landesebene  
529 technische Vorgaben zu setzen sowie die Ausschreibungsanforderungen und -  
530 prozesse zu bestimmen. Diese Befugnis kann durch eine Föderalismusreform auf den  
531 Bund übertragen werden oder durch die Änderung des IT-Staatsvertrages. Politisch  
532 ist die Einigung zur Änderung des IT-Staatsvertrages rascher durchzusetzen als  
533 eine Änderung des Grundgesetzes.

#### 534 **Digitale Souveränität und globales, freies Internet**

535 Wir Freie Demokraten wollen mehr digitale Selbstbestimmung und Resilienz  
536 erreichen. Dafür stärken wir Kompetenzen zu Soft- und Hardware in Europa und  
537 treiben den Aufbau sicherer Rechenzentren voran – für eine resiliente und  
538 nachhaltige lokale Digitalinfrastruktur. Mit dem Multistakeholderansatz schützen  
539 wir uns vor der Einflussnahme autoritärer Staaten auf das Internet. Mit Open-  
540 Source-Lösungen schaffen wir Transparenz, verringern Abhängigkeiten von  
541 ausländischen Anbietern und stärken die Innovationskraft heimischer IT-  
542 Unternehmen. Global setzen wir uns für Netzneutralität, die Bekämpfung von  
543 Cyberkriminalität und die Förderung digitaler Menschenrechte ein. Deutschland  
544 soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und eng mit internationalen Partnern  
545 zusammenarbeiten.

#### 546 **Verfügbarkeit von Daten und Datenwerkzeugen verbessern**

547 Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Daten ist entscheidend für Künstliche  
548 Intelligenz und neue Geschäftsmodelle, den Aufbau von Startups und die  
549 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen das Teilen  
550 von Daten durch Anreize fördern und Hürden abbauen, die die Nutzung von Daten  
551 verhindern. Dazu gehört auch eine grundlegende Reform der  
552 Datengrundschutzverordnung auf europäischer Ebene sowie deren nationale  
553 Umsetzung. Wir stärken nationale und europäische Datenräume und erleichtern den  
554 Zugang zu öffentlichen Daten.

#### 555 **Föderalismusreform für die Verwaltungsdigitalisierung**

556 Wir fordern eine Föderalismusreform, um die dringend notwendige Digitalisierung  
557 der Verwaltung in Deutschland zu beschleunigen. Der derzeitige Flickenteppich  
558 aus föderalen Zuständigkeiten führt zu ineffizienten Prozessen und behindert den  
559 Fortschritt. Ziel der Reform ist es, Kompetenzen zentral zu bündeln, Bürokratie  
560 abzubauen und einheitliche Standards für digitale Verwaltungsdienstleistungen zu  
561 schaffen. Nur so kann Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben und  
562 seine Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten.

#### 563 **Datenschutzaufsicht vereinheitlichen**

564 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

565 Wir Freie Demokraten wollen die zersplitterte Datenschutzaufsicht reformieren,  
566 um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Derzeit erschweren 18  
567 unterschiedliche Datenschutzbehörden mit teils widersprüchlichen Vorgaben die  
568 Arbeit von Unternehmen. Diese Rechtsunsicherheit schadet der Wirtschaft. Wir  
569 fordern eine einheitliche Datenschutzaufsicht, die im Rahmen einer  
570 Föderalismusreform klare und verbindliche Anwendungsregeln schafft und die

571 Effizienz der Aufsicht erhöht. Dafür soll die Datenschutzkonferenz der Länder  
572 rechtsverbindliche Anwendungsregeln per Mehrheitsbeschluss treffen können, die  
573 direkt gelten. Das erfordert eine Grundgesetzänderung oder ein Staatsvertrag  
574 zwischen Bund und Ländern. Eine einheitliche und klare Auslegung der  
575 Datenschutzvorschriften stärkt den Datenschutz und schafft Vertrauen bei  
576 Unternehmen.

#### 577 **Digitale Identität, Wallet und echtes digitales Bürgerkonto ausbauen**

578 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

579 Wir Freie Demokraten wollen für jeden Bürger eine Digitale Wallet einrichten,  
580 mit der er sich im Internet ausweisen kann und die ihm Zugang zu einem digitalen  
581 Bürgerkonto gewährleistet. So vereinfachen wir den Kontakt zu Behörden massiv.  
582 Mit ihrer persönlichen digitalen Identität können die Bürgerinnen und Bürger  
583 sich gegenüber öffentlichen und privaten Institutionen fälschungssicher  
584 identifizieren und digitale Angebote sicher nutzen. Auf dieser Basis werden wir  
585 die Umsetzung eines echten digitalen Bürgerkontos weiter vorantreiben. Mit dem  
586 Bürgerkonto sollen die Bürgerinnen und Bürger alle Dienstleistungen sowie ihre  
587 Kommunikation mit staatlichen Stellen einfach digital abwickeln können. So  
588 könnte beispielsweise bei Geburt eines Kindes die Geburtsurkunde automatisch  
589 digital in der Wallet hinterlegt werden.

#### 590 **Digital First als Leitprinzip der Verwaltung**

591 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

592 Wir Freie Demokraten wollen analoge Prozesse konsequent abschaffen und durch  
593 moderne, effizientere digitale Lösungen ersetzen. Wir wollen den Rechtsanspruch  
594 auf digitale Verwaltungsleistungen und keine analog-digitalen Doppelstrukturen.  
595 Bei der Digitalisierung setzen wir aber nicht auf eine Eins-zu-Eins-Übertragung  
596 analoger Prozesse ins Digitale, sondern verstehen die Digitalisierung der  
597 Verwaltung als umfassende Modernisierung. Wir Freie Demokraten trauen den  
598 Menschen diese digitale Transformation zu. Wir setzen auf einfache Lösungen vor  
599 Ort: Zum Beispiel einfach zu bedienende Terminals vor Ort in den Behörden und  
600 Unterstützung durch menschliche Digitallotsen, damit niemand ausgeschlossen  
601 wird. So machen wir die Verwaltung besser, schneller und effizienter – und  
602 schaffen den Rahmen, in dem alle die Vorteile der Digitalisierung nutzen können.

#### 603 **KI-Bürgerassistent zur Unterstützung digitaler Behördengänge**

604 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

605 Wir Freie Demokraten wollen einen KI-Bürgerassistenten einführen, der  
606 Bürgerinnen und Bürger bei digitalen Behördengängen unterstützt. Der Assistent  
607 soll den Zugriff auf Verwaltungsdienstleistungen erleichtern und Zugangshürden  
608 abbauen. Wir wollen dadurch alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen,  
609 Verwaltungsdienstleistungen einfach rein digital nutzen zu können. Künstliche  
610 Intelligenz kann die Erledigung vieler Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung  
611 effizienter machen und so das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit staatlicher  
612 Institutionen stärken. Sowohl intern als auch in der Interaktion mit  
613 Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sorgt KI für mehr Effizienz und  
614 Nutzerfreundlichkeit.

615 **Verstärkter Einsatz von KI in der Verwaltung**

616 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim Thema KI der Fokus nicht  
617 länger auf staatlicher Forschungsförderung liegt. Wir wollen, dass der Staat als  
618 Nachfrager deutscher und europäischer KI-Anwendungen auftritt, um den  
619 Markthochlauf und den Transfer von Wissenschaft in Praxis zu beschleunigen.  
620 Dafür werden wir für jedes Ministerium passende KI-Tools nachfragen.

621 **Hohe Dynamik beim Breitband- und Mobilfunkausbau durch Stärkung des Wettbewerbs  
622 beibehalten**

623 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

624 Wir Freie Demokraten wollen Mobilfunk- und Glasfaserausbau als überragendes  
625 öffentliches Interesse im Netzausbaubeschleunigungsgesetz verankern. Der Ausbau  
626 wird fast vollständig durch die privaten Telekommunikationsunternehmen getragen.  
627 Der Staat soll nur dort eingreifen, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau  
628 nicht rechnet. Die Liberalisierung des streng regulierten  
629 Telekommunikationsmarktes ist eine Erfolgsgeschichte. Jetzt gilt es, den  
630 Wettbewerb zu stärken, damit die Kundinnen und Kunden weiterhin von hoher  
631 Qualität, niedrigen Preisen und innovativen Produkten profitieren. Wir wollen  
632 den privatwirtschaftlichen Ausbau durch Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau  
633 und Digitalisierung weiter entfesseln. Gleichzeitig fordern wir von den  
634 Unternehmen Kooperation, Vermeidung von Doppelausbau sowie klare Abschaltzeiten  
635 für Kupfernetze.

636 **Standards und Normen vorantreiben**

637 Digitalisierung bedeutet auch globale Vernetzung. Wir Freie Demokraten wollen  
638 international einheitliche technische Normen und Standards etablieren. So können  
639 Geräte und Systeme besser zusammenarbeiten, Unternehmen Kosten sparen und neue  
640 Märkte entstehen. Gemeinsame Standards helfen außerdem, innovativen Ideen  
641 schneller in Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Für uns ist die Mitarbeit  
642 an internationalen Standards und Normen ein wichtiger Teil einer  
643 innovationsfreundlichen Digital- und Wirtschaftspolitik.

644 **Digitalpolitische Konsolidierung auf europäischer Ebene durchsetzen und EU-  
645 Binnenmarkt stärken**

646 Die EU hat in der „digitalen Dekade“ viele Regeln für den digitalen Binnenmarkt  
647 und die datengetriebene Wirtschaft beschlossen. Wir Freie Demokraten wollen  
648 diese Regeln überprüfen und auf ein innovationsfreundliches Maß reduzieren.  
649 Statt neuer Vorgaben brauchen Staat und Unternehmen Zeit für Umsetzung und  
650 Evaluierung. Nationale Spielräume für eine effiziente und innovationsfreundliche  
651 Umsetzung werden wir deshalb nutzen; eine Übererfüllung europäischer Regeln  
652 lehnen wir ab. Gleichzeitig setzen wir uns für einen starken europäischen  
653 Binnenmarkt ein, der digitale Innovation fördert, statt sie durch übermäßige  
654 Bürokratie zu bremsen.

655 **Aufbau belastbarer Digitalkompetenzen**

656 *Wir Freie Demokraten wollen einen Nationalen Aktionsplan von Bund und Ländern  
657 zur Stärkung der digitalen Grundbildung initiieren. Digitale Kompetenzen sind  
658 für uns Rüstzeug gegen Desinformation und die Basis für einen selbstbestimmten*

659 *Umgang mit der Digitalisierung und neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes.*  
660 *Gemeinsam mit den Ländern wollen wir ein Konzept zur verpflichtenden digitalen*  
661 *Bildung an Schulen erarbeiten. Wir definieren klare Zielmarken und unterziehen*  
662 *diese einem engen Monitoring. Außerdem sehen wir eine Digitaloffensive für*  
663 *Seniorinnen und Senioren vor. Die Digitalisierung darf für keine Altersgruppe*  
664 *neue Hürden und Barrieren verursachen.*

#### 665 **Quantentechnologie fördern und nicht überregulieren**

666 Quantentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft, die enorme  
667 wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale birgt. Wir Freie Demokraten  
668 fordern eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich,  
669 ohne durch übermäßige Regulierung den Fortschritt zu behindern. Deutschland muss  
670 sich als Innovationsstandort für Quantentechnologie etablieren, um international  
671 wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei braucht es eine ausgewogene Balance zwischen  
672 zielgerichteter Förderung und notwendiger Regulierung.

#### 673 **Für eine unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland**

674 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

675 Wir Freie Demokraten wollen die Agrarpolitik stärker auf unternehmerisches  
676 Handeln ausrichten. Statt auf ineffektive Subventionen setzen wir auf  
677 Produktivitätssteigerung und Innovationen, um die Versorgungssicherheit unseres  
678 Landes und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu stärken. Landwirte sind  
679 Unternehmer. Sie brauchen praktikable, rechtssichere Handlungsspielräume, um  
680 ihre Betriebe zukunftsfest zu machen. Überflüssige Dokumentationspflichten und  
681 Auflagen schaffen wir ab. Auf EU-Ebene drängen wir auf weniger Bürokratie.  
682 Doppelstrukturen der Agrarverwaltung zwischen Kommunen, Bundesländer und EU-  
683 Mitgliedstaaten bauen wir ab. Zur neuen Förderperiode der Gemeinsamen EU-  
684 Agrarpolitik ab 2027 wollen wir erreichen, dass Investitionen und Innovationen  
685 gefördert werden und knappe Haushaltsmittel prioritär zur nachhaltigen  
686 Intensivierung eingesetzt werden.

#### 687 **Nachhaltige Landwirtschaft durch innovative Technik**

688 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

689 Wir Freie Demokraten wollen digitale Technologien im Ordnungsrecht verankern und  
690 Landwirte von unnötigen Auflagen befreien. Auf dem Feld und im Stall ermöglichen  
691 wir digitale Anwendungen zur Dokumentation und schaffen somit Freiraum für die  
692 eigentliche Arbeit der Landwirte. Wir werden Innovationsgeist und Fortschritt  
693 belohnen, statt durch kleinteilige Vorschriften in die betrieblichen Abläufe  
694 hineinzuregieren. Künstliche Intelligenz erweitert den landwirtschaftlichen  
695 Werkzeugkasten und fördert Umwelt- und Ertragssicherheit. Zulassungsprozesse von  
696 Pflanzenschutzmitteln werden wir straffen und dadurch rechtssicher machen. In der  
697 Tierhaltung ermöglichen KI-Technologien wie Tierwohlmonitoring  
698 Verbraucherwünschen nachzukommen und gleichzeitig landwirtschaftliche Einkommen  
699 zu sichern.

#### 700 **Multifunktionale Waldwirtschaft**

701 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

702 Wir Freie Demokraten schaffen Handlungsspielräume für eine nachhaltige

703 Waldwirtschaft und lehnen übergreifende Vorschriften ab. Das bestehende  
704 Bundeswaldgesetz hat sich bewährt und bietet einen guten Rahmen für den  
705 klimaresilienten Waldumbau. Die europarechtliche Regelung zu entwaldungsfreien  
706 Lieferketten halten wir für praxisuntauglich und setzen diese maximal 1:1 um.  
707 Wir ermöglichen den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten Baumarten  
708 und wollen die Nutzung nichtheimischer Hölzer durch rechtliche Anpassung  
709 ermöglichen. Bewirtschaftete Wälder schützen unser Klima, schaffen Arbeitsplätze  
710 im ländlichen Raum und reduzieren Rohstoffabhängigkeiten. Waldbauern wollen wir  
711 beim Waldmanagement und in der Ausbildung unterstützen. Wir stehen zur  
712 Kaskadennutzung, denn Holz ist ein klimafreundlicher Rohstoff. Die Nutzung von  
713 Holz ist klimaneutral.

#### 714 **Sicherung der Artenvielfalt durch den gelebten Naturschutz von Jägern**

715 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

716 Wir Freien Demokraten sehen die Jagd als unverzichtbaren Teil nachhaltiger  
717 Landnutzung und des Artenschutzes. Verantwortungsbewusstes Wildtiermanagement  
718 schützt das ökologische Gleichgewicht und ermöglicht die Regulierung neuer und  
719 invasiver Arten wie Goldschakal und Kormoran. Wir stehen zum Grundsatz „Wald mit  
720 Wild“ und vertrauen der Jägerschaft. Wir werden ein aktives  
721 Wolfsbestandsmanagement durch Bejagung einführen und dadurch Schäden minimieren.  
722 Lebensräume wollen wir vernetzen ohne Schutzgebietsflächen auszuweiten. Intakte  
723 Ökosysteme sind Lebensgrundlage. Wir würdigen den Beitrag Landwirten, Jägern und  
724 Anglern zum Naturschutz.

#### 725 **Ernährungsinnovationen ermöglichen und Wahlfreiheit der Verbraucher erhalten**

726 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

727 Für uns Freie Demokraten basiert Ernährungspolitik auf Verbraucherkompetenz,  
728 Wahlfreiheit und Innovation. Wir werden das Zulassungssystem für innovative  
729 Lebensmittelprodukte verbessern. Biotechnologische Möglichkeiten, die bereits in  
730 der Medizin Leben retten, können auch für eine gesündere Ernährung nutzbar sein.  
731 Innovationen tragen zur Qualität, Sicherheit und Rückverfolgbarkeit unserer  
732 Lebensmittel bei. Staatliche Initiativen scheitern, wenn Verbraucher nicht  
733 bereit sind, Ernährungsgewohnheiten zu hinterfragen. Deshalb setzen wir auf  
734 bessere und gebündelte Bildungsprogramme in Zusammenarbeit mit den  
735 Bundesländern, um Verbraucherkompetenzen zu fördern. Unverhältnismäßige  
736 Eingriffe in Rezepturen lehnen wir ab, ebenso wie Werbeverbote für erlaubte  
737 Produkte.

#### 738 **Umweltpolitik als Innovationsmotor – Erfolgreich im weltweiten Markt**

739 *(Im Wahlprogramm enthalten)*

740 Wir Freie Demokraten wollen Umwelttechnik „Made in Deutschland“. Dazu müssen wir  
741 Bedingungen für Innovationen schaffen, die weltweit gefragt sind. Deutschland  
742 verfügt mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau  
743 über weltweit erfolgreiche Branchen. Doch restriktive, vermeintlich nachhaltige  
744 Regulierungen wie strenge Grenzwerte, Technikvorgaben und Quotenanforderungen  
745 gehen oft deutlich über europäische und globale Standards hinaus. Das führt  
746 dazu, dass deutsche Produkte die Anforderungen anderer Märkte verfehlen. Wir  
747 werden die Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen und es

748 unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.

749 **Erneuerbare Kraftstoffe als Klimaschutzmaßnahme anrechnen**

750 Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Kraftstoffe als eine gleichberechtigte  
751 Möglichkeit zum Klimaschutz im Verkehr etablieren. Dazu werden wir auf  
752 europäischer Ebene die Anrechnung auf die Flottengrenzwerte ermöglichen.  
753 Perspektivisch wollen wir alle Klimaschutzmaßnahmen in den EU-Zertifikatehandel  
754 integrieren, um so viel Klimaschutz wie möglich für jeden Euro zu erhalten.  
755 Durch erneuerbare Kraftstoffe ist es möglich, auch den Verbrennungsmotor im  
756 Auto-, Flug- und Schiffsverkehr klimaneutral zu machen. Wir werden eine  
757 Diversifizierung der Antriebstechniken ermöglichen – und machen uns auch bei den  
758 Fahrzeugen unabhängiger von den Rohstoffen, die in vielen Bereichen aus Regionen  
759 mit geringen Umwelt- und Menschenrechtsstandards kommen.

760 **Eine starke Wasserwirtschaft als Motor für Energieneutralität und**  
761 **Versorgungssicherheit in Deutschland**

762 Wir Freie Demokraten wollen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und der  
763 Schutz von Trinkwasserschutzgebieten in Deutschland künftig Hand in Hand gehen  
764 können. Das schützt die öffentliche Wasserversorgung. Dafür sind schnellere und  
765 besser abgestimmte Genehmigungsverfahren für Energie- und Wasserversorgung  
766 notwendig. Die Wasserwirtschaft steht in Deutschland vor großen  
767 Herausforderungen: Neben Klimaanpassung und einem instabilen Wasserhaushalt  
768 rückt die Versorgungssicherheit der Bevölkerung immer mehr in den Fokus. Das  
769 haben wir im Blick. Um den Ausbau von Geothermie-, Wasserstoff-, Pumpspeicher-  
770 und Wasserkraftanlagen zu erleichtern, muss das Wasserrecht an das Energierecht  
771 angepasst werden. Dafür fordern wir, dass wasserrechtliche Genehmigungsverfahren  
772 im Wasserhaushaltsgesetz als „überragendes öffentliches Interesse“ anerkannt  
773 werden.

774 **Meeresschutz mit Weitblick: Schutz und Nutzung langfristig sichern**

775 Wir Freie Demokraten setzen auf effizienten Meeresschutz und nachhaltige Nutzung  
776 der Meere. Die Bergung von Munitionsaltslasten muss weiter vorangetrieben werden.  
777 Offshore-Windparks bieten enorme Potenziale für die Energiewende, müssen aber  
778 durch intelligente Flächenplanung mit dem Naturschutz in Einklang gebracht  
779 werden. Auch andere Nutzungsformen der Nord- und Ostsee sollen nachhaltig  
780 gestaltet werden. Schutzgebiete wollen wir wirksam schützen. Die Meere als  
781 Klimaregulator, Lebensraum und Wirtschaftsfaktor erfordern internationale  
782 Zusammenarbeit und Forschung. Verbindliche Abkommen und innovative Technologien  
783 sind zentral, um Belastungen zu reduzieren und Meeresökosysteme zu erhalten.

784 **Standardisierung und Ersatzgeldregelungen für einen effektiven Natur- und**  
785 **Artenschutz**

786 *(ImWahlprogramm enthalten)*

787 Wir Freie Demokraten wollen klare Vorgaben für einen effektiven Naturschutz in  
788 Deutschland. Statt kleinteiligem Individuenschutz setzen wir auf  
789 Populationsschutz und standardisierte Regeln, die Behörden und Unternehmen  
790 entlasten. Aktuelle Ausgleichsmaßnahmen bei Flächennutzung sind oft ineffektiv,  
791 da Unternehmen individuell Flächen finden müssen, was in unserer dicht  
792 besiedelten Kulturlandschaft immer schwieriger wird. Weil die kleinteiligen

793 Vorhaben nicht aufeinander abgestimmt sind, ist ihr Nutzen zudem für den  
794 Naturschutz sehr begrenzt. Wir fordern deshalb Ersatzgeldzahlungen, die in einen  
795 zentralen Fonds fließen. Experten setzen daraus abgestimmte, effektive  
796 Naturschutzprojekte um. Das schafft mehr Nutzen für die Natur, reduziert  
797 Bürokratie für Unternehmen und gestaltet Naturschutz ganzheitlich und  
798 zukunftsfähig.

#### 799 **Kreislaufwirtschaft – ein Beitrag zur Freiheit**

800 Wir Freie Demokraten wollen den gesetzlichen Rahmen zur Kreislaufwirtschaft  
801 marktwirtschaftlicher gestalten und Technologieoffenheit fördern, um  
802 Abhängigkeiten von Rohstoffimporten zu reduzieren und effizient klimaneutral zu  
803 werden. Abfälle von heute sollen Rohstoffe von morgen werden. Hochwertige  
804 Rückgewinnung und der effiziente Einsatz von Sekundärrohstoffen sind dabei  
805 zentral. Wir setzen auf Ökobilanzen zur Bewertung von Nachhaltigkeit und wollen  
806 geprüfte Sekundärrohstoffe aus dem Abfallregime entlassen. Europäische Standards  
807 für Rezyklate dürfen nicht durch Fälschungsimporte aus Drittländern unterwandert  
808 werden. Nationale Sonderwege in der Kreislaufwirtschaft lehnen wir ab und setzen  
809 uns für europäische Regeln ein. Je größer die Märkte, desto effizienter das  
810 Management von Sekundärrohstoffen.

#### 811 **Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote**

812 Wir Freie Demokraten wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland fördern  
813 und Abfälle in neue Rohstoffe umwandeln. Chemisches Recycling soll als  
814 gleichwertige Methode für Verpackungen anerkannt werden, um die rechtliche  
815 Diskriminierung zu beenden. Ressourcenschonung bedeutet nicht nur Verzicht,  
816 sondern kann auch durch innovative Wiederverwertungstechnologien erreicht  
817 werden. Dabei muss immer zwischen Umweltschutz und Ressourcenschutz abgewogen  
818 werden. Grenzwerte von Null sind unrealistisch und werden daher abgelehnt. Nur  
819 weil Nachweismethoden sensibler werden, müssen Grenzwerte nicht gesenkt werden.  
820 Entscheidend sind verhältnismäßige und praxisnahe Grenzwerte, die Umweltschutz  
821 und wirtschaftliche Machbarkeit in Einklang bringen.